



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

GESCHÄFTSBERICHT 2011

mit Wissensbilanz und Umwelterklärung
NACHHALTIGKEITSBERICHT 2011



Stabilität und Sicherheit.

Unser Auftrag

Die OeNB hat den klaren gesetzlichen Auftrag, Preisstabilität zu gewährleisten und zur Finanzmarktstabilität beizutragen

Bundesgesetz über die Oesterreichische Nationalbank

(Nationalbankgesetz 1984 – NBG); BGBl. Nr. 50/1984 i. d. F. BGBl. I Nr. 50/2011

§ 2

(1) Die Oesterreichische Nationalbank ist eine Aktiengesellschaft. Sie ist die Zentralbank der Republik Österreich und als solche integraler Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB).

(2) Die Oesterreichische Nationalbank hat gemäß den Bestimmungen des AEUV [d. i. der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union], des ESZB/EZB-Statuts [d. i. die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank], der auf Grundlage dieser Bestimmungen erlassenen unmittelbar anwendbaren unionsrechtlichen Vorschriften sowie dieses Bundesgesetzes an der Erreichung der Ziele und der Vollziehung der Aufgaben des ESZB mitzuwirken. Im Rahmen des Unionsrechts [...] hat die Oesterreichische Nationalbank mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, das Ziel der Preisstabilität zu gewährleisten. Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Ziels der Preisstabilität möglich ist, ist den volkswirtschaftlichen Anforderungen in Bezug auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung Rechnung zu tragen und die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union zu unterstützen.

§ 44b

(1) Die Oesterreichische Nationalbank hat im öffentlichen Interesse das Vorliegen aller jener Umstände zu beobachten, die für die Sicherung der Finanzmarktstabilität in Österreich von Bedeutung sind.

§ 2

(5) Bei Verfolgung der [...] genannten Ziele und Aufgaben hat die Oesterreichische Nationalbank [...] entsprechend den Leitlinien und Weisungen der EZB zu handeln; weder die Oesterreichische Nationalbank noch ein Mitglied ihrer Beschlussorgane darf hierbei Weisungen von Organen oder Einrichtungen der Europäischen Union, von Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder von anderen Stellen einholen oder entgegennehmen.

Unsere Aufgaben

Wir sichern die Preisstabilität und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität der Geld- und Kreditmärkte

- Der Gouverneur der OeNB hat als Mitglied des EZB-Rats eine Stimme bei allen geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems
- Erstellung von volkswirtschaftlichen Analysen zur Geldpolitik sowie Untersuchungen und Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich, dem Euroraum und Zentral-, Ost- und Südosteuropa zur Unterstützung des Managements und Information der Öffentlichkeit

Wir wickeln geldpolitische Geschäfte mit den Banken ab und veranlagern und verwalten die Währungsreserven

- Operative Umsetzung der Geldpolitik
- Teilnahme an allfälligen Devisenmarktinterventionen des Eurosystems
- Management der von der EZB an die OeNB zur Verwaltung übertragenen sowie der eigenen Währungsreserven

Wir analysieren und prüfen Banken und tragen zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität bei

- Mitwirkung bei der Bankenaufsicht, Durchführung von Einzelbankanalysen und Vor-Ort-Prüfungen sowie Beaufsichtigung von Zahlungssystemen
- Erstellung von Analysen zur Stabilität des Finanzsystems und Aufzeigen von Handlungsoptionen
- Mitarbeit an der Finanzsystemregulierung auf System- und Einzelinstitutsebene
- Vertretung Österreichs in europäischen Aufsichtsgremien

Wir erstellen hochqualitative und zeitnahe Finanzstatistiken

- Bereitstellung und Interpretation von Monetär-, Zinssatz-, Aufsichts- und Außenwirtschaftsstatistiken, Großkreditevidenz
- Entwicklung und Mitgestaltung nationaler wie internationaler Datenbanken

Wir versorgen Österreichs Wirtschaft und Bevölkerung mit sicherem Bargeld

- Drehscheibe für Bargeldversorgung
- Analyse von Bargeldströmen
- Vorbereitung der neuen Serie der Euro-Banknoten

Wir stellen effizienten unbaren Zahlungsverkehr sicher

- Bereitstellung und Förderung zuverlässiger Zahlungsverkehrssysteme in Österreich und deren Vernetzung mit dem Ausland
- Analyse von internationalen Entwicklungen im Zahlungsverkehr
- Betreiben eines nationalen Clearingservices

Wir bringen Expertise in nationale und internationale Gremien ein

- Schnittstelle zwischen Österreich und Eurosystem
- Zusammenarbeit mit internationalen Finanzorganisationen

Leitbild



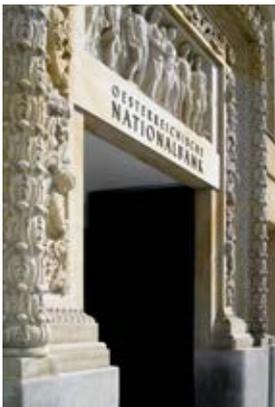
Das Leitbild des Eurosystems

Die Zentralbanken des unabhängigen Eurosystems (somit auch die OeNB) veröffentlichten im Jahr 2005 ein gemeinsames Leitbild mit folgenden wesentlichen Zielsetzungen und Wertvorstellungen:

Die Europäische Zentralbank und die nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten, deren Währung der Euro ist, bilden das Eurosystem, die Währungsbehörde des Eurogebiets. Unser vorrangiges Ziel ist die Gewährleistung von Preisstabilität im Interesse des Gemeinwohls. Als führende Instanz im Finanzsektor trägt das Eurosystem außerdem eine besondere Verantwortung für die Stabilität des Finanzsystems und die Förderung der Finanzmarktintegration in Europa.

Glaubwürdigkeit, Vertrauen, Transparenz und Rechenschaftspflicht sind tragende Werte bei der Umsetzung unserer Ziele. Eine erfolgreiche Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas sowie mit den Medien ist für uns von größter Bedeutung. Unsere Beziehungen zu europäischen Institutionen und nationalen Behörden gestalten wir als Mitglieder des Eurosystems in voller Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und im Einklang mit dem Prinzip der Unabhängigkeit von Zentralbanken.

Strategisch wie operativ tragen wir alle – unter gebührender Berücksichtigung des Grundsatzes der Dezentralisierung – zur Erreichung der gemeinsamen Ziele bei. Wir verpflichten uns dem Prinzip der Good Governance und nehmen unsere Aufgaben im Geist von Kooperation und Teamarbeit effektiv und wirtschaftlich wahr. Gestützt auf unser enormes Erfahrungskapital wie auch auf den Austausch von Wissen wollen wir, die Mitglieder des Eurosystems, im Rahmen klar festgelegter Rollen und Zuständigkeiten unsere gemeinsame Identität stärken, mit einer Stimme sprechen und Synergieeffekte nutzen.



Das Leitbild der OeNB

Das Leitbild der OeNB ergänzt und konkretisiert das Leitbild des Eurosystems im Hinblick auf die österreichischen Erfordernisse. Die wesentlichen Aussagen sind:

- Als Zentralbank der Republik Österreich steht die OeNB im Dienste der Bevölkerung Österreichs und Europas.
- Die OeNB stellt das Vertrauen in sie durch professionelle Aufgabenerfüllung sicher, die auf hoher Kompetenz und Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter beruht.
- Die Leistungen und Produkte der OeNB sind stark kundenorientiert, um bei den Kunden und Partnern hohen Nutzen zu stiften.
- Durch laufende marktorientierte Produkt- und Prozessinnovationen gewährleistet die OeNB eine effiziente und kostenbewusste Leistungserbringung unter Berücksichtigung der Nachhaltigkeit, insbesondere des Umweltschutzes.
- Ihren Kunden und Partnern gegenüber tritt die OeNB kooperativ, lösungsorientiert und zuverlässig auf.
- Engagement, Motivation, Kreativität, Lernbereitschaft, Teamgeist und Mobilität der Mitarbeiter prägen als Erfolgsfaktoren für Gegenwart und Zukunft den Arbeitsstil in der OeNB.

Inhalt

Unser Auftrag	2
Unsere Aufgaben	3
Leitbild	4
Inhalt	5
Vorwort des Präsidenten	6
Vorwort des Gouverneurs	7
Eigentümer und Organe	8
Organisation der OeNB	12
Das Geschäftsjahr 2011 im Überblick	14

Die OeNB im Dienste der Preis- und Finanzmarktstabilität

Zentrale Rolle der Geldpolitik in schwierigen Zeiten	17
Reservenmanagement gewährleistet trotz geänderter Marktbedingungen positive Ertragsentwicklung	32
Herausforderungen für Finanzmarktstabilität nehmen wieder deutlich zu	35
OeNB – Kompetenzzentrum für Finanzstatistik	43
Sicheres Geld als Kernkompetenz	47
Die direkten Beteiligungen der OeNB	52

Die OeNB – ein nachhaltiges Unternehmen

Intellektuelles Kapital der OeNB – Bestandsaufnahme und Ausblick	55
Umwelterklärung 2011 – ökologisches Unternehmen OeNB	64
Beteiligungsspiegel	69

Jahresabschluss 2011 der Oesterreichischen Nationalbank

Bilanz zum 31. Dezember 2011	72
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2011	74
Anhang zum Jahresabschluss 2011	75
Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer	102
Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag	105
Bericht des Generalrats zum Geschäftsbericht und Jahresabschluss 2011	105

Hinweise

Abkürzungen, Zeichenerklärung	107
Periodische Publikationen	108
Adressen	109

Redaktionsschluss: 26. April 2012

Vorwort des Präsidenten



Die Weltwirtschaft kühlte sich im Verlauf des Geschäftsjahres 2011 ab und verschärfte im Euroraum die heterogene regionale Wirtschaftsentwicklung. In diesem schwierigeren wirtschaftlichen Umfeld gerieten der hohe Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte und die großen strukturellen Schwächen einiger Länder des Euro-raums zunehmend in den Fokus der Finanzmärkte. Wirtschaftspolitik und Zentralbanken waren stark gefordert, mit strengen fiskalpolitischen Regeln einerseits und einer großzügigen Liquiditätsversorgung andererseits die Voraussetzungen für eine nachhaltige Bewältigung der Krise zu schaffen. Mit Blick auf die Zukunft sind aber noch lange und konsequente gemeinsame Anstrengungen notwendig, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wiederherzustellen und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Angesichts der großen Unsicherheit und der hohen Volatilität auf den Finanzmärkten hat die OeNB im Reservenmanagement weiterhin ihr Hauptaugenmerk auf den Werterhalt der Finanzanlagen gelegt. Die in der Krise steigenden Risiken erforderten aber höhere Risikorückstellungen, sodass das geschäftliche Ergebnis trotz der deutlich höheren Betriebsleistung geringer ausfiel als im Vorjahr. In längerfristiger Betrachtung haben die Risiken aus den geldpolitischen Operationen des Eurosystems ebenso wie die Verpflichtungen aus dem Engagement des Internationalen Währungsfonds (IWF) stark zugenommen. Diese Risiken kann die OeNB nicht steuern, muss sie aber mittragen. Das hat zukünftig zwei wesentliche Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung der OeNB: Einerseits werden die Risikovorsorgen – im Gleichklang mit den anderen Zentralbanken des Eurosystems – steigen. Andererseits wird das Ertragspotenzial der OeNB nachhaltig sinken, weil die Finanzmittel nur mehr in risikoärmeren und daher ertragsschwächeren Anlagen angelegt werden können. Dadurch sind den geschäftlichen Ergebnissen in den kommenden Jahren enge Grenzen gesetzt.

Die nun schon seit Jahren andauernden Anspannungen im internationalen Finanzsystem stellten die Geschäftsbereiche der

OeNB vor außerordentliche Herausforderungen. Die OeNB leistete einen wichtigen Beitrag im Eurosystem sowie zur Sicherung der Finanzmarktstabilität und arbeitete an der Weiterentwicklung der nationalen Bankenaufsicht und der internationalen Aufsichtsstrukturen mit. Trotz der hohen Anforderungen wird aber die Unternehmensstrategie mit Einsparungen bei Mitarbeiterressourcen und mit ambitionierten Effizienzsteigerungen weiter umgesetzt. Auch die Beteiligungen der Bank konnten Produktivitätsfortschritte erzielen und ihre Geschäftsfelder entwickeln oder neue erschließen. So verzeichnete etwa die Münze Österreich AG große Zuwächse bei Gold- und Silberanlageprodukten und die Geldservice Austria GmbH (GSA) führte im unbaren Zahlungsverkehr erfolgreich das Clearingservice ein. Die Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS) kam hingegen unter anderem im Zusammenhang mit groben Compliance-Verstößen bei der Abwicklung von Fremdbanknotenaufträgen in heftige Turbulenzen, die eine Ablösung der Geschäftsführung und eine strategische Neuausrichtung des Unternehmens notwendig machten.

Die Vorkommnisse in der OeBS waren Anlass, das für die OeNB und ihre Tochtergesellschaften geltende System der Unternehmenskontrolle mit externer Unterstützung umfassend zu überarbeiten und an internationalen Standards zu orientieren. Als ein wesentliches Ergebnis wird nun eine eigene Compliance-Stelle geschaffen, die die Einhaltung von Regeln und Gesetzen überwachen wird. Auch internationale Erfahrungen haben zuletzt deutlich gemacht, dass Zentralbanken strenge Maßstäbe bei der Durchführung ihrer Geschäfte anlegen müssen. Denn Reputation und Glaubwürdigkeit sind unabdingbare Voraussetzungen, damit Zentralbanken ihre Aufgaben effizient wahrnehmen können.

Ich danke den Mitgliedern des Direktoriums und den Mitarbeitern herzlich für ihre hervorragenden Leistungen für die OeNB und das Eurosystem.

Dkfm. Dr. Claus J. Raidl
Präsident

Vorwort des Gouverneurs

2011 war für die OeNB und ihre Beteiligungen ein weiteres ereignisreiches Jahr. Der zu Jahresanfang angesichts guter Konjunkturdaten bestehende Optimismus wich allmählich der Ernüchterung, dass die massiven Verschuldungsprobleme einiger Länder weiterhin erhebliche Herausforderungen darstellten – und noch immer darstellen.

Die angespannte Budgetsituation einiger Länder hatte auch weitreichende nachteilige Auswirkungen auf die internationale und nationale Kreditwirtschaft, was durch einen raschen Rückgang der Wachstumsperspektiven in der Realwirtschaft noch verschärft wurde. Spannungen auf den Finanzmärkten und stark steigende Zinsen für Staatsanleihen einiger Euroraum-Länder machten die Reaktivierung bereits ausgelaufener unkonventioneller geldpolitischer Maßnahmen im Eurosystem notwendig. Zusätzlich kamen neue Instrumente zur Liquiditätsbereitstellung und erweiterte notenbankfähige Sicherheiten zum Einsatz. Diese Schritte sollen insbesondere dazu beitragen, die Kreditversorgung der Wirtschaft zu sichern, ohne das primäre Ziel der mittelfristigen Sicherung der Preisstabilität zu gefährden. Auf EU-Ebene wurden – teilweise flankiert durch erhebliche nationale Maßnahmenpakete zur Budgetkonsolidierung – umfangreiche fiskal- und finanzmarktpolitische Reformen eingeleitet und teils bereits umgesetzt.

In Österreich standen für die OeNB neben ihren geldpolitischen Aufgaben und der Mitwirkung bei der Stabilisierung einzelner Kreditinstitute vor allem die Banken-Stresstests, Basel III, die aufsichtliche Leitlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle österreichischer Banken, aber auch Verschuldungs- und Ratingfragen sowie das Anfang 2012 beschlossene Sparpaket im Zentrum ihrer wirtschafts- und finanzmarktpolitischen Aktivitäten. Das Nationalbankgesetz 1984 wurde mit Wirkung vom 1. August 2011 novelliert und bringt in verschiedenen Bereichen eine geänderte Gesetzeslage für die OeNB.

Gegen Ende des Jahres blickte die OeNB auf 10 Jahre Euro-Bargeld zurück: Die Fakten zeigen, dass sich der Euro auf europäischer Ebene und speziell auch für Österreich bewährt hat. Die wirtschaftlichen Leistungs-

daten Österreichs (BIP-Wachstum, Arbeitslosenquote, Leistungsbilanz, Exportquote) gehören zu den besten im Euroraum. Mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von 1,9% seit 1999 ist Preisstabilität gewährleistet. Die schrittweise Neuordnung der Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion wird dazu beitragen, dass der Euro auch in Zukunft eine stabile Währung bleibt.

Im Verlauf des Jahres 2011 haben Vorgänge im Bereich der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS) gezeigt, dass Fehlentwicklungen in Tochtergesellschaften unmittelbar auf die Reputation der OeNB durchschlagen können. Vertrauen und Reputation sind jedoch von zentraler Bedeutung für eine Zentralbank. Die OeNB setzt alles daran, das Vertrauen in die OeNB durch neue institutionelle Regelungen und Kontrollmechanismen nachhaltig zu sichern.

Die OeNB hat im Jahr 2011 weitere wichtige innerbetriebliche Reformschritte gesetzt: Mit der Implementierung eines neuen Dienstrechts ist es gelungen, ein marktkonformes und konkurrenzfähiges Entlohnungssystem zu etablieren. Damit wird die OeNB auch in Zukunft als attraktiver Arbeitgeber hochqualifizierte neue Mitarbeiter rekrutieren können. Gemeinsam mit dem Betriebsrat wurde die Übernahme von externen Beschäftigten in das neue OeNB-Dienstrecht vorbereitet und Anfang Mai 2012 durchgeführt.

Die über weite Strecken krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklungen des Jahres 2011 erforderten von unseren Mitarbeitern neuerlich ganz besondere Leistungen, die es der OeNB ermöglichten, ihrer Rolle als stabilitätspolitischer Anker in Zeiten höchster Unsicherheit gerecht zu werden. Sie liefern durch ihre hohe Expertise und ihren engagierten Einsatz einen wertvollen und unverzichtbaren Beitrag zum effektiven Krisenmanagement in Österreich und im Euroraum. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich. Dem Direktorium und dem Generalrat gilt mein besonderer Dank für die konstruktive Zusammenarbeit.

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny
Gouverneur



Eigentümer und Organe

Eigentümer der OeNB

Die OeNB ist eine Aktiengesellschaft. Sie unterliegt im Vergleich zu anderen Aktiengesellschaften aber einer Reihe von besonderen, im Nationalbankgesetz 1984 (NBG) begründeten Regelungen, die sich aus ihrer besonderen Stellung als Zentralbank ergeben. Das Grundkapital von 12 Mio EUR steht seit Juli 2010 zur Gänze im Eigentum des Bundes.

Aufgaben des Generalrats

Der Generalrat ist das Aufsichtsorgan der OeNB und überwacht jene Geschäfte, die nicht in den Aufgabenbereich des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) fallen. Der Generalrat wird durch den Präsidenten einberufen, und zwar in der Regel einmal im Monat. Gemäß § 20 Abs. 2 NBG hat der Generalrat das Direktorium in Angelegenheiten der Geschäftsführung und der Währungspolitik zu beraten. Gemeinsame Sitzungen des Generalrats und des Direktoriums haben mindestens einmal im Vierteljahr stattzufinden. Für eine Reihe von Agenden der Geschäftsführung ist die Zustimmung des Generalrats erforderlich. Dazu zählen die Neuaufnahme oder Auflassung von Geschäftszweigen, die Errichtung oder Auflassung von Zweiganstalten sowie der Erwerb oder die Veräußerung von Beteiligungen und Liegenschaften.

Weiters ist die Zustimmung des Generalrats bei der Besetzung von Aufsichtsräten und des Managements von Unternehmen, an denen die OeNB beteiligt ist, einzuholen. Auch bei der Ernennung der Funktionäre der zweiten

Führungsebene der OeNB ist die Zustimmung des Generalrats erforderlich. Darüber hinaus sind die in § 21 Abs. 2 NBG genannten Angelegenheiten der Beschlussfassung durch den Generalrat vorbehalten, wie z. B. die Erstattung von unverbindlichen Dreierworschlägen an die Bundesregierung für die Ernennung der Mitglieder des Direktoriums durch den Bundespräsidenten, die Festlegung allgemeiner Grundsätze der Geschäftspolitik in Nicht-ESZB-Angelegenheiten und die Genehmigung des Jahresabschlusses zwecks Vorlage an die Generalversammlung sowie die Genehmigung der Plankostenrechnung und des Investitionsplans für das nächste Geschäftsjahr.

Zusammensetzung des Generalrats

Der Generalrat besteht aufgrund der NBG-Novelle 2011, BGBl. I Nr. 50/2011, in Zukunft (nur mehr) aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und acht weiteren Mitgliedern, wobei aufgrund einer Übergangsregelung in dieser Gesetzesnovelle die ursprünglich gegebene Anzahl der Generalratsmitglieder (14) in zwei Schritten auf zehn zu reduzieren ist, und zwar bis zum 31. Dezember 2013 auf zwölf und bis zum 31. Dezember 2015 auf zehn Mitglieder. Die Mitglieder müssen österreichische Staatsbürger sein. Sie werden von der Bundesregierung für die Dauer von fünf Jahren ernannt; eine Wiederernennung ist zulässig. Weitere Bestimmungen zum Generalrat finden sich in den §§ 20 bis 30 NBG.

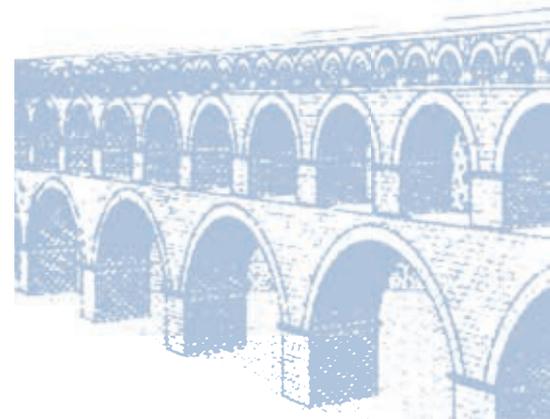
Personelle Veränderungen vom 28. April 2011 bis 26. April 2012

Mit der regelmäßigen Generalversammlung vom 26. Mai 2011 endete die Funktionsperiode von Generalrat Dipl.-Bwt. Alfred Hannes Heinzl.

Aufgrund des Ausscheidens der Vorsitzenden Dr. Martina Gerharter aus dem Zentralbetriebsrat wählte der Zentralbetriebsrat am 2. November 2011 Robert Kocmich zum Vorsitzenden

des Zentralbetriebsrats. Ebenfalls gemäß Beschluss des Zentralbetriebsrats vom 2. November 2011 wurde Mag. Ferdinand Mramor zum Stellvertretenden Vorsitzenden anstelle von Robert Kocmich gewählt und als Belegschaftsvertreter in den Generalrat entsandt.

Sektionschef Mag. Thomas Wieser wurde auf eigenen Wunsch mit Wirkung vom 29. Februar 2012 als Staatskommissär abberufen.



Mit Stand 31. Dezember 2011 umfasste der Generalrat der OeNB folgende Mitglieder:



Dkfm. Dr.
Claus J. Raidl
Präsident



Mag. Max
Kothbauer
Vizepräsident
Vorsitzender des
Universitätsrats der
Universität Wien



Dipl.-Ing.
August Astl
Generalsekretär der
Landwirtschafts-
kammer Österreich



Mag. Markus Beyrer
Vorstand der
Österreichischen
Industrieholding AG
(ÖIAG)



Univ.-Prof. Dr.
Bernhard Felderer
Direktor des Instituts
für Höhere Studien
und Wissenschaftliche
Forschung (IHS)



Dkfm. Elisabeth
Gürtler-Mauthner
Geschäftsführerin der Sacher
Hotels Betriebsges.m.b.H.
und Vizepräsidentin
der Österreichischen
Hotelierversammlung (ÖHV)



Dr. Erich Hampel
Präsident der
UniCredit Bank Austria AG



Mag. Anna Maria
Hochhauser
Generalsekretärin der
Wirtschaftskammer
Österreich



Dipl.-Ing.
Johann Marihart
Generaldirektor
der Agrana
Beteiligungs-AG



Mag. Werner Muhm
Direktor der Kammer
für Arbeiter und
Angestellte für Wien



Dr. Gabriele Payr
Generaldirektorin der
Wiener Stadtwerke
Holding AG



Mag. Dr. Walter
Rothensteiner
Generaldirektor
der Raiffeisen
Zentralbank
Österreich AG



Dr. Dwora Stein
Bundesgeschäfts-
führerin der Gewerk-
schaft der Privat-
angestellten, Druck,
Journalismus, Papier

Gemäß § 22 Abs. 5 NBG vom Zentralbetriebsrat bei Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet:



Robert Kocmich
Vorsitzender des
Zentralbetriebsrats



Mag. Ferdinand Mramor
Stellvertretender
Vorsitzender des
Zentralbetriebsrats



Staatskommissär
Sektionschef
Mag. Thomas Wieser
Leiter der Sektion für
Wirtschaftspolitik und
Finanzmärkte im Bundes-
ministerium für Finanzen



Staatskommissär-
Stellvertreter
Mag. Alfred Lejsek
Gruppenleiter
Gruppe III/B Finanzmärkte
im Bundesministerium
für Finanzen

Direktorium

Das Direktorium hat den gesamten Dienstbetrieb zu leiten und die Geschäfte der OeNB zu führen. Bei der Verfolgung der Ziele und Aufgaben des ESZB hat das Direktorium entsprechend den Leitlinien und Weisungen der EZB zu handeln. Das Direktorium führt die Geschäfte in der Weise, dass die OeNB in die Lage versetzt wird, die ihr auf Grundlage des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB-Satzung) erlassenen unmittelbar anwendbaren unionsrechtlichen Vorschriften und die sonst durch ein Bundesgesetz zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Das Direktorium besteht

aus dem Gouverneur, dem Vize-Gouverneur und zwei weiteren Mitgliedern. Alle Mitglieder des Direktoriums werden vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung ernannt. Die Ernennung erfolgt in Zukunft aufgrund der NBG-Novelle 2011 jeweils auf die Dauer von sechs Jahren; eine Wiederernennung ist zulässig. Der Gouverneur ist Mitglied des EZB-Rats und des Erweiterten Rats der EZB. Er und sein Vertreter sind bei Wahrnehmung dieser Funktionen weder an Beschlüsse des Direktoriums noch an solche des Generalrats gebunden und unterliegen auch sonst keinerlei Weisungen.

Mit Stand 31. Dezember 2011 umfasste das Direktorium der OeNB folgende Mitglieder:



Andreas Ittner, Wolfgang Duchatzek, Ewald Nowotny, Peter Zöllner (von links)

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny
Gouverneur

Mag. Dr. Wolfgang Duchatzek
Vize-Gouverneur

Mag. Dr. Peter Zöllner
Mitglied des Direktoriums

Mag. Andreas Ittner
Mitglied des Direktoriums

Für weitere Informationen zum Direktorium der OeNB siehe auch www.oenb.at

Organisation der OeNB

Präsident

Dkfm. Dr. Claus J. Raidl

Referat des Generalrats
AL DRR Dr. Dr. Richard Mader

Vizepräsident

Mag. Max Kothbauer

Direktorium

Ressort Notenbankpolitik

Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny

Innenrevision
AL DRR Mag. Dr. Axel Aspetsberger

Hauptabteilung Kommunikation, Planung und Personal

DHA Mag. Markus Arpa

Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit
AL DRR Mag. Günther Thonabauer

Abteilung für Planung und Controlling
AL Elisabeth Kerbl

Personalabteilung
AL Hannes Brodtrager

Hauptabteilung Volkswirtschaft

DHA Mag. Dr. Peter Mooslechner

Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen
AL DRR Mag. Dr. Ernest Gnan

Abteilung für volkswirtschaftliche Studien
AL Mag. Dr. Martin Summer

Abteilung für Integrationsangelegenheiten
und Internationale Finanzorganisationen
AL Mag. Franz Nauschnigg

Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher
Entwicklungen im Ausland
AL Mag. Dr. Doris Ritzberger-Grünwald

Repräsentanz Brüssel
SE Mag. Carmencita Nader-Uher, MBA

Ressort Rechnungswesen, Informationsverarbeitung und Zahlungsverkehr

Vize-Gouverneur Mag. Dr. Wolfgang Duchatczek

Hauptabteilung Organisation und Informationsverarbeitung

DHA Christoph Martinek

Abteilung für Organisation und IT-Governance¹
AL DRR Ing. Mag. Wolfgang Ruland

IT-Development
AL Dipl.-Ing. Dieter Gally

IT-Operations
AL Ing. Peter Deixelberger

Web- und Druck-Service
AL Maximilian Hiermann

Hauptabteilung Hauptkasse und Zahlungsverkehr

Abteilung für Bargeld- und Zahlungsverkehrssteuerung
AL DRR Mag. Dr. Walter Hoffenberg

Banknoten- und Münzenkasse
AL Kassendirektor Mag. Dr. Gerhard Schulz

Zahlungsverkehrsabteilung
AL Mag. Katharina Selzer-Haas

Zweiganstalt Österreich Nord
DZA Josef Kienbauer

Zweiganstalt Österreich Süd
DZA Claudia Macheiner

Zweiganstalt Österreich West
DZA Mag. (FH) Armin Schneider

Hauptabteilung Rechnungswesen

DHA Friedrich Karrer

Abteilung Bilanzierung und Risikoüberwachung Treasury
AL DRR Elisabeth Trost

Abteilung Zentralbuchhaltung
AL Herbert Domes

AL Abteilungsleiter
DHA Direktor der Hauptabteilung
DRR Direktionsrat
DZA Direktor und Leiter der Zweiganstalt
SE Senior Expert

**Ressort Finanzmarktstabilität,
Bankenaufsicht und Statistik**

Direktor Mag. Andreas Ittner

**Hauptabteilung
Finanzmarktstabilität und Bankenprüfung**

DHA Mag. Philip Reading

Abteilung für Finanzmarktanalyse
AL DRR Dr. Michael Würz

Abteilung für Bankenanalyse und Strategie
AL Mag. Dr. Karin Hrdlicka

Abteilung für Bankenanalyse
AL Mag. Dr. Georg Hubmer

Abteilung für Bankenrevision – Großbanken
AL Dipl.-Ing. Dr. Gabriela de Raaij

Abteilung für Bankenrevision
AL Dr. Roland Pipelka

Hauptabteilung Statistik

DHA Mag. Dr. Johannes Turner

Abteilung Statistik – Informationssysteme und
Datenmanagement
AL DRR Eva-Maria Springauf

Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungs-
rechnung und Monetärstatistiken
AL Dr. Michael Pfeiffer

Abteilung Statistik – Aufsicht, Modelle und Bonitätsanalysen
AL DRR Gerhard Kaltenbeck

**Ressort Finanzmarktoperationen,
Beteiligungen und Interne Dienste**

Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner

Rechtsabteilung
AL DRR Mag. Thomas Wagner

Hauptabteilung Treasury

DHA Mag. Dr. Rudolf Trink

Abteilung für Treasury – Strategie
AL DRR Mag. Franz Partsch

Treasury – Front Office
AL Reinhold Wanka

Treasury – Back Office
AL Felix Pollak

Beteiligungsverwaltung
AL Dr. Christa Mölzer-Hellsberg

Repräsentanz New York
DRR Mag. Gerald Fiala

Hauptabteilung Interne Dienste

Abteilung für Einkauf, Technik und Service
AL Mag. Thomas Reindl

Abteilung für Sicherheitsangelegenheiten
AL Gerhard Valenta

Dokumentationsmanagement und Kommunikationsservice
AL Mag. Bernhard Urban

¹ Umweltbeauftragter SE Johann Jachs
Stand per 26. April 2012

Das Geschäftsjahr 2011 im Überblick

Zentrale Rolle der Geldpolitik in schwierigen Zeiten

Im gesamten Euroraum und in der Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) ließ die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2011 ein einheitliches Muster erkennen: Nach Signalen einer konjunkturellen Erholung im ersten Halbjahr 2011 trübte sich die Wirtschaftslage ab Jahresmitte deutlich ein. Der Inflationsdruck nahm ab dem vierten Quartal 2011 ab. Der rapide Schuldenanstieg in einigen europäischen Ländern führte zu stark steigenden Risikoaufschlägen auf den Anleihemärkten sowie zu Spannungen auf dem unbesicherten Interbankenmarkt. Dies erforderte sowohl die Wiederaufnahme bereits auslaufender als auch den Einsatz neuer geldpolitischer Maßnahmen. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Zuteilung langfristiger Liquidität, um die Kreditvergabe zu unterstützen und ein Übergreifen der Spannungen auf andere Finanzmarktsegmente zu verhindern. Für die OeNB bedeuten diese Schritte das Eingehen von zusätzlichen Risiken

und damit neue Herausforderungen für das Reservenmanagement. Insgesamt sorgten die geldpolitischen Maßnahmen, die Rettungspakete auf EU- und internationaler Ebene, die Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung sowie Fortschritte bei der Implementierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf nationaler Ebene Anfang 2012 für eine gewisse Entspannung auf den Anleihemärkten.

Herausforderungen für die Gewährleistung der Finanzmarktstabilität

Die erhöhten wirtschaftlichen und finanziellen Unsicherheiten in Europa belasteten auch den Finanzsektor. Die Profitabilität der österreichischen Banken schwächte sich im zweiten Halbjahr 2011 deutlich ab, wobei das Geschäft in CESEE ein wichtiger Ertragsfaktor blieb. Im zweiten Halbjahr 2011 kam es aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Erholung und länderspezifischer Risiken zu einer Verschlechterung der Kreditqualität in CESEE. Die EU-weite Banken-Rekapitalisierungsumfrage der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde ergab, dass die österreichischen Großbanken eine im internationalen Vergleich unterdurchschnittliche Kapitali-

Grafik 1

Reales BIP



Grafik 2

HVPI-Inflationsrate



sierung aufweisen. Die OeNB und die Finanzmarktaufsichtsbehörde FMA erarbeiteten gemeinsam eine aufsichtliche Leitlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle international aktiver österreichischer Großbanken, die auf eine verbesserte Kapitalisierung und stabilere Refinanzierung abzielt. Auf internationaler Ebene wurden wichtige Fortschritte in der Finanzmarktregulierung erzielt; so hat die legislative Umsetzung von Basel III in der EU bereits begonnen. Die neuen europäischen Aufsichtsinstitutionen nahmen im Jänner 2011 ihre Arbeit auf und waren von Beginn an gefordert.

Geschäftliches Ergebnis der OeNB beläuft sich auf fast 250 Mio EUR

Das von der OeNB im Jahr 2011 erwirtschaftete Ergebnis beträgt 638 Mio EUR. Nach der Zuführung von 400 Mio EUR zur Risikorückstellung, den Abschreibungen auf Wertpapiere von 25 Mio EUR und der teilweisen Auflösung der Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems mit 36 Mio EUR beläuft sich das geschäftliche Ergebnis 2011 auf 249 Mio EUR. Davon entfallen auf die Körperschaftsteuer 62 Mio EUR und auf den 90-prozentigen Gewinnanteil des Bundes gemäß NBG 168 Mio EUR. Der Bilanzgewinn 2011 wird mit 19 Mio EUR ausgewiesen. Im geschäftlichen Ergebnis sind das Nettozinsergebnis mit 842 Mio EUR und realisierte Nettogewinne aus Finanzopera-

tionen mit 83 Mio EUR enthalten. Die Personalaufwendungen belaufen sich auf 125 Mio EUR und die Sachaufwendungen auf 79 Mio EUR. Die Nettowährungsposition der OeNB erhöhte sich auf 17,3 Mrd EUR. Darin sind sowohl die aktiv- und passivseitigen als auch die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Fremdwährungsbestände zusammengefasst. Die Zunahme um 2,5 Mrd EUR gegenüber dem Bilanzstichtag 2010 ist im Wesentlichen auf buchmäßige Kursgewinne aus der Bewertung zum 31. Dezember 2011 zurückzuführen. Von der Nettowährungsposition entfallen 11,0 Mrd EUR auf Goldbestände.

Tabelle 1

Ausgewählte Kennzahlen der OeNB

	2010	2011
<i>in Mio EUR</i>		
Unternehmenskennzahlen (Stand 31. Dezember)		
Nettowährungsposition	14.811	17.276
Banknotenumlauf	21.492	22.687
Bilanzsumme	79.766	99.361
Erwirtschaftetes Ergebnis	612	638
Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen und Veränderung der Risikorückstellung und der Rückstellung für geldpolitische Operationen des Eurosystems	-321	-389
Geschäftliches Ergebnis	291	249
Körperschaftsteuer	73	62
Gewinnanteil des Bundes	196	168
Bilanzgewinn	22	19
Mitarbeiterressourcen der OeNB-Fachbereiche (Wissensbilanz)		
Akademikeranteil, in %	986,2	985,7
Auskünfte der OeNB-Hotlines	47,2	48,6
Abonnenten der Newsletter	36.112	32.992
Bargeldschulungen	18.110	18.904
	367	368
Umweltbilanz		
Wärmeverbrauch in kWh/m ²	60,0	62,0
Stromverbrauch in MWh/Mitarbeiter	7,86	7,98

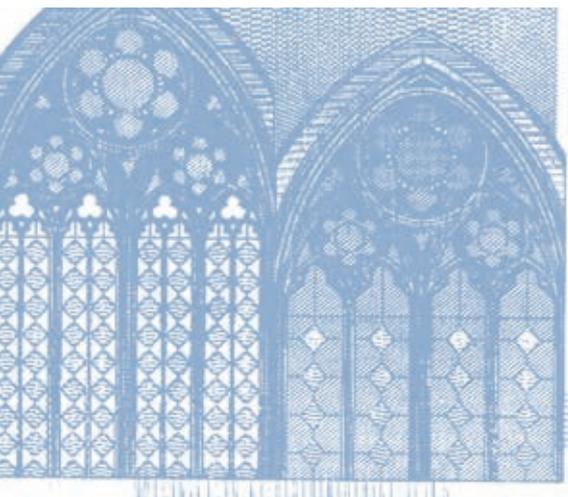
Quelle: OeNB

Wir sichern die Preisstabilität und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität der Geld- und Kreditmärkte

Der Gouverneur der OeNB gestaltet als Mitglied des EZB-Rats sämtliche geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems mit. Bei dieser Aufgabe wird er in der OeNB von Ökonomen unterstützt, die auf Geldpolitik und auf die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich, im Euroraum und in Zentral-, Ost- und Südosteuropa spezialisiert sind. Die OeNB veröffentlicht neben Konjunkturanalysen und -prognosen auch Schwerpunktstudien in periodischen Publikationen wie etwa Geldpolitik & Wirtschaft und dem Finanzmarktstabilitätsbericht.

Wir wickeln geldpolitische Geschäfte mit den Banken ab und veranlagen und verwalten die Währungsreserven

Eine Kernfunktion der OeNB ist die operative Umsetzung der Geldpolitik. Dazu gehören die Abwicklung der regelmäßigen Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit den Banken, die Durchführung unkonventioneller geldpolitischer Maßnahmen zur Bewältigung von Krisen, die Überwachung der Mindestreserveerfüllung der Banken und eine Teilnahme an allfälligen Devisenmarktinterventionen. Die OeNB veranlagt die Währungsreserven nach den Grundsätzen Sicherheit, Liquidität und Ertrag. Im Bereich Risikobegrenzung und -überwachung der Reservenpolitik kooperiert sie eng mit den anderen Zentralbanken des Euroraums.



„Der Euro hat sich als Währung bewährt – es gibt aber erhebliche Herausforderungen für einzelne Mitgliedstaaten.“

*Ewald Nowotny
Gouverneur*

Zentrale Rolle der Geldpolitik in schwierigen Zeiten

Konjunkturelle Entwicklung erfordert weitere geldpolitische Maßnahmen

Zu Jahresbeginn 2011 stellte sich die Wirtschaftsentwicklung im Euroraum günstig dar. Das BIP-Wachstum war im ersten Quartal 2011 mit 0,8% im Vorquartalsvergleich außerordentlich stark, das Geschäftsvertrauen stieg und die Wirtschaftsprognosen erwarteten mit knapp 2% ein ähnlich hohes Wachstum wie im Vorjahr. Gleichzeitig stieg aufgrund steigender Rohstoffpreise auch die Inflationsrate. Die EZB prognostizierte für das Gesamtjahr 2011 einen HVPI-Anstieg zwischen 2,0% und 2,6%. Vor dem Hintergrund der positiven Wirtschaftsentwicklung bestand daher die Sorge, dass es zu Zweitrundeneffekten und damit auch mittelfristig zu erhöhtem Inflationsdruck kommen könnte. Der EZB-Rat reagierte darauf sowohl im April als auch im Juli 2011 mit Zinsanhebungen um jeweils 25 Basispunkte. Der Zinssatz im Hauptrefinanzierungsgeschäft des Eurosystems stieg von 1,0% auf 1,5%.

Ab Jahresmitte bot sich im Euroraum ein verändertes Bild: Spannungen

auf den Märkten für Staatsanleihen, die zuvor auf Griechenland, Irland und Portugal beschränkt gewesen waren, weiteten sich zuerst auf Spanien und Italien, dann auch auf weitere Länder des Euroraums aus. Die Verschlechterung der globalen Wirtschaftslage sowie Unsicherheit hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Fiskalpolitik und der als „Euro-Rettungsschirm“ bezeichneten Maßnahmenpakete trieben die Risikoprämien nach oben, was sich auch auf den Geldmärkten zeigte.

Diese deutliche Verschlechterung der Lage führte zu einer Reihe unkonventioneller geldpolitischer Maßnahmen des Eurosystems, um Spannungen – wie sie nach dem Zusammenbruch der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 auftraten – zu vermeiden. Im August 2011 kündigte der EZB-Rat die Beibehaltung der vollen Zuteilung bei fixem Zinssatz in allen Refinanzierungsgeschäften an und führte einen weiteren 6-Monats-Tender mit voller Zuteilung ein. Zudem reaktivierte das Eurosystem im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme) die Ankäufe von Staatsanleihen. Eingeführt im Mai 2010, soll dieses Programm Störungen in der geldpolitischen Transmission, die durch Verzerrungen auf den Wertpapiermärkten entstehen, entgegenwirken und insbesondere das Übergreifen auf andere Finanzmarktsegmente verhindern. Die Modalitäten des Programms blieben unverändert: Das Eurosystem kauft, wenn dies erforderlich scheint, Staatsanleihen auf den Sekundärmärkten, der liquiditätszuführende Effekt dieser Käufe wird mittels einwöchiger Tender abgeschöpft.

Aufschwung und Inflationsdruck im ersten Halbjahr 2011 bedingen geldpolitische Straffung

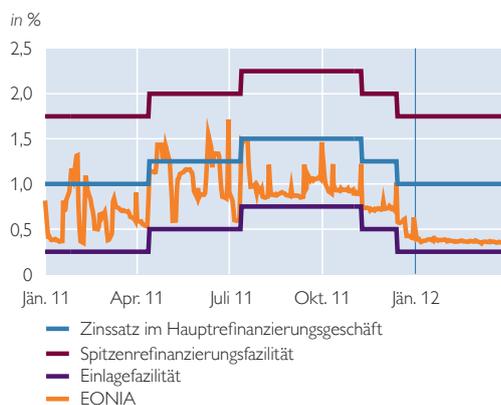
Hauptrefinanzierungsgeschäft

Wöchentliches Offenmarktgeschäft des Eurosystems zur Bereitstellung von Liquidität. Dabei wird Geschäftsbanken befristet auf eine Woche Zentralbankgeld zum Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte zur Verfügung gestellt. Im Gegenzug müssen die Geschäftsbanken Sicherheiten hinterlegen.

Finanzmarkturbulenzen aufgrund von Staatsschuldenkrise in einigen Euro-Ländern

Grafik 3

EZB- und Geldmarkt-Zinssätze



Quelle: EZB, Thomson Reuters.

**Maßnahmen zur
Unterstützung der
Kreditvergabe
ab Mitte 2011**

Tender

Für Offenmarktgeschäfte verwendetes Verfahren, bei dem die Zentralbank auf der Basis von Geboten von Geschäftsbanken dem Markt Liquidität zuführt oder vom Markt absorbiert.

Das Programm ist temporär und wird nur umgesetzt, solange derartige Spannungen anhalten. Zwischen August und November 2011 kaufte das Eurosystem Wertpapiere im Wert von rund 130 Mrd EUR. Gegen Jahresende 2011, als sich die Lage besserte, betragen die wöchentlichen Ankaufsvolumina weniger als 5 Mrd EUR, der Jahresendstand des Portfolios lag bei 211,4 Mrd EUR. Im ersten Quartal 2012 wurden nur wenige Käufe getätigt.

Im Oktober 2011, als die Risikoaufschläge auf dem unbesicherten Interbankenmarkt im Euroraum stark anstiegen, beschloss der EZB-Rat, für Oktober und Dezember 2011 je einen weiteren 1-Jahres-Tender zu begeben. Sie sollten die Unsicherheiten der Banken hinsichtlich der längerfristigen Refinanzierung dämpfen und die Banken darin unterstützen, weiterhin Kredite an Unternehmen und Haushalte zu vergeben. Im Oktober fragten die Banken rund 57 Mrd EUR nach, die sie in vol-

Kasten 1

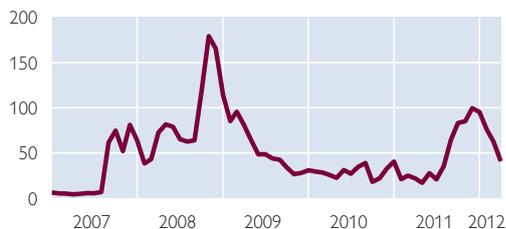
Chronik der geldpolitischen Sondermaßnahmen des Eurosystems im zweiten Halbjahr 2011

- August 2011** *Sämtliche Refinanzierungsgeschäfte sollen bis Anfang 2012 wie zuvor als Tender mit fixem Zinssatz bei voller Zuteilung abgewickelt werden. Darüber hinaus wird ein zusätzlicher 6-Monats-Tender beschlossen. Dabei entspricht der Zinssatz, wie in allen längerfristigen Refinanzierungsgeschäften, dem durchschnittlichen Zinssatz im Hauptrefinanzierungsgeschäft über die gesamte Laufzeit der Operation. Zudem wird das Programm für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme – SMP) reaktiviert.*
- September 2011** *Angesichts der Schwierigkeiten bei der Refinanzierung in US-Dollar werden drei liquiditätszuführende Geschäfte in US-Dollar mit einer Laufzeit von jeweils drei Monaten beschlossen.*
- Oktober 2011** *Sämtliche Refinanzierungsgeschäfte werden zumindest bis Jahresmitte 2012 weiterhin als Tender mit fixem Zinssatz bei voller Zuteilung abgewickelt. Des Weiteren wird für Oktober und Dezember 2011 je ein 1-Jahres-Tender angekündigt. Darüber hinaus wird ein neues Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (Covered Bond Purchase Programme 2 – CBPP2) eingeführt, in dessen Rahmen Titel in Höhe von 40 Mrd EUR bis Oktober 2012 angekauft werden sollen.*
- November 2011** *In einer zwischen EZB und Bank of Canada, Bank of England, Bank of Japan, U.S. Federal Reserve Bank sowie der Schweizerischen Nationalbank koordinierten Maßnahme werden liquiditätszuführende Swap-Vereinbarungen getroffen, sodass alle teilnehmenden Zentralbanken ihrem jeweiligen Bankensystem Liquidität in Fremdwährungen anbieten können. Außerdem wird der Zinssatz für die bestehenden befristeten liquiditätszuführenden Swap-Vereinbarungen in US-Dollar um 50 Basispunkte gesenkt.*
- Dezember 2011** *Der EZB-Rat beschließt zwei weitere längerfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von drei Jahren und der Option einer vorzeitigen Rückzahlung nach einem Jahr. Das erste ersetzt den im Oktober für Dezember 2011 angekündigten 1-Jahres-Tender, das zweite soll Ende Februar 2012 abgewickelt werden. Weitere Sondermaßnahmen umfassen i) die Erhöhung der Verfügbarkeit von Sicherheiten, ii) eine Absenkung des Mindestreservesatzes von 2 % auf 1 % und iii) eine vorübergehende Aussetzung der bisher am jeweils letzten Tag der Mindestreserve-Erfüllungsperiode durchgeführten Feinsteuerungsoperationen.*

Grafik 4

Risikoaufschläge auf dem Interbankenmarkt

3-Monats-Zinsen; Euribor-EONIA-Swap in Basispunkten (Monatsdurchschnitt)



Quelle: Thomson Reuters.

lem Umfang zugeteilt bekamen. Der Zinssatz über die Laufzeit orientiert sich am Zinssatz des Hauptrefinanzierungsgeschäfts. Zusätzlich startete das Eurosystem das zweite Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (Covered Bond Purchase Programme), in dessen Rahmen bis Oktober 2012 Titel im Wert von 40 Mrd EUR gekauft werden sollen.¹

Die zugespitzte Lage auf den Finanzmärkten wirkte sich negativ auf die Refinanzierungsbedingungen der Banken und in der Folge auf die Unternehmen und privaten Haushalte aus. Dazu dämpften gesunkenes Vertrauen und ein rückläufiges Weltwirtschaftswachstum die Aussichten für den Euroraum, sodass die BIP-Prognosen deutlich nach unten revidiert werden mussten. Vor dem Hintergrund einer sich stark abschwächenden Wirtschaftsleistung ist zudem die Gefahr von übermäßigem Lohn- und Preisdruck signifikant geringer. Um der Gefahr einer neuerlichen Rezession entgegenzuwirken, senkte der EZB-Rat sowohl im November als auch im Dezember 2011 die Zinsen im Hauptrefinanzierungsgeschäft um jeweils 25 Basispunkte und brachte das Leitzinsniveau auf 1 % – wie zu Jahresbeginn 2011 – zurück.

Im Dezember 2011 wurden die Maßnahmen zur Unterstützung der Kreditvergabe erweitert. Der angekündigte 1-Jahres-Tender wurde in einen 3-Jahres-Tender umgewandelt, und mit einer vorzeitigen Rückzahlungsmöglichkeit (nach einem Jahr) ausgestattet. Den Banken, die im Rahmen des 1-Jahres-Tenders vom Oktober Mittel aufgenommen hatten, wurde dabei die Möglichkeit geboten, auf diesen 3-Jahres-Tender umzusteigen. Die Nachfrage nach langfristiger Liquidität war enorm: Im Rahmen dieser beiden Tender wurden insgesamt rund 500 Mrd EUR nachgefragt, die voll zugeteilt wurden. Im Februar 2012 wurde ein zweiter 3-Jahres-Tender angeboten, bei dem den Banken rund 530 Mrd EUR zur Verfügung gestellt wurden. Da Liquidität von kurzfristigen Refinanzierungsoperationen teilweise in diese langfristigen Geschäfte umgeschichtet wurde, war die Nettoliquiditätszufuhr

Eurosystem weitet bereitgestellte Liquidität deutlich aus

EONIA

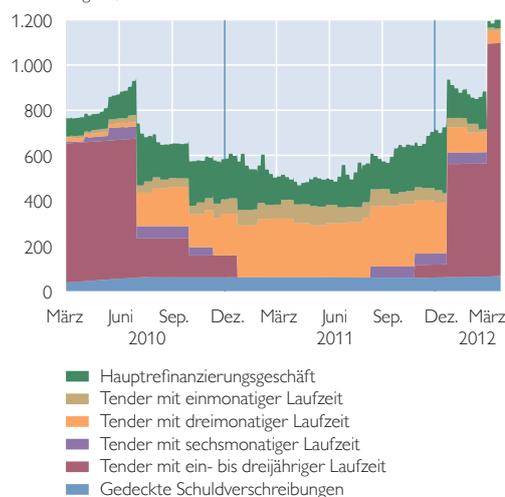
Der EONIA ist ein gewichteter Durchschnitt der Zinssätze für unbesicherte Übernacht-Zwischenbankkredite. Er bezieht sich auf den gesamten Euro-Geldmarkt.

Spannungen auf den Finanzmärkten bremsen Wirtschaftswachstum

Grafik 5

Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

nach Fristigkeit, in Mrd EUR



Quelle: EZB.

¹ Im Rahmen des ersten Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen erwarb das Eurosystem zwischen Mai 2009 und Juni 2010 Titel in Höhe von insgesamt 60 Mrd EUR.

jedoch deutlich geringer. Das gesamte Volumen der dem Bankensektor zur Verfügung gestellten Liquidität (inklusive Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen) belief sich Ende des Jahres 2011 auf über 900 Mrd EUR und kletterte in den ersten Monaten des Jahres 2012 auf knapp 1200 Mrd EUR. Große Teile dieser Liquidität werden beim Eurosystem selbst gehalten. Die Ausnützung der Einlagefazilität stieg nach der Zuteilung des zweiten 3-Jahres-Tenders auf rund 800 Mrd EUR.

Sicherheiten

Um an Refinanzierungsoperationen des Eurosystems teilnehmen zu können, müssen Banken im Gegenzug zur zugeteilten Liquidität Sicherheiten hinterlegen. Die als Sicherheiten herangezogenen Wertpapiere müssen Qualitätsrichtlinien entsprechen und werden laufend zum Marktwert bewertet. Zusätzlich werden sie einem Abschlag unterzogen, sodass die beziehbare Liquiditätsmenge zum Teil deutlich unter dem Marktwert der Sicherheit liegt. Die Abschläge hängen von den zu erwartenden Schwankungen im Wert der Sicherheit ab.

Eine weitere, im Dezember 2011 beschlossene Maßnahme zur Refinanzierung der Banken war die Erweiterung der Liste jener Sicherheiten, die bei Tendersgeschäften mit dem Eurosystem hinterlegt werden können. Zum einen wurde die zulässige Mindestbonität für bestimmte Asset-Backed Securities herabgesetzt. Zum anderen ist es den NZBen nunmehr erlaubt, vorübergehend auch Kreditforderungen (d. h. Bankkredite) als Sicherheiten zu akzeptieren, sofern diese bestimmte Mindeststandards erfüllen.

Globale Konjunkturerholung gebremst

In der ersten Jahreshälfte 2011 standen die Zeichen für die globale Konjunktur auf Erholung. Ab dem Sommer trübten sich die Aussichten jedoch merklich ein. Neben geopolitischen Spannungen, die die Rohstoffpreise ansteigen ließen, schwächten die Unsicherheiten auf den Finanzmärkten vor allem aufgrund der Schuldenprobleme in einigen europäischen Ländern das Weltwirtschaftswachstum.

Das große Erdbeben in Japan im März 2011 führte zu Unterbrechungen in den globalen Wertschöpfungsketten und zu starken Wachstumseinbußen in

Japan im ersten Halbjahr. Nach einer kurzen Erholung im Herbst kühlte sich die japanische Konjunktur gegen Jahresende aufgrund des starken Yen und der Exportrückgänge wieder deutlich ab. Im Gesamtjahr 2011 schrumpfte die Wirtschaftsleistung um 0,7%.

Den USA wurde im August von Standard & Poors aufgrund der stark steigenden Verschuldung und der politischen Uneinigkeit über die Fiskalkonsolidierung das Top-Rating aberkannt. Dennoch hielten sich die Auswirkungen in Grenzen, die Wirtschaft wuchs 2011 immerhin um 1,7%. Im Gegensatz zur weltweiten Entwicklung auf den Arbeitsmärkten begann die Arbeitslosigkeit gegen Jahresende sogar deutlich zu sinken, und auch der Immobilienmarkt zeigte erste Zeichen einer Erholung.

China verzeichnete gegen Jahresende eine merkliche Abschwächung des Wachstums. Der IWF rechnet für 2012 mit einem BIP-Anstieg von nur mehr 8,2%, der sogar niedriger wäre als im Krisenjahr 2009. Bei starkem Importwachstum und gleichzeitig nachlassender Exportnachfrage sank auch der Handelsbilanzüberschuss deutlich. Die ebenfalls rückläufige Inflationsrate schafft Spielraum für eine geldpolitische Lockerung, die Ende 2011 eingeleitet wurde. Für die Weltwirtschaft erwartet der IWF für das Gesamtjahr 2012 ein BIP-Wachstum von 3,3%, nach noch 3,8% im Jahr 2011. Die globalen Ungleichgewichte dürften sich langsam abschwächen: Die Leistungsbilanzüberschüsse Chinas und Japans haben sich bereits deutlich reduziert, das Leistungsbilanzdefizit der USA blieb hingegen nahezu unverändert.

Abschwächung der Konjunktur im Euroraum ab Mitte 2011

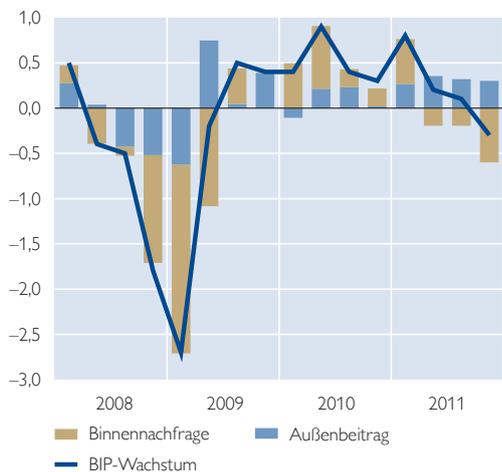
Nach einer Belebung der Wirtschaftsleistung im Euroraum und einem An-

Erdbeben in Japan und Unsicherheiten auf den Finanzmärkten dämpfen Weltkonjunktur

Grafik 6

Beiträge zum realen BIP-Wachstum im Euroraum

Wachstum im Vergleich zum Vorquartal in % bzw. Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



Quelle: Eurostat.

stieg des BIP-Wachstums um 1,8% im Jahr 2010 erreichte es im Jahr 2011 nur noch 1,5%. Insgesamt wurde die Konjunktur vor allem durch ein verringertes Konsumenten- und Unternehmensvertrauen, durch verschlechterte Finanzierungsbedingungen, den Verschuldungsabbau in allen Sektoren sowie eine Abschwächung des Außenhandels gedämpft. Nach einem Anstieg der Produktionsleistung im ersten Quartal 2011 (+0,8% gegenüber dem Vorquartal) kühlte sich die Konjunktur zunehmend ab.

Im vierten Quartal ging das reale BIP um 0,3% zurück. Hinter diesen Daten stehen jedoch große länder- und sektorspezifische Unterschiede. So konnten einige Länder (Deutschland, Frankreich, Finnland und Österreich) in der zweiten Jahreshälfte noch deutlich positive Wachstumsraten erzielen, während das BIP in anderen Mitgliedstaaten (Italien, Irland, Portugal, Niederlande) bereits im dritten Quartal 2011 gegenüber dem Vorquartal schrumpfte.

Im gesamten Euroraum war der vorübergehende Aufschwung im ersten Quartal 2011 von einem deutlichen Anstieg der Binnennachfrage, insbesondere der Bruttoanlageinvestitionen, und des Außenbeitrags getragen. Obwohl sich die Dynamik des Außenhandels in der zweiten Jahreshälfte abschwächte, blieb der Außenbeitrag die einzig robuste Konjunkturstütze. Die Investitionen erbrachten dagegen in der zweiten Jahreshälfte keinen positiven Wachstumsbeitrag. Die Lagerbestände gingen zurück und Kapazitäten wurden heruntergefahren. Diese Entwicklung ging mit rückläufigen Zuwächsen in der Industrieproduktion einher, wobei im Dezember 2011 erstmals seit 2008/09 ein Produktionsrückgang zu beobachten war.

Während umfangreiche Haushaltskonsolidierungen in einigen Euroraumländern den Wachstumsbeitrag des öffentlichen Konsums zum Erliegen brachten, verlangsamte sich auch das private Konsumwachstum zunehmend. Nachdem die Realeinkommen zu Jahresanfang 2011 noch von der verbesserten Situation auf dem Arbeitsmarkt gestützt wurden, hatten in der zweiten Jahreshälfte steigende Preise, aber auch Fiskalkonsolidierungsmaßnahmen

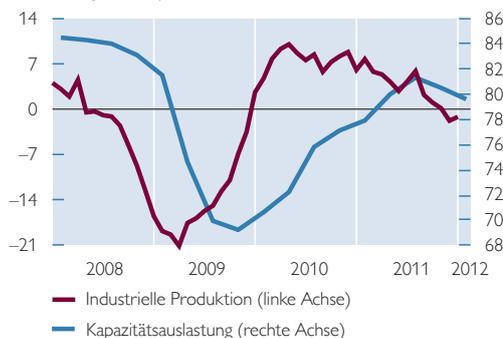
**Außenbeitrag
einzig robuste
Konjunkturstütze**

**Niedriges
Konsumwachstum
im Euroraum**

Grafik 7

Industrielle Produktion im Euroraum

Veränderung zum Vorjahresmonat in %



Quelle: Eurostat.

Inflation 2011 bei 2,7%

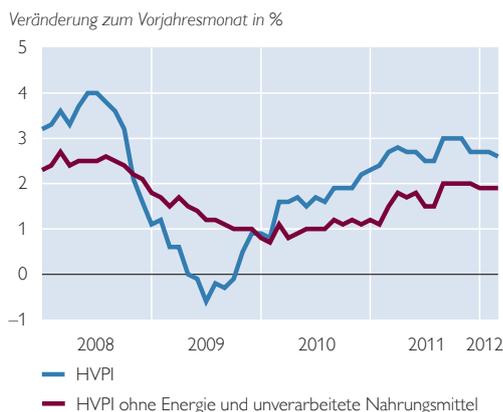
Grafik 8

Beschäftigungswachstum und Arbeitslosigkeit im Euroraum



Grafik 9

HVPI: Gesamtindex und Kerninflation im Euroraum



einen negativen Einfluss auf die verfügbaren Einkommen und damit auf die Konsumneigung. Private Haushalte verwendeten vermehrt Spareinlagen für private Konsumzwecke, ersichtlich in einer verringerten Sparquote. Dazu kam die wieder wachsende Arbeitslosenquote, die von ihrem Tiefpunkt von 9,9% im April 2011 bis auf 10,7% im Jänner 2012 stieg. Die Entwicklungen innerhalb des Euroraums waren dabei stark divergent. Während Deutschland Anfang 2012 die niedrigste Arbeitslosenquote seit 20 Jahren erreichte, lag sie in Irland, Portugal, Spanien und Griechenland im

zweistelligen Bereich, mit steigender Tendenz.

Die EZB geht in ihren Projektionen von März 2012 davon aus, dass das BIP-Wachstum im Jahr 2012 zwischen -0,5% und 0,3% liegen und sich 2013 auf 0,0% bis 2,2% beschleunigen wird. Sehr niedrige kurzfristige Zinssätze und eine leichte Entspannung auf den Finanzmärkten werden demnach die Wirtschaft im Euroraum stützen. Abwärtsrisiken gehen von den Finanzmärkten und vom weltwirtschaftlichen Umfeld aus.

Die HVPI-Inflationsrate betrug im Jahr 2011 im Euroraum durchschnittlich 2,7% (2010: 1,6%). Vor allem die Teuerung bei Energie- und Nahrungsmittelrohstoffen war im ersten Halbjahr 2011 groß. In einigen Ländern sorgte auch die Anhebung von indirekten Steuern und administrativen Preisen im Rahmen von Sparpaketen für Preisdruck. Die Kerninflationsrate (HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) lag im Jahreschnitt bei 1,7%. Die Projektionen der EZB von März 2012 erwarten für das Gesamtjahr 2012 einen HVPI-Anstieg zwischen 2,1% und 2,7%. Vor allem die Energiepreise und neuerliche Anhebungen bei indirekten Steuern treiben die Inflationsrate, sie dürfte erst Anfang 2013 wieder unter 2% fallen.

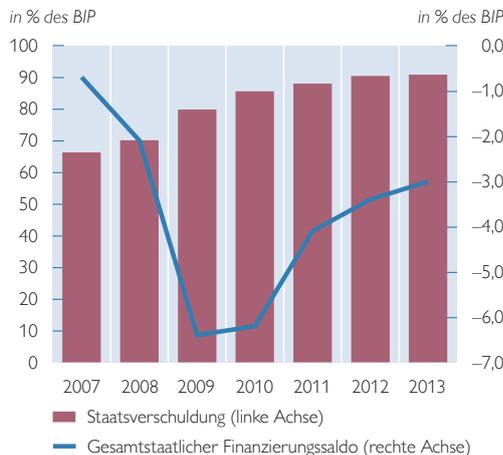
Spannungen auf den Anleihemärkten erfordern EU-weite Maßnahmen

Bedingt durch die Finanzkrise und die damit einhergehende Rezession hatte sich die Budgetsituation im Euroraum im Jahr 2009 deutlich verschlechtert. Die bereits im Jahr 2010 eingeleiteten Konsolidierungsmaßnahmen, zusammen mit der wirtschaftlichen Erholung, konnten den öffentlichen Finanzierungssaldo im Jahr 2010 stabilisieren und 2011 um rund zwei Prozentpunkte

Heterogene Fiskalentwicklung innerhalb des Euroraums

Grafik 10

Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Euroraum



Quelle: Europäische Kommission.

Anmerkung: 2011 bis 2013 prognostizierte Werte.

auf $-4,1\%$ reduzieren. Dadurch konnte auch das Wachstum der Staatsverschuldung im Jahr 2011 deutlich verlangsamt werden. Die öffentlichen Finanzen der einzelnen Euroraumländer entwickelten sich jedoch sehr heterogen. So lag die Defizitquote 2011 in Irland bei $10,3\%$ des BIP, in Griechenland bei $8,9\%$. Die Schuldenquote Griechenlands stieg auf über 160% des BIP. Trotz verbesserter Budgetlage im Euroraum-Durchschnitt kam es in der Folge zu starken Spannungen auf den Anleihemärkten.

Zweifel an der Nachhaltigkeit der Schuldenpfade einiger Euroraumländer und damit verbundene Herabstufungen ihrer Bonität durch Ratingagenturen führten teilweise zu hohen Anstiegen der Risikoprämien auf Staatsanleihen. Im März 2011 waren vor allem drei Länder betroffen, Irland und Griechenland – also jene Länder mit Hilfsprogrammen der EU und des IWF – sowie Portugal. Als die Renditen für 10-jährige portugiesische Anleihen im Mai 2011 bereits 10% überstiegen, beschlossen die EU und der IWF gemeinsam mit der portugiesischen Regie-

rung, das Land unter den „Rettungsschirm“ zu nehmen. Das im Ausmaß von 78 Mrd EUR verabschiedete Hilfspaket soll Portugal für den Zeitraum von drei Jahren den nötigen Spielraum gewähren, um seinen öffentlichen Haushalt dauerhaft zu sanieren.

Die Schaffung des „Rettungsschirms“ und die gewährten Hilfspakete konnten das Vertrauen der Anleger jedoch nicht nachhaltig stärken. Als im Juni 2011 eine mögliche Schuldenrestrukturierung in Griechenland breite Aufmerksamkeit erhielt, weiteten sich die Spannungen auf den Anleihemärkten aus und erfassten Spanien und Italien. Dies veranlasste die EZB, das SMP wieder aufzunehmen und auf dem Sekundärmarkt zu intervenieren. Um einer weiteren Verschärfung der Vertrauenskrise vorzubeugen, kündigten die Regierungen der Euroraum-Länder an, den Handlungsspielraum der Europäischen Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) auszuweiten. Die erweiterte EFSF kann Anleihen auf dem Sekundärmarkt erwerben und Kredite an Banken vergeben. Zusätzlich angekündigte nationale Sparmaßnahmen in Italien und Spanien sollten den Reformwillen der Regierungen unterstreichen.

Im Oktober 2011 wurde ein zweites Hilfspaket im Ausmaß von 130 Mrd EUR für Griechenland angekündigt, da sich die ursprünglichen Erwartungen hinsichtlich des Wirtschaftswachstums und der Fiskalentwicklung als zu positiv herausstellten. Dieses Paket sah eine Beteiligung des Privatsektors an der Reduktion des Schuldenstands vor. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen den privaten Gläubigern – vertreten durch den internationalen Bankenverband IIF – und der griechischen Regierung konnte schließlich Mitte Februar 2012 eine Einigung über die

Vertrauenskrise in Italien und Spanien

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM, „Rettungsschirm“)

Auf der Sitzung des Europäischen Rats am 24./25. März 2011 wurde der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) beschlossen, der finanzielle Unterstützung für Euroraum-Mitgliedstaaten gegen strikte Auflagen gewähren kann, wenn dies zur Sicherung der Finanzstabilität des Euroraums notwendig erscheint. Der ESM hat eine Vergabekapazität von 500 Mrd EUR. Mit dieser Einrichtung soll den befristet eingerichteten Instrumenten Europäische Finanzstabilitätsfazilität (EFSF) und Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) am 1. Juli 2012 eine permanente Fazilität folgen.

Zweites Hilfspaket für Griechenland

Collective Action Clauses (CACs)

Collective Action Clauses bzw. Umschuldungsklauseln sind Vertragsbestandteil bei der Begebung von Staatsanleihen. Ihre Bestimmungen gestatten es Gläubigern, bei Zahlungsunfähigkeit eines Staates mit qualifizierter Mehrheit Änderungen der bis dahin vereinbarten Zahlungsbedingungen zu beschließen, die dann auch für die übrigen Anleihenbesitzer bindend wirksam werden.

Reformen und geldpolitische Maßnahmen bewirken Entspannung auf den Finanzmärkten

Neue Regeln für die Wirtschaftspolitik

Modalitäten des Schuldenschnitts erreicht werden. Dies veranlasste die Euro-Finanzminister am 21. Februar 2012, die Kredithilfen für Griechenland zu beschließen. Der griechische Anleihetausch verlief mit einer Teilnahme von 84% der gesamten am Umtausch beteiligten Anleihen erfolgreich. Durch die Aktivierung von Collective Action Clauses wird die Teilnahmequote auf 96% erhöht. Damit ist ein wichtiger Schritt getan, um die griechische Schuldenquote bis 2020 auf 120,5% des BIP zu senken. Die Ratingagentur Fitch reagierte auf den erfolgreichen Schuldenschnitt mit einer deutlichen Heraufstufung des Ratings für neue griechische Staatsanleihen auf B-.

In den meisten Euroraum-Ländern reduzierten sich die Renditen auf 10-jährige Staatsanleihen seit Jahresbeginn 2012 deutlich. Diese Entspannung erklärt sich einerseits aus den Fortschritten bei der Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU. Andererseits könnte auch eine mit der großzügigen und langfristig orientierten Liquiditätszuteilung durch das Eurosystem in Zusammenhang stehende erhöhte Nachfrage nach Staatsanleihen seitens der Banken im Euroraum dazu beigetragen haben. Um das Vertrauen der Finanzmärkte weiter zu stärken, ist es notwendig, den eingeschlagenen Fiskalkonsolidierungskurs beizubehalten. So müssen Länder mit Hilfsprogrammen der EU und des IWF die in den Anpassungsprogrammen vereinbarten Verpflichtungen strikt einhalten, während Länder mit übermäßigen Defiziten diese in Übereinstimmung mit ihren angekündigten Budgetzielen korrigieren müssen. Zu-

sätzlich sollten die Fiskalmaßnahmen von strukturellen Reformen gestützt werden, um das langfristige Wachstumspotenzial zu erhöhen und damit die Risiken einer Zielverfehlung zu minimieren. Solche Reformen müssen länderspezifisch ausgestaltet sein und sollten darauf abstellen, die individuellen Ursachen für die fiskalischen Ungleichgewichte zu bekämpfen.

Reform der wirtschaftspolitischen Steuerung und Architektur

Im Gegenzug zur kurz- und mittelfristigen Krisenbekämpfung über Stabilisierungsfazilitäten wurden Beschlüsse zum Ausbau der wirtschaftspolitischen Architektur mit dem Ziel gefasst, einen Beitrag zur Vermeidung künftiger Krisen zu leisten. Auch Lücken in der wirtschaftspolitischen Koordination, die sich in der Krise offenbart hatten, galt es zu schließen. An den Treffen der Eurogruppe und des Rats der Wirtschafts- und Finanzminister, in denen darüber beraten wurde, waren auch die Zentralbanken – sofern ihr Aufgabengebiet betroffen war – in Person des EZB-Präsidenten vertreten.²

- Mit sechs Rechtsakten, genannt *Six-Pack*, wurden am 16. November 2011 nach interinstitutionellen Verhandlungen zwischen Europäischem Rat und Europäischem Parlament Beschlüsse zur Stärkung der wirtschafts- und fiskalpolitischen Koordination und Überwachung gesetzt. Die Regeln enthalten ein neues Verfahren zur Überwachung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte im Euroraum sowie Anpassungen der Regeln für die Haushaltspolitik: einen Richtwert für das Ausgabenwachstum, eine Präzisierung der Maßnahmen bei

² Siehe auch die Schwerpunkt-Ausgabe Q4/11 von *Geldpolitik & Wirtschaft der OeNB* zu „Die reformierte Steuerungsarchitektur der Europäischen Union“ unter www.oenb.at.

überhöhtem Schuldenstand, einheitliche statistische Mindeststandards zur Budgeterstellung sowie die Möglichkeit von Geldbußen im Fall der Nichteinhaltung von Empfehlungen zur Korrektur von Haushaltsverfehlungen.

- Diese Bestimmungen wurden bei einem Sondertreffen am 11. März 2011 durch den sogenannten *Euro-Plus-Pakt* ausgebaut. In diesem „Pakt für den Euro“ verpflichten sich die Euroraum-Mitgliedstaaten und einige Nicht-Euroraum-Länder auf weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und Nachhaltigkeit der Haushaltspolitik. Dazu gehören die verfassungsmäßige Verankerung einer Schuldenbremse auf nationaler Ebene sowie eine stärkere Überwachung der Budgetplanung.
- Ein „Fiskalpakt“, der zwischen allen EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs und der Tschechischen Republik vereinbart wurde, beinhaltet weitere verbindliche Vorgaben für die Haushaltspolitik.
- Basierend auf der *Europa 2020-Strategie* für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum ist die EU-Überwachung der Wirtschaftspolitik ihrer Mitgliedstaaten in einem jährlichen Zyklus organisiert, der ein *europäisches Semester* (bei dem die Mitgliedstaaten ihre Haushaltspläne bereits ein halbes Jahr, bevor die nationalen Parlamente darüber abstimmen, der Kommission und den übrigen Mitgliedstaaten vorlegen müssen) und ein *nationales Semester* (in dem es um die Umsetzung der Strategie im Lichte der länderspezifischen Empfehlungen geht) beinhaltet. Damit soll die Abstimmung von nationaler und europäischer Ebene verbessert werden.

Insgesamt bedeuten diese Schritte deutlichere Vorgaben und mehr Verbindlichkeit für die nationale Haushaltspolitik sowie eine Ausweitung der Bereiche der Wirtschaftspolitik, die einer Überwachung durch gemeinschaftliche Gremien und Instanzen unterliegen.

Internationale Kooperation flankiert EU-Krisenmaßnahmen

Der IWF unterstützt die EU bei der Krisenbekämpfung. So wurden bei der Jahrestagung im Herbst 2011 Schritte gesetzt, um seine Finanzierungskapazität zu stärken. Unter anderem wurde die Einrichtung einer kurzfristigen Liquiditätsfazilität und die Verlängerung der vollen Aktivierung der New Arrangements to Borrow (NAB) um weitere sechs Monate beschlossen. Die NAB sind ein Kriseninstrument, in dessen Rahmen der IWF neben den regulären Ressourcen von den wirtschaftsstärksten Mitgliedstaaten zusätzliche Mittel abrufen kann.

Der IWF hält für seine Mitgliedstaaten eine Reihe von Kreditmöglichkeiten bereit, auf die sie im Notfall zurückgreifen können. Ende 2011 beschloss das Direktorium des IWF eine Reform seiner Kreditfazilitäten, um auf den gestiegenen Liquiditätsbedarf im Zuge der Krise flexibler reagieren bzw. präventiv handeln zu können. Es soll nun zwei neue Kreditfazilitäten geben. Die Precautionary and Liquidity Line (PLL) kann im Krisenfall in Höhe von maximal 1000%, die Rapid Financing Instrument (RFI) zu max. 100% der IWF-Quote des jeweiligen Mitgliedslandes in Anspruch genommen werden.

Am 19. Dezember 2011 sagten die Finanzminister des Euroraums einen Beitrag in Höhe von 150 Mrd EUR zur Aufstockung der IWF-Ressourcen zu,

Fiskalpakt

Laut dem Abkommen über den Fiskalpakt – unterzeichnet beim Europäischen Rat am 1. März 2012 – sollen die beteiligten Länder eine „Schuldenbremse“ im Verfassungsrang national verankern. Diese begrenzt die Höhe des Budgetdefizits und schränkt damit den Spielraum für die staatliche Kreditaufnahme ein. Weiters vereinbaren die Vertragspartner, sich budgetpolitisch stärker untereinander abzustimmen und größere Anstrengungen zur Senkung des Schuldenstands zu unternehmen.

Erweiterte Instrumente des IWF bei der Krisenbekämpfung

Krisenfazilitäten: Auszahlung der Mittel

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über jene Mittel, die zur Krisenstabilisierung im Euroraum im Rahmen der EFSF bzw. des EFSM mobilisiert wurden sowie die Höhe der jeweiligen Ausnützung.

Finanzierung der Euroraum-Kreditprogramme (Griechenland, Irland, Portugal) nach Finanzierungsquelle

Stand 31. März 2012

Finanzierung	Gesamtvolumen		Ausnützung ⁴		Restvolumen		
	Kredite	Garantien	Kredite		Garantien	Kredite (für weitere Zusagen)	
			zugesagt	ausgezahlt			
	in Mrd EUR						
EFSM ¹	60,00	x	48,50	34,00	x	11,50	x
EFSF ²	440,00	726,00	193,20	46,97	23,90	246,80	702,10
davon Österreich	x	21,64	x	x	3,96	x	17,68
ESM ³	Grundkapital	einzahlbar	abrufbar	Kreditvergabevolumen			
Insgesamt	700,00	80,00	620,00	500,00			
davon Österreich	19,50	2,20	17,30	x			

Quelle: Europäische Kommission, EFSF, IWF, BMF.

¹ EFSM: Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (European Financial Stabilisation Mechanism).

² EFSF: Europäische Finanzstabilitätsfazilität (European Financial Stability Facility).

³ ESM: Europäischer Stabilitätsmechanismus (European Stability Mechanism). Der ESM wird am 1. Juli 2012 in Kraft treten.

⁴ Einschließlich der Griechenland im März 2012 zugesagten Finanzierungsbeiträge des EFSF im Gesamtausmaß von 144,7 Mrd EUR. Siehe dazu im Internet http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2012/pdf/ocp94_en.pdf.

Österreich beteiligt sich daran mit 6,13 Mrd EUR. Der IWF strebt eine Erhöhung seiner Finanzmittel um insgesamt 600 Mrd USD an. Diese Maßnahme ist Teil einer internationalen Initiative, die Schlagkraft des IWF zur Krisenbekämpfung zu stärken.

Von 2. bis 14. Juni 2011 wurden die jährlichen Konsultationen des IWF mit Österreich zur Überprüfung der Wirtschaftspolitik abgehalten. In seinen Empfehlungen betonte der IWF die Notwendigkeit eines ambitionierteren Budgetkonsolidierungspfads ab 2012, Reformen zur Senkung der Ausgaben für Gesundheit, Pensionen, Finanzausgleich und Subventionen sowie Maßnahmen zur Begrenzung des Bankensektor-Risikos.

Gedämpfte Wirtschaftsentwicklung auch in Zentral-, Ost- und Südosteuropa

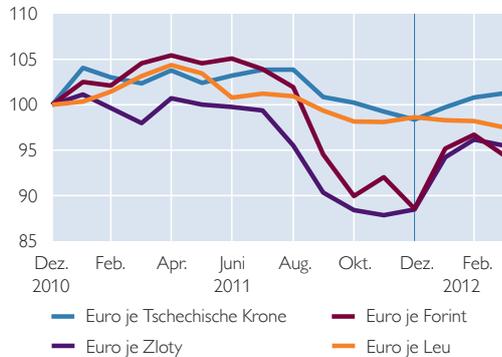
Die CESEE-Staaten verzeichneten einen vergleichsweise guten Start ins Jahr 2011. Die wirtschaftliche Stabilisierung setzte sich fort, das Wachstum war in den meisten Ländern robust, sodass Ratingagenturen zu mehreren Ländern der Region positive Einschätzungen veröffentlichten.

Schon im Frühjahr 2011 deuteten jedoch erste Indikatoren auf eine sich anbahnende Konjunkturabkühlung hin. So schwächte sich etwa das Wachstum der Industrieproduktion spürbar ab, während sich das Wirtschaftsvertrauen in den meisten Ländern sukzessive verschlechterte. Diese Entwicklungen

Grafik 11

Wechselkursentwicklung des Euro

Index: 31.12.2010 = 100 (Monatsdurchschnitt)



Quelle: Thomson Reuters.

Anmerkung: Anstieg entspricht einer Aufwertung der Lokalwährung.

spiegelten einerseits eine geringere Dynamik der Weltwirtschaft wider, andererseits wirkte sich im zweiten Halbjahr 2011 auch die Schuldenkrise im Euroraum zunehmend negativ auf die Risikoeinschätzung der Region aus. Das zeigte sich in einer deutlichen Abschwächung auf den Aktienmärkten sowie einer starken Abwertung mehrerer Landeswährungen gegenüber dem Euro ab Jahresmitte.

Die Realwirtschaft blieb vorerst recht robust, und die Wachstumsperspektive blieb nicht zuletzt aufgrund guter Ernten in mehreren Ländern bis zum dritten Quartal 2011 gut. Die sich verschärfenden Turbulenzen im Euroraum schlugen aber gegen Jahresende immer deutlicher auf die Region durch. Während die Slowakei, Polen und Lettland weiterhin vergleichsweise stark wuchsen, ging bereits in einer Reihe von Staaten die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal zurück. Dennoch fiel das durchschnittliche Wachstum in der gesamten CESEE-Region im Jahr 2011 mit 3,2% höher aus als noch 2010 (2,1%).

Ab Sommer 2011 rückte vor allem Ungarn in den Fokus der internationalen Berichterstattung. Erst verschlech-

terte sich das Investorenvertrauen gegenüber Ungarn im Zuge der Umsetzung umstrittener Politikmanahmen deutlich, dann verlor der Forint von Juli bis Dezember 2011 gegenüber dem Euro etwa 20% an Wert und wurde Anfang Jänner 2012 zum niedrigsten Kurs seiner Geschichte gehandelt. Alle drei großen Ratingagenturen stuften ungarische Anleihen auf den Status einer spekulativen Anlage herunter. Gescheiterte bzw. abgesagte Anleiheauktionen erhöhten die Unsicherheiten bezüglich der Finanzierung des Staatshaushalts. Daraufhin startete das Land mit EU und IWF Sondierungsgesprächen im Hinblick auf ein Hilfspaket, unterbrochen allerdings durch die Verabschiedung einer neuen Verfassung und eines Notenbankgesetzes. Nachdem die Europäische Kommission Mitte Jänner 2012 mehrere Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet hatte, erklärte sich die Regierung zur partiellen Rücknahme von umstrittenen Regelungen bereit. Die Verhandlungen um ein Hilfspaket haben jedoch immer noch nicht begonnen. Zusätzlich wurde nach der Feststellung mangelnder Fortschritte bei der Fiskalkonsolidierung durch den Europäischen Rat im Jänner 2012 das Verfahren bei einem unerwunsten Defizit gegen Ungarn verschärft. Sollte das Land bis spätestens September 2012 keine ausreichenden Maßnahmen zur Rückführung des unerwunsten Defizits setzen, so werden laut Beschluss des EU-Finanz- und Wirtschaftsministerrats vom März 2012 Mittel aus dem europäischen Kohäsionsfonds für Ungarn im Umfang von 500 Mio EUR (oder 0,5% des ungarischen BIP) ab Anfang 2013 eingefroren.

Die wirtschaftliche Heterogenität zeigt sich auch in den Wirtschaftsprognosen für das Jahr 2012. Obwohl die Wachstumserwartungen für alle Län-

Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn

Wirtschaft in CESEE wächst um 3,2%

Reales Wirtschaftswachstum



¹ Prognose.

² Das Aggregat enthält nur Staaten, die den Euro noch nicht eingeführt haben.

Fortschritt im europäischen Integrationsprozess

CESEE-Wachstumsvorsprung gegenüber Euroraum intakt

der der Region im Lauf der letzten Monate deutlich nach unten revidiert wurden, geht die Europäische Kommission davon aus, dass nur Ungarn und Slowenien im Jahr 2012 negative Wachstumsraten ausweisen werden. Im Durchschnitt wird für die EU-Mitgliedstaaten in CESEE mit einem Wachstum von etwa 1,5% gerechnet, womit ein Wachstumsvorsprung gegenüber dem Euroraum von 1½ bis 2 Prozentpunkten gewährleistet wäre. Der Aufholprozess der Region gegenüber dem Euroraum sollte sich also auch heuer weiter fortsetzen.

Der Preisdruck war im ersten Halbjahr 2011 vergleichsweise hoch. Ausschlaggebend dafür waren vor allem Preisschübe bei Nahrungsmitteln im Zusammenhang mit schlechten Ernten im Jahr 2010. Darüber hinaus wirkten hohe Energie- und Rohstoffpreise sowie nicht zuletzt Steuererhöhungen in einigen Ländern inflationstreibend. Der Höhepunkt des Inflationsschubs wurde im Sommer 2011 erreicht. Danach dämpften Basiseffekte sowie nachlassender Preisdruck bei Nahrungsmitteln

die Teuerung. 2012 sollte die durchschnittliche Inflationsrate in den EU-Mitgliedstaaten in CESEE knapp unter 3% und damit um rund einen Prozentpunkt tiefer liegen als 2011.

Am 1. Januar 2011 führte Estland den Euro ein und trat damit als 17. Mitglied dem Euro-Währungsgebiet bei. Der Umrechnungskurs der estnischen Krone zum Euro wurde unwiderruflich bei 15,6466 Kronen je Euro festgelegt. Der Anteil Estlands am BIP des erweiterten Euroraums beträgt nur rund 0,2%, wodurch sich die aggregierten makroökonomischen Kennziffern zum Euroraum nur unwesentlich ändern. Im Jahr 2011 belief sich das Pro-Kopf-Einkommen Estlands zu Kaufkraftparitäten auf etwa 64% des EU-Durchschnitts.

Am 9. Dezember 2011 wurde der Beitrittsvertrag zwischen der EU und Kroatien unterzeichnet. Am 22. Jänner 2012 entschied sich die kroatische Bevölkerung in einem Referendum mehrheitlich für den Beitritt. Nach Ratifizierung des Beitrittsvertrags durch alle EU-Mitgliedstaaten kann der Beitritt am 1. Juli 2013 erfolgen. Damit wächst die EU auf 28 Mitglieder. Im März 2012 wurde Serbien in Würdigung seiner umfassenden Reformbemühungen der Status eines Beitrittskandidaten zur EU verliehen. Konkrete Beitrittsverhandlungen wurden aber vorerst nicht aufgenommen.

Kräftige Expansion der österreichischen Wirtschaft im Jahr 2011

Die kräftige Erholung der österreichischen Wirtschaft im Jahr 2010 setzte sich vor allem in der ersten Jahreshälfte 2011 fort, sodass sich für das Gesamtjahr eine hohe und im Euroraum-Vergleich deutlich überdurchschnittliche Wachstumsrate von 3,0% ergab. Wurde das Wirtschaftswachstum zu Jahresbeginn vor allem von den Expor-

ten und dem auslaufenden Lagerzyklus getragen, verlagerte sich die Dynamik im weiteren Jahresverlauf auf die Investitionen bzw. auf die Inlandsnachfrage. Infolge der verstärkten Vertrauens- und Schuldenkrise schwächte sich das Wachstum im zweiten Halbjahr jedoch stark ab; im vierten Quartal schrumpfte die reale Wirtschaftsleistung (im Vergleich zum Vorquartal) geringfügig.

Die Wachstumsverlangsamung Ende 2011 war in erster Linie auf das schwache internationale Umfeld zurückzu-

führen. Für das erste Halbjahr 2012 zeigen Vorlaufindikatoren eine leichte Verbesserung der Konjunktorentwicklung weltweit und auch für Österreich, es ist daher nicht mit einer Rezession zu rechnen. Doch wird im Jahr 2012 das Wachstum infolge der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Konsolidierungsmaßnahmen voraussichtlich nur 0,7% betragen. Im Einklang mit der erwarteten Erholung der internationalen Konjunktur und der Rückkehr des Vertrauens sollte es im Jahr 2013 aber wieder zu einer Beschleunigung des Wachstums auf 1,6% kommen (OeNB-Prognose vom Dezember 2011).

Schwaches Wachstum in Österreich für 2012 prognostiziert

Von Dezember 2010 bis April 2011 stieg die österreichische HVPI-Inflationsrate von 2,2% auf 3,7% und hielt sich bis Dezember 2011 (3,4%) auf hohem Niveau. Für die Beschleunigung der Gesamtinflationsrate waren bis März 2011 in erster Linie Energie und Nahrungsmittel ausschlaggebend, während der weitere Anstieg ausschließlich durch die Dienstleistungspreise hervorgerufen wurde. Im Gesamtjahr 2011 lag die HVPI-Inflation bei 3,6% und damit über dem Euroraum-Durchschnitt und über jener Deutschlands und Italiens. Für das Jahr 2012 erwartet die OeNB für Österreich einen deutlichen Rückgang der Inflationsrate auf 2,4%. Im Jahr 2013 dürfte der Preisauftrieb auf unter 2% sinken.

Der österreichische Arbeitsmarkt überraschte auch 2011 positiv und wies im internationalen Vergleich ausgezeichnete Werte aus. Mit 4,1% (gemäß Eurostat-Definition) im Gesamtjahr 2011 war die österreichische Arbeitslosenquote die niedrigste der EU; auch die Jugendarbeitslosigkeit entwickelte sich vergleichsweise gut. Die Beschäftigung wuchs 2011 kräftig, einzig die Veränderung der offenen Stellen deutete auf eine leichte Verschlechterung des Arbeitsmarkts im Jahresverlauf hin.

Österreichische Arbeitslosenquote mit 4,1% niedrigste in der EU

Grafik 13

Beiträge zum realen BIP-Wachstum in Österreich

Wachstum im Vergleich zum Vorquartal in % bzw. Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten (saisonbereinigt)

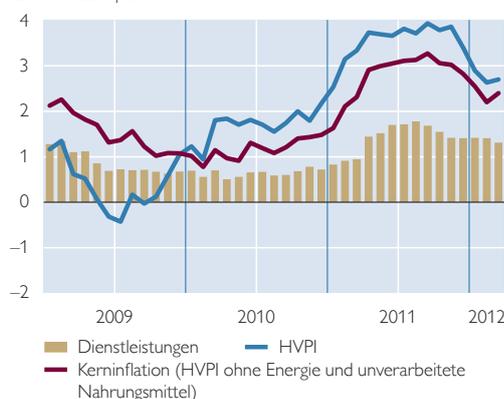


Quelle: Eurostat.

Grafik 14

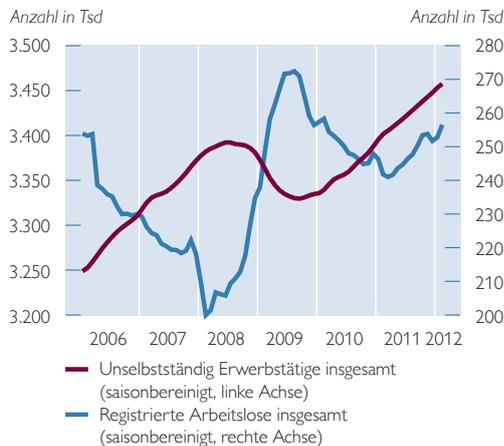
Beitrag des Dienstleistungssektors zur HVPI-Inflation in Österreich

Veränderung zum Vorjahr in % (HVPI und Kerninflation) bzw. in Prozentpunkten



Quelle: Statistik Austria.

Beschäftigung und Arbeitslosenquote in Österreich



Quelle: Arbeitsmarktservice (AMS), Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, OeNB.

**Österreichs
Leistungsbilanz erneut
deutlich im Plus**

Die kräftige konjunkturelle Erholung, die gute Beschäftigungsentwicklung sowie Steuererhöhungen (Mineralölsteuer) führten 2011 zu einem starken Anstieg der Steuereinnahmen. Kürzungen von Sozialtransfers sowie ein schwacher Anstieg der Gehälter im öffentlichen Dienst und der Pensionen trugen zu einem relativ geringen Ausgabenwachstum bei. Dadurch konnte Österreich das für das Jahr 2011 anvisierte Budgetziel des Stabilitätsprogramms übertreffen und einen Budgetsaldo von $-2,6\%$ des BIP erzielen. Die Staatsschuldenquote stieg auf $72,2\%$. Aufgrund der Verschärfung der Schuldenkrise in Europa weitete sich jedoch der Renditeabstand österreichischer gegenüber deutschen Staatsanleihen aus. Die Ratingagentur Standard & Poor's senkte das langfristige Rating Österreichs auf AA+. Dieser Umstand und die Anforderungen der im Herbst 2011 beschlossenen Schuldenbremse mündeten im Frühjahr 2012 in ein weitreichendes Konsolidierungspaket. Es sieht ein kumuliertes Sparvolumen

**Einführung
einer Schuldenbremse
auch in Österreich**

in Höhe von 26,4 Mrd EUR bis zum Jahr 2016 vor, zwei Drittel sollen ausgabenseitig erreicht werden.

Österreichs Wirtschaft erzielte im Jahr 2011 mit 5,9 Mrd EUR erneut einen deutlichen Leistungsbilanzüberschuss (2010: 8,6 Mrd EUR). Während der Güterverkehr ein Defizit von rund 7 Mrd EUR ergab, konnte im Dienstleistungsverkehr ein Überschuss von 14 Mrd EUR erreicht werden. Neben dem traditionell einträglichen Reiseverkehr wurde dieses Ergebnis auch von anderen Dienstleistungsbranchen getragen. Die Bilanz der laufenden Transfers, die vor allem Transaktionen des öffentlichen Sektors – wie etwa EU-Mitgliedsbeiträge – abbildet, schloss mit einem Defizit von rund 2 Mrd EUR. Grenzüberschreitende Einkommen ergaben ein Plus von knapp 1 Mrd EUR.

Österreichs Kapitalverkehr mit dem Ausland ließ 2011 wieder Zuwächse erkennen, nachdem in den Krisenjahren 2009/10 – erstmals seit Österreich EU-Mitglied wurde – Finanzkapital im Ausland abgebaut worden war. Diese Erholungssignale lassen jedoch keineswegs auf eine Rückkehr zur Normalität schließen. Jene Rekordveranlagungen, die unmittelbar vor Ausbruch der Finanzkrise zu beobachten gewesen waren, konnten im Jahr 2011 nicht annähernd erreicht werden. Die Nachwirkungen der Krise machten sich vor allem im Rückzug österreichischer Investoren aus internationalen Wertpapierveranlagungen bemerkbar. Dieses Segment hatte seit Mitte der 1990er-Jahre traditionell die Schlüsselrolle für die enorm wachsende Internationalisierung des österreichischen Kapitalmarkts gespielt. Zunehmend dynamisch zeigten sich 2011 dagegen das Kredit- und Einlagengeschäft sowie grenzüberschreitende Unternehmensbeteiligungen.

Fakten zum Euro¹ belegen positive Effekte für Österreichs Wirtschaft

Seit 1. Jänner 2002 zahlen die Österreicher – wie die Bürger der anderen Mitgliedstaaten des Euroraums – mit Euro-Bargeld. Die Fakten zeigen, dass der Euro aufgrund der hinter der Währung stehenden Wirtschaftskraft der Euroländer (im Jahr 2011 zusammen 9.200 Mrd EUR) in den wenigen Jahren seit seiner Einführung zu einer anerkannten Weltwährung geworden ist und den 332 Millionen Bürgern in den heute 17 Mitgliedstaaten wirtschaftliche Vorteile gebracht hat.

Insbesondere kleine, exportorientierte Länder wie Österreich haben nachweisbar davon profitiert. Im Umfeld stabiler Wechselkurse beschleunigte sich die österreichische Exportquote. Die Leistungsbilanz drehte ab 2002 in einen Überschuss. Die internationale Verflechtung Österreichs – gemessen an den Direktinvestitionen als Anteil der Wirtschaftsleistung – vervierfachte sich. Die österreichische Wirtschaft wuchs seit der Euro-Einführung kontinuierlich und um gut einen halben Prozentpunkt stärker als jene des Euroraums. Die Beschäftigung erhöhte sich seit 1999 durchschnittlich um 1%, die Arbeitslosenquote blieb gering und war 2011 mit rund 4% die niedrigste im Euroraum. 2010 hatte Österreich die vierthöchste Wirtschaftsleistung je Einwohner (BIP pro Kopf) im Euroraum. Mit einer jährlichen Inflationsrate von etwa 2% seit 1999 blieb die Kaufkraft in Österreich erhalten.

Historisch gesehen waren die Zinsen für Wohnbau- wie auch die für Unternehmenskredite in der Zweiten Republik noch nie über einen längeren Zeitraum so niedrig wie seit der Einführung des Euro. Durch den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA – Single Euro Payments Area) ist der Zahlungsverkehr zwischen den Ländern des Euroraums effizienter und billiger geworden, was einen Kostenvorteil vor allem für kleine offene Volkswirtschaften darstellt.

In der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Einbettung in das Euro-Währungsgebiet Österreich und auch andere Länder vor Währungsspekulationen – wie sie gegen den Schilling etwa 1993 erfolgten – geschützt. Der EU-Binnenmarkt und der Euro haben die Rezession im Jahr 2009 in Österreich gemildert. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit war gering und von kurzer Dauer, die Wirtschaft hat sich relativ rasch erholt. Auch wenn die Vertrauenswerte in den Euro im Zuge der Schuldenkrise gesunken sind, zeigen die rezenten Umfragen, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Österreich und auch im Euroraum den Euro als gemeinsame Währung in den kommenden Jahren sieht.

¹ Siehe auch die Folder „Fakten zum Euro“ und „Fakten zu Österreich und seinen Banken“ sowie die Schwerpunkt-Ausgabe Q1/12 von Geldpolitik & Wirtschaft der OeNB zu „10 Jahre Euro-Bargeld“ unter www.oenb.at.

Reservenmanagement gewährleistet trotz geänderter Marktbedingungen positive Ertragsentwicklung

Unsicherheit bestimmt die Finanzmarktentwicklung

Das Jahr 2011 war von einer großen Verunsicherung der Finanzmarktteilnehmer geprägt, die sich in starken Kursschwankungen auf den Finanzmärkten ausdrückte. Das Anlegerverhalten war vor allem auf Risikoreduktion ausgerichtet.

Der Euro festigte sich noch im ersten Halbjahr unter anderem angesichts der schlechteren US-Konjunkturaussichten, wohingegen er sich in der zweiten Jahreshälfte durch die Verschärfung der Schuldenkrise in Europa im Vergleich zu den wichtigsten Handelswährungen abschwächte. Über das Gesamtjahr betrachtet ergab sich ein Wechselkursverlust des Euro gegenüber dem US-Dollar von rund 3%.

Der Schweizer Franken erwies sich insbesondere im dritten Quartal 2011 als Fluchtwährung. Im August 2011 festigte sich der Schweizer Franken zum

Euro um bis zu 18% gegenüber dem Wert zu Jahresanfang. Erst nachdem die Schweizerische Nationalbank Anfang September 2011 einen Mindest-Wechselkurs von 1,20 CHF je Euro festlegte und durch entsprechende Interventionen absicherte, ließ der Aufwärtsdruck auf den Schweizer Franken nach.

Auch der japanische Yen profitierte vom Anlagebedarf in sichere Währungen. Nachdem der japanische Yen infolge der Erdbebenkatastrophe im Frühjahr unter Druck geraten war, festigte er sich im weiteren Jahresverlauf deutlich (Aufwertung gegenüber dem US-Dollar um bis zu 12% und gegenüber dem Euro um bis zu 19%). Ende Oktober erreichte der Wechselkurs des japanischen Yen gegenüber dem US-Dollar ein Allzeithoch. Um einer weiteren Aufwertung gegenzusteuern, intervenierte die Bank of Japan im Jahr 2011 in drei großen Runden. Der japanische Yen verlor Anfang 2012 wieder an Wert.

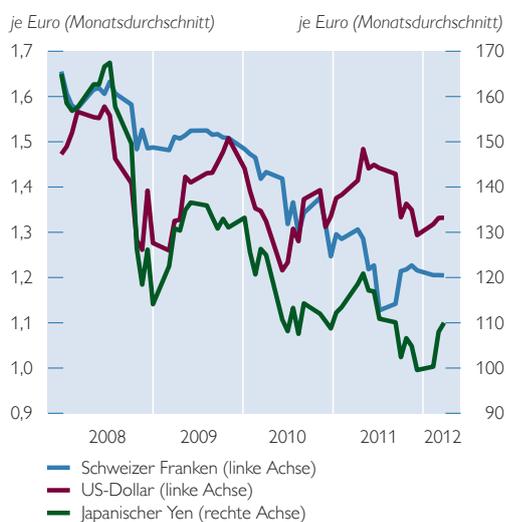
Der Goldpreis profitierte ebenso von einer Flucht in die Sicherheit und erreichte Anfang September 2011 mit 1.921 USD pro Feinunze ein neues Allzeithoch. Im vierten Quartal schwächte sich dieser Trend des Goldpreises ab, unter anderem ausgelöst von niedrigeren Rohstoffpreisen und einer zunehmenden Entspannung der Inflationserwartungen. Über das Gesamtjahr 2011 betrachtet verzeichnete der in US-Dollar gemessene Goldpreis einen Anstieg um 11% (in Euro: +14%).

Auch auf den Aktienmärkten zeigte sich die große Marktunsicherheit. Sie konnten sich lange Zeit den starken Schwankungen und Verwerfungen anderer Anlageinstrumente widersetzen. In den Sommermonaten 2011 gingen

Gold, Schweizer Franken und Yen in Schuldenkrise sehr gefragt

Grafik 16

Wechselkursentwicklung zum Euro

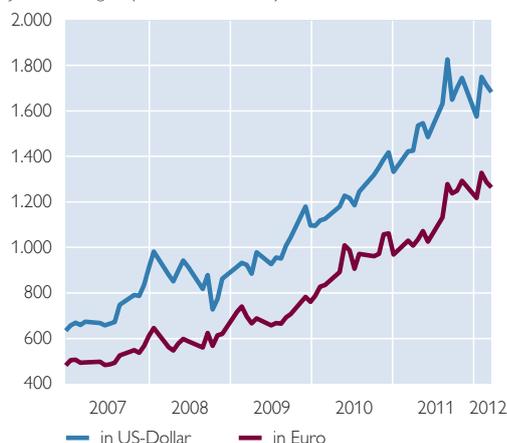


Quelle: Thomson Reuters.

Grafik 17

Entwicklung des Goldpreises

je Unze Feingold (Monatsdurchschnitt)



Quelle: Thomson Reuters.

die Kurse jedoch im Zuge der Verschärfung der Schuldenkrise, der konjunkturellen Abkühlung und der Diskussionen um eine Anhebung der US-Schuldenobergrenze merklich zurück. In Europa brachen die Aktienkurse um 30% (EURO STOXX 50 Index) und in den USA um 18% (S&P 500 Index) ein. Die starken Schwankungen hielten bis Jahresende 2011 an, eine Erholung setzte erst Anfang 2012 aufgrund verbesserter Konjunkturaussichten, insbesondere in den USA, und einer beginnenden Entspannung der Schuldenkrise in Europa ein.

Schuldenkrise hat Einfluss auf das Reservenmanagement der OeNB

Die Entwicklung auf den Finanzmärkten spiegelte sich im Reservenmanagement der OeNB wider. Gemeinsam mit

der EZB und den anderen Zentralbanken des Eurosystems stellte sich die OeNB der Aufgabe, die Marktliquidität unter anderem über Ankaufprogramme von Staatsanleihen und gedeckte Schuldverschreibungen zu erhalten. Zur Sicherstellung der US-Dollar-Versorgung europäischer Banken wurden Swap-Linien mit anderen Zentralbanken, insbesondere dem Federal Reserve System, aktiviert. Im Zuge von Finanzierungsmaßnahmen des IWF wurde der von der OeNB bereit gestellte Rahmen für Sonderziehungsrechte stärker genutzt.

Da die OeNB durch die erwähnten geldpolitischen Maßnahmen erhöhte Risiken aufnehmen musste, war es das zentrale Anliegen ihres Reservenmanagements, durch Sicherheit und Liquidität eine stabile und stetige Ertragsentwicklung zu ermöglichen. Dies konnte insbesondere auch durch die Fortführung einer risikoschonenden Diversifizierung der Anlageklassen sichergestellt werden. Auch die Goldbestände trugen zu einer wertstabilen Entwicklung der Währungsreserven bei. Die OeNB hält unverändert zum Vorjahr rund 280 Tonnen Gold.

Als Reaktion auf Veränderungen der globalen Kapitalmarktentwicklungen und angesichts der wachsenden ökonomischen Bedeutung Chinas unterzeichnete die OeNB mit der chinesischen Zentralbank (PBC) ein wichtiges Abkommen, das im Management der Währungsreserven auch Veranlagungen in die chinesische Währung Renminbi ermöglicht.

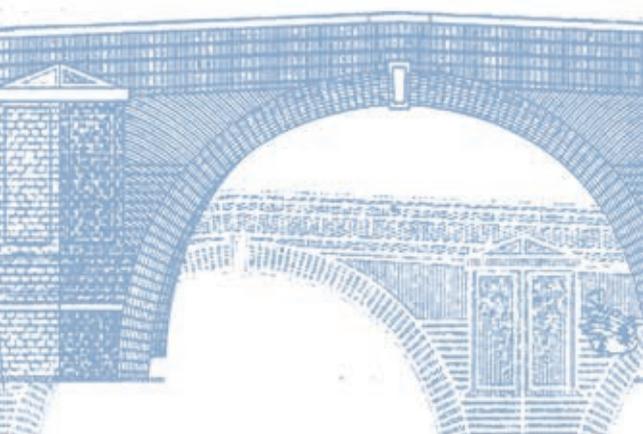
**Reservenmanagement
sichert stetige
Ertragsentwicklung**

Wir analysieren und prüfen Banken und tragen zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität bei

Die OeNB ist für die stabilitätsbezogene Analyse der Finanzmärkte, für die Analyse und Prüfung der Banken und für die Durchführung der Zahlungssystemaufsicht zuständig. Dabei arbeitet sie eng mit der österreichischen Finanzmarktaufsicht FMA zusammen. Aus den daraus gewonnenen Erkenntnissen und aus der integrierten Betrachtung von Einzelinstituts- und Systemebene werden Handlungsoptionen abgeleitet und adressatengerecht kommuniziert. Die OeNB berücksichtigt dabei die aktuelle nationale und internationale Regulierung sowie Auswirkungen von Veränderungen aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen auf die Finanzmarktstabilität.

Wir erstellen hochqualitative und zeitnahe Finanzstatistiken

Die geldpolitische Strategie des Eurosystems, die Bankenaufsicht, internationale Organisationen und die österreichische Wirtschaftspolitik stützen sich auf fundierte und aktuelle statistische Finanzdaten, die von der OeNB bereitgestellt und analysiert werden. Das statistische Portfolio umfasst Monetär-, Zinssatz-, Aufsichts- und Außenwirtschaftsstatistiken sowie die Großkredit-evidenz. Darüber hinaus wirken die OeNB-Statistiker an der (Weiter-)Entwicklung nationaler wie internationaler Datenbanken mit.



**„Die Banken müssen
schockresistenter werden –
Basel III ist sinnvoll!“**

Andreas Ittner
Mitglied des Direktoriums

Herausforderungen für Finanzmarktstabilität nehmen wieder deutlich zu

Schwieriges Umfeld für österreichische Finanzinstitute

Die Unsicherheiten rund um die öffentlichen Finanzen in einzelnen Ländern des Euroraums, die wirtschaftliche Eintrübung im zweiten Halbjahr 2011 und wirtschaftspolitische Maßnahmen in einigen Ländern der CESEE-Region beeinflussten die Geschäftsgebarung der österreichischen Banken maßgeblich. Aufgrund des wieder gesunkenen Vertrauens auf dem Interbankenmarkt trockneten auch die Märkte für großvolumige unbesicherte Finanzierungen nahezu aus. Außerdem war die Liquidität unter europäischen Banken zunehmend ungleich verteilt. Die gesenkten Staatenratings und der negative Ausblick (auch für Österreich) belasteten den Finanzsektor zusätzlich, da dieser einerseits ein bedeutender Gläubiger von Staaten ist und andererseits Gläubiger großer Banken von einer impliziten staatlichen Unterstützung ausgehen. Auch die österreichischen Banken konnten sich dem nicht entziehen. Angesichts dieser Entwicklungen forcierten sie bei steigenden Kundenzinssätzen das Einlagengeschäft. Die Kundeneinlagen stiegen im Jahr 2011 um 4,2 % auf 519 Mrd EUR. Die konsolidierte Gesamtbilanzsumme stieg leicht und betrug Ende 2011 1.166 Mrd EUR.

Trotz des schwierigen Umfelds gab es in Österreich keine Anzeichen für eine Kreditklemme. Die Kundenkredite nahmen im Jahr 2011 um 2,2 % zu. Wie erwartet war das Wachstum von Euro-Krediten getragen. Die Kreditqualität, gemessen an der Wertberichtigungsquote, blieb in Österreich weitgehend stabil. Bei den österreichischen Tochterbanken in CESEE kam es hingegen insbesondere im zweiten Halbjahr 2011 zu einer erneuten Verschlech-

terung der Kreditqualität. Außerdem wurden Firmenwerte berichtigt. Verantwortlich dafür waren vor allem länderspezifische Risiken, die schwache wirtschaftliche Erholung, verringerte Kapitalzuflüsse und die enge Verflechtung von CESEE mit dem Euroraum. Die unterjährige Gewinnentwicklung zeigt daher ein differenziertes Bild: Einer Erholung im ersten Halbjahr steht eine deutliche Abschwächung im zweiten Halbjahr gegenüber.

Das Geschäft in CESEE lieferte dennoch einen wichtigen Ergebnisbeitrag für die Profitabilität der österreichischen Banken. Diese verzeichneten insgesamt ein konsolidiertes Periodenergebnis von 0,7 Mrd EUR, was einer Gesamtkapitalrentabilität von 0,1 % entspricht und einen deutlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Auf Ebene der Einzelbanken kam es zu divergenten Entwicklungen. Einzelne Banken verzeichneten Verluste, was im Jahr 2011 und Anfang 2012 teilweise stabilisierende Maßnahmen der Republik Österreich notwendig machte.

Deutlich gesunkene Profitabilität bei österreichischen Banken

Kreditwertberichtigungen

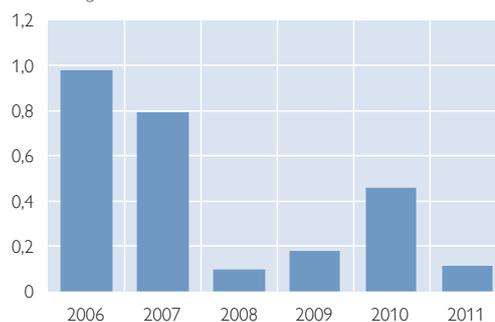
Kreditwertberichtigungen werden von Banken gebildet, wenn Kredite nicht mehr zur Gänze einbringlich sind. Dabei ist zwischen Einzelwertberichtigungen für die Wertanpassung einer spezifischen Forderung und Pauschalwertberichtigungen zur Deckung latenter Risiken im gesamten Forderungsbestand einer Bank zu unterscheiden.

CESEE trotz Verschlechterung bei Kreditqualität weiter wichtige Ertragsquelle

Grafik 18

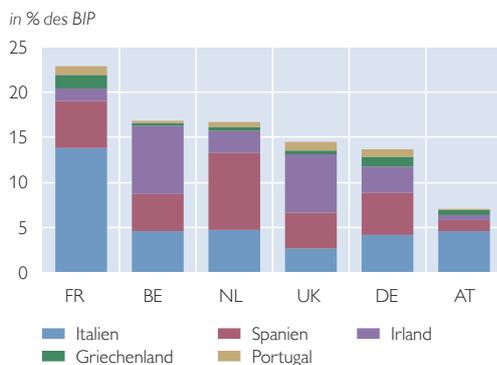
Konsolidierte Gesamtkapitalrentabilität des österreichischen Bankensektors

Periodenergebnis in % der durchschnittlichen Bilanzsumme



Quelle: OeNB.

Banken-Auslandsforderungen gegenüber ausgewählten Euroraum-Ländern



Quelle: BIZ, Eurostat, OeNB.

Anmerkung: Daten per Q3 11; Österreich: Q4 11.

Die Risikotragfähigkeit der österreichischen Banken, gemessen an ihrer Kapitalisierung, blieb im Jahresabstand nahezu unverändert. Die konsolidierte Eigenmittelquote betrug 13,6%, die konsolidierte Kernkapitalquote belief sich auf 10,3%. Im Hinblick auf ihre im internationalen Vergleich unterdurchschnittliche Kapitalisierung und ihr Risikoprofil sind die großen österreichischen Banken angehalten, die Qualität und Höhe ihrer Eigenmittel weiter zu verbessern.

Das Auslandsgeschäft der österreichischen Banken konzentrierte sich auf die CESEE-Region, in der es aber aufgrund großer Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern breit diversifiziert bleibt. Die Auslandsforderungen gegenüber dieser Region betragen Ende 2011 unter 220 Mrd EUR für mehrheitlich in österreichischem Besitz befindliche Banken (etwa 310 Mrd EUR für alle österreichischen Banken). Gegenüber Euroraum-Staaten mit erhöhten Kreditrisikoprämien (Griechenland, Irland, Portugal, Italien, Spanien) wurden die Forderungen im Jahr 2011 insgesamt reduziert. Gemessen am öster-

reichischen BIP lagen diese Ende Dezember 2011 bei rund 7%.

Wesentliche Herausforderungen für das österreichische Bankensystem bleiben insbesondere die weitere Stärkung der Eigenmittelausstattung, die Kreditqualität in CESEE, das Fremdwährungskredit-Exposure, die Ertragschwäche im Österreichgeschäft sowie die Umsetzung der neuen regulatorischen Maßnahmen (wie z.B. Basel III). In diesem Umfeld ist es für die heimischen Banken wichtig, die Nachhaltigkeit ihrer Geschäftsmodelle zu stärken.

Wertverluste auf Anleihe- und Aktienmärkten belasteten im Jahr 2011 die Anlageergebnisse von Versicherungen, Pensionskassen und Investmentfonds. Die Verflechtung anderer Finanzintermediäre mit den Banken geht hauptsächlich auf Investments in Bankanleihen zurück und stellt grundsätzlich ein Ansteckungspotenzial dar. Versicherer, die Lebensversicherungsprodukte mit garantierter Mindestverzinsung anbieten, werden zunehmend durch das Niedrigzinsumfeld belastet. Mit einem Prämienrückgang von 1,1% entwickelte sich im Jahr 2011 auch das Neugeschäft der österreichischen Versicherer schwach. Das Vermögen der österreichischen Investmentfonds verringerte sich im Jahr 2011 ebenfalls deutlich (-7%).

Heimische Großbanken benötigen eine zusätzliche Eigenmittelausstattung von 2,9 Mrd EUR

Eine Erhebung der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority – EBA) im Herbst 2011 ergab für 71 europäische systemrelevante Großbanken einen zusätzlichen Rekapitalisierungsbedarf an hartem Kernkapital (Core Tier 1 Equity) in Höhe von 114,7 Mrd EUR. Dabei wurden auch

Niedrigzinsumfeld als Herausforderung für Versicherungen

Stresstests und Rekapitalisierungsfrage bei EU-Banken bestätigen Kapitalbedarf österreichischer Großbanken

die Ergebnisse vergangener Stresstests von EBA und OeNB bestätigt, wonach die österreichischen Großbanken im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich kapitalisiert sind.

Die beiden daran teilnehmenden österreichischen Banken¹ – Erste Group Bank AG und Raiffeisen Zentralbank Österreich AG – müssen bis Ende Juni 2012 insgesamt 2,9 Mrd EUR aufbringen, um die erforderliche harte Kernkapitalquote von 9% zu erreichen. Das Ergebnis belegt außerdem, dass die Exponierung des österreichischen Bankensektors gegenüber Euroraum-Staaten mit erhöhten Risikoprämien überschaubar ist.

Die Aufbringung von zusätzlichem Eigenkapital ist für die betroffenen Banken eine Herausforderung. FMA und OeNB gehen aber davon aus, dass sie gemeistert werden kann, ohne dass die Kreditvergabe an die Wirtschaft beeinträchtigt wird. Die zwei beteiligten Banken haben Anfang 2012 Pläne vorgelegt, die aufzeigen, wie sie die geforderte 9%-Kernkapitalquote bis Mitte 2012 erreichen wollen.

Aufsicht setzt Maßnahmen zur Stärkung des österreichischen Bankensektors

Die FMA erarbeitete in enger Zusammenarbeit mit der OeNB eine aufsichtliche Leitlinie², die sie im ersten Quartal 2012 veröffentlichte. Durch diese sollen die Geschäftsmodelle der großen, international aktiven österreichischen Banken nachhaltiger gestaltet werden, um einerseits die Vorteile des Auslandsengagements abzusichern und andererseits exzessive Risiken zu vermeiden, die letztlich systemische Auswirkungen für das österreichische Finanzsystem und folglich für den Staat haben könnten. Konkret betroffen sind Erste Group Bank AG, Raiffeisen Zentralbank AG und UniCredit Bank Austria. Der Weg zu diesem Ziel folgt einem dreistufigen Ansatz.

Erstens sollen die Banken ihre Risikotragfähigkeit erhöhen. Konkret werden die Basel III-Regelungen in Bezug auf das Kernkapital (Common Equity Tier 1) ohne Inanspruchnahme von Übergangsbestim-

Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA)

Die EBA ist Teil des am 1. Jänner 2011 in Kraft getretenen Europäischen Finanzaufsichtssystems (ESFS). Sie soll eine möglichst kohärente Bankenaufsicht in Europa und damit die Stabilität des Bankensektors gewährleisten. Sie arbeitet eng mit den nationalen Aufsichtsbehörden zusammen. Zudem ist die EBA in vielen Regulierungsfragen befugt, für die Mitgliedstaaten verbindliche technische Standards und Empfehlungen zu erlassen und in Streitfällen als Schlichtungsstelle zu fungieren. Im Krisenfall erhält die EBA besondere Befugnisse zur Wahrung der Stabilität der Finanzmärkte, wie etwa spezielle Weisungs- und Durchgriffsrechte. Weiters führt die EBA halbjährliche Risikoanalysen und Stresstests durch, weshalb die Bedeutung der Arbeit der EBA auch für den österreichischen Finanzmarkt stark zugenommen hat.

Grafik 20

Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle von Großbanken



Quelle: FMA, OeNB.

¹ Die OeVAG wurde nach dem Verkauf eines Großteils ihres Auslandsgeschäfts von der EBA aus dem Umfrage-Sample genommen. Sie übermittelte einen Rekapitalisierungsplan an die Aufsichtsbehörden. Die UniCredit Bank Austria wurde bei der Ermittlung des Rekapitalisierungsbedarfs indirekt über die italienische Mutterbank einbezogen.

² Weiterführende Informationen finden sich in der OeNB-Pressesaussendung vom 14. März 2012 unter www.oenb.at.

mungen auf den 1. Jänner 2013 vorgezogen, wobei das staatliche und private Partizipationskapital, das im Rahmen des Bankenpakets gezeichnet wurde, anrechenbar ist. Darüber hinaus wird ab 1. Jänner 2016 ein zusätzlicher variabler Kapitalpuffer von bis zu 3 Prozentpunkten (je nach Risikogehalt des Geschäftsmodells) von den international aktiven österreichischen Großbanken zu halten sein.

Zweitens soll durch die verstärkte Beobachtung der Nettoneukreditvergabe im Verhältnis zur Aufbringung lokaler stabiler Refinanzierungsformen³ eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur der Tochterbanken erreicht werden. Die Erfahrungen der österreichischen Aufsicht zeigen, dass Tochterbanken, deren hohes Kreditwachstum in Boom-Zeiten nicht durch eine robuste lokale Refinanzierungsbasis getragen wurde, in der Krise anfälliger für eine Erhöhung des Kreditrisikos waren. Die Ergebnisse aus dem Monitoring werden im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den zuständigen Aufsehern in den Kollegien besprochen, um gegebenenfalls abgestimmte Aufsichtsmaßnahmen ergreifen zu können.

Drittens sind die Institute verpflichtet, bis Jahresende 2012 Sanierungs- und Abwicklungspläne für die gesamte Bankengruppe an die FMA zu übermitteln.

Das Konzept wurde in seinen Grundzügen im November 2011 erstmals der Öffentlichkeit präsentiert und intensiv mit den betroffenen Banken, ausländischen Aufsichtsbehörden, internationalen Finanzinstitutionen, der Europäischen Kommission und anderen beteiligten Parteien diskutiert. Die Nachhaltigkeitsinitiative der österrei-

chischen Aufsicht soll der Stärkung der Geschäftsmodelle österreichischer Banken und damit der Finanzmarktstabilität in Österreich sowie in den Gastländern in CESEE dienen. Sie ermöglicht nachhaltiges Wachstum und stärkt das kundenorientierte Geschäftsmodell der großen, international aktiven österreichischen Banken.

Aufsichtsinitiativen zu Fremdwährungskrediten fortgeführt – Bestand stagniert auf hohem Niveau

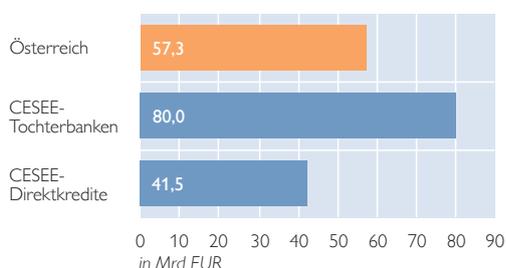
Die österreichische Aufsicht setzte in der Vergangenheit Initiativen zur Eindämmung von Fremdwährungskrediten um, die bereits Wirkung zeigen. Seit Herbst 2008 wird ein Rückgang bei Fremdwährungskrediten an inländische Kreditnehmer, insbesondere an private Haushalte, verzeichnet. Allerdings kompensierte die Aufwertung des Schweizer Franken bis Anfang September 2011 diesen Rückgang fast zur Gänze. Zum Jahresende 2011 betrug das ausstehende Volumen bei Fremdwährungskrediten an inländische Kunden 57 Mrd EUR, wovon zwei Drittel gegenüber privaten Haushalten bestanden. Wechselkursbereinigt gingen die Kredite an private Haushalte zwischen Oktober 2008 und Dezember 2011 um 21 % zurück (unbereinigt um 3 %). Der Anteil der Neukreditvergabe in fremder Währung an private Haushalte liegt seit Ende 2010 unter 4 %.

Die Risiken aus den Fremdwährungskrediten bleiben allerdings bestehen, da zwei Drittel der Fremdwährungskredite noch über eine Restlaufzeit von mehr als 10 Jahren verfügen (Wechselkurs- und Zinsrisiko) und ein großer Teil endfällig und mit Tilgungsträgern ausgestaltet ist (Renditerisiko).

³ Die stabilen Refinanzierungsformen umfassen Einlagen von Nichtbanken, von den Tochterbanken außerhalb des eigenen Konzerns begebene Anleihen mit einer (ursprünglichen) Laufzeit von über einem Jahr, supranationales Funding und Kapital von Dritten.

Grafik 21

Fremdwährungskredite bei österreichischen Banken



Quelle: OeNB.

Anmerkung: Daten per Dezember 2011; CESEE-Tochterbanken: Q2 11.

Zumeist wurden die Kredite in Schweizer Franken (93 % der gesamten Fremdwährungskredite) zu einem deutlich niedrigeren Wechselkurs aufgenommen, was angesichts der Aufwertung der Verschuldungswährung Kursverluste für die Kreditnehmer bedeutet.

Anfang 2010 verpflichteten sich die in CESEE tätigen österreichischen Bankengruppen gegenüber der österreichischen Aufsicht, auf die riskantesten Formen der Fremdwährungsfinanzierung zu verzichten: Konsum- und Hypothekarkredite in Schweizer Franken oder japanischen Yen an private Haushalte und KMUs ohne währungskongruente Einkommen bzw. Einnahmen sollen nicht mehr, Konsumkredite in Euro nur noch an Kreditnehmer mit höchster Bonität vergeben werden.

Wie OeNB-Analysen bestätigen, halten die österreichischen Banken sich an diese Selbstverpflichtung. So sind neu vergebene Fremdwährungskredite ausschließlich in Euro bzw. in US-Dollar (in der Region GUS) denominiert. Dennoch bleibt der Bestand auch in den kommenden Jahren eine beträchtliche Herausforderung und stellt ein Risiko dar: Mitte 2011 waren etwa 80 Mrd EUR oder 45 % der durch österreichische Tochterbanken an Unternehmen und Haushalte in CESEE vergebenen Kredite in fremder Währung denomi-

niert. Hinzu kamen noch 41,5 Mrd EUR an grenzüberschreitenden Fremdwährungskrediten.

Die OeNB und die FMA warnen bereits seit Jahren vor den vielfältigen Risiken von Fremdwährungskrediten und setzten Maßnahmen zur Reduktion dieser Risiken. Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board – ESRB) warnte im Herbst 2011 vor dem systemischen Risikopotenzial von Fremdwährungskrediten und hob damit das Thema erstmals auf die europäische Ebene. Die OeNB war in die Vorbereitung dieser Empfehlungen auf Expertenebene involviert und ist gemeinsam mit der FMA für die technische Umsetzung zuständig. Der ESRB empfahl den nationalen Aufsichtsbehörden, das Risikobewusstsein der Kreditnehmer zu stärken, die Entwicklung von Fremdwährungskrediten zu überwachen, für eine adäquate Abbildung der Risiken im internen Risikomanagement sowie für eine entsprechende Eigenmittelausstattung zu sorgen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Begrenzung von Fremdwährungskrediten zu setzen.

OeNB nimmt aktive Rolle in der Finanzaufsicht wahr

Das österreichische Bankensystem mit über 800 Banken erfordert eine effiziente und schlagkräftige Aufsicht. Im Zuge der Finanzmarktaufsichtsreform 2008 wurde der Aufsichtsprozess weiterentwickelt, wobei der OeNB die Rolle des „Fact-Finders“ und der FMA jene des „Decision-Takers“ zukommt. Dieser klaren Aufgabentrennung steht am Ende eine gemeinsame Verantwortung für den gesamten Aufsichtsprozess gegenüber. Wesentliches Merkmal der Bankenaufsicht ist die Forcierung eines strukturierten Dialogprozesses mit den Banken sowie zwischen FMA und OeNB durch die Einführung eines

Gesamtes Fremdwährungskreditvolumen beträgt über 170 Mrd EUR

Besonderheiten des Bankensektors erfordern effiziente Strukturen

**Schwerpunkt bei
Vor-Ort-Prüfungen
in CESEE**

SPOC (Single Point of Contact)-Prinzip. Darüber hinaus wurden Kompetenzzentren für strategische Themenschwerpunkte wie Basel III, Eigenmittel, Liquidität, Verbriefungen, CESEE (Nachhaltigkeit von Geschäftsmodellen etc.) sowie eine elektronische Plattform, wo alle relevanten aufsichtlichen Informationen verfügbar sind, eingerichtet, da ein reibungsloser Ablauf der Aufsichtsprozesse ein besonderes Maß an Koordination und Abstimmung zwischen OeNB und FMA erfordert.

Verstärkte Aufsicht von grenzüberschreitend tätigen Banken

Die Einschätzung der Risiken von grenzüberschreitend tätigen Banken setzt eine genaue Kenntnis der jeweiligen Märkte und deren Rahmenbedingungen voraus. Ein zentraler Faktor ist dabei die enge Zusammenarbeit, der Informationsaustausch und die Koordinierung der aufsichtlichen Maßnahmen mit den jeweiligen Gastlandaufsichtsbehörden. Im Jahr 2011 wurde die operative Zusammenarbeit zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden weiter intensiviert. Diese findet primär im Rahmen sogenannter Aufsichtskollegien statt. So wurde im Jahr 2011 über die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung einer österreichischen Bankengruppe und deren Töchter gemeinsam entschieden. Die Aufsichtskollegien werden von OeNB und FMA aber auch zur Koordinierung von zukünftigen Analyseschwerpunkten (Auswirkungen von Basel III, Durchführung von Stresstests, Analyse der Liquiditätsposition) und prüfungsrelevanten Themen genutzt. Auch die Auswirkungen der EBA-Rekapitalisierungsfrage oder die von OeNB und FMA erarbeitete aufsichtliche Leitlinie zur Stärkung der Geschäftsmodelle international aktiver österreichischer Banken sollen in Zukunft im Rahmen der Aufsichtskollegien diskutiert wer-

den. Der ebenfalls teilnehmenden EBA kommen dabei Mediations-, aber auch Monitoring-Aufgaben zu.

Das Risiko von grenzüberschreitenden Bankaktivitäten war auch 2011 – gemäß der von OeNB und FMA gemeinsam erarbeiteten Prüfstrategie – verstärkt Gegenstand von Vor-Ort-Aktivitäten, vor allem in der CESEE-Region. Die Prüfungstätigkeit erfolgte im Rahmen von eigenständigen Vor-Ort-Prüfungen eines CESEE-Tochterinstituts, von Besuchen bei Konzerntöchtern, um deren Einbindung in die gruppenweiten Steuerungsprozesse zu untersuchen, von Teilnahmen an Prüfungen der Gastlandaufsichtsbehörden sowie von Modellbegutachtungen in den CESEE-Tochterinstituten. Im Jahr 2011 wurden Vor-Ort-Prüfungstätigkeiten in Kroatien, Rumänien, Ungarn, Russland und der Tschechischen Republik sowie in einigen Ländern Westeuropas durchgeführt.

Zahlungssystemaufsicht trägt zu Finanzstabilität bei

Seit dem Jahr 2002 ist die OeNB auf Grundlage des Nationalbankgesetzes für die Aufsicht von österreichischen Zahlungssystemen verantwortlich. Auf EZB-Ebene ist die OeNB zudem in den europäischen Gremien zur Zahlungssystemaufsicht aktiv vertreten. Schwerpunkte der nationalen Aufsichtstätigkeit waren im Jahr 2011 die Prüfung der Sicherheit des Bankomatsystems sowie der österreichischen Finanzmarktinfrastrukturen (Wertpapierabwicklungssysteme). Auf europäischer Ebene lag ein besonderer Fokus auf der Sicherheit bzw. der Betrugsbekämpfung im Massenzahlungsverkehr. Die Turbulenzen auf den Finanzmärkten hatten keine negativen Auswirkungen auf die Sicherheit und Verfügbarkeit der österreichischen und der europäischen Zahlungssysteme.

**Zentrale Rolle der
Aufsichtskollegien in
grenzüberschreitender
Zusammenarbeit**

OeNB als kompetenter Ansprechpartner für den österreichischen Finanzmarkt

Die Verzahnung von Mikro- und Makroperspektive ermöglicht es der OeNB, einen integrierten Analyseansatz zu verfolgen. Die Analyseergebnisse werden regelmäßig im Finanzmarktstabilitätsbericht der OeNB veröffentlicht sowie mit der FMA und den auf nationaler und internationaler Ebene zuständigen Gremien diskutiert. Anfang 2011 organisierte die OeNB gemeinsam mit der FMA einen Workshop zu Finanzmarktstabilität und Versicherungen.

Die OeNB bringt ihre Österreich- und CESEE-Expertise auch im Rahmen der neu eingerichteten europäischen Konsultationsgruppe des Finanzstabilitätsrats (Financial Stability Board – FSB) ein. Deren Ziel ist es, auch Nicht-FSB-Mitglieder (wie z. B. Österreich) am international koordinierten Informations- und Gedankenaustausch zur Stärkung der Finanzmarktstabilität zu beteiligen. Österreichische Vertreter des BMF, der FMA und der OeNB nahmen im Dezember 2011 an der ersten Sitzung der europäischen Konsultationsgruppe teil, bei der wichtige regulatorische Vorhaben im Zusammenhang mit Basel III, systemisch relevanten Banken und dem Schattenbankensystem ebenso diskutiert wurden wie die europäische Staatsschuldenkrise und ihre Auswirkungen auf die Finanzmarktstabilität.

Weitere Meilensteile in der internationalen Finanzarchitektur gesetzt

Auf europäischer Ebene wurde – in Zusammenarbeit mit den nationalen Aufsichtsbehörden – an der legislativen Umsetzung von Basel III in europäisches Recht gearbeitet. Im Juli 2011 wurde der Legislativentwurf der Europäischen Kommission zur Umsetzung

von Basel III in der EU vorgelegt. Während die vorangegangenen Basler-Übereinkommen im Rahmen von Richtlinien umgesetzt wurden, entschied sich die Europäische Kommission für einen Legislativvorschlag, bestehend aus einer Richtlinie (Capital Requirements Directive IV – CRD IV) und einer Verordnung (Capital Requirements Regulation – CRR), um dadurch einheitliche Regelungen für Banken in Europa zu schaffen. Noch offen sind Fragen des angestrebten Grades der Harmonisierung, die Definition der unterschiedlichen Kapitalkategorien, die Kompetenzverteilung zwischen Heim- und Gastlandaufsichtsbehörden, die Ausgestaltung der zukünftigen Liquiditätskennziffern und etwaige Sonderregelungen für die Kreditvergabe an Klein- und Mittelbetriebe. Die OeNB begleitet diesen Prozess aktiv und agiert auf nationaler Ebene als Informationsdrehscheibe.

Systemrelevante Finanzinstitute sollen verschärften Regulierungsanforderungen unterliegen. Die G-20 verabschiedeten ein Rahmenwerk des FSB, das eine höhere Verlusttragfähigkeit für internationale Großbanken vorsieht. Systemrelevante Finanzinstitute müssen zusätzliche Risikopuffer von 1 % bis 2,5 % Eigenkapital (Common Equity) halten und Pläne für ihre Sanierung und Abwicklung erstellen. Die Systemrelevanz wird anhand der vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht erstellten Methodologie bestimmt. Die Maßnahmen wurden im Herbst 2011 beim G-20-Treffen in Cannes beschlossen.

Im Bereich der Bankenregulierung sind das Krisenmanagement und die Abwicklung, insbesondere von systemrelevanten Banken in finanzieller Schieflage, ein zentrales Thema. Paral-

Basel III bereits in legislativer Umsetzung

Basel III

Im Dezember 2010 beschloss der Basler Ausschuss das neue Regelwerk „Basel III“. Dieses sieht für Banken höhere Mindestkapitalquoten, eine Verbesserung der Qualität der Eigenmittel und die Schaffung von Mindeststandards für die Liquidität vor. Damit soll die Widerstandsfähigkeit der Banken gestärkt werden.

Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board – FSB)

Der Finanzstabilitätsrat ist eine internationale Organisation, die die für die Stabilität des Finanzsystems zuständigen nationalen Behörden und internationalen Institutionen zusammenbringt. Mitglieder im FSB sind jeweils die Notenbanken, Finanzministerien und Aufsichtsbehörden aus den G-20-Ländern sowie Hongkong, den Niederlanden, Spanien, Singapur und der Schweiz, die EZB, die Europäische Kommission und Vertreter internationaler Organisationen und standardisierender Gremien.

Höhere Risikopuffer für systemrelevante Banken

ESRB identifiziert Risiken und gibt Empfehlungen ab

Maßnahmen zur Reduktion der Risiken im Wertpapierbereich

Exchange-Traded Funds (ETFs)

ETFs sind an der Börse gehandelte Investmentfonds und werden meist (zur Kostenersparnis) passiv verwaltet. In Europa ist der Markt noch relativ klein, wächst jedoch sehr stark. Zwei ETF-Arten sind zu unterscheiden: Physische ETFs bilden einen Index nach, indem sie die zugrunde liegenden Vermögenswerte halten. Synthetische ETFs versprechen dem Investor die Rendite eines Index, indem sie einen Swap-Vertrag mit einer Gegenpartei (häufig einer Investmentbank) abschließen.

lel zum FSB arbeitet die Europäische Kommission an Rahmenvorgaben für ein Krisenmanagement zur erleichterten Sanierung und Abwicklung von Banken. Basierend auf dem ECOFIN-Beschluss vom 18. Mai 2010 haben OeNB, FMA und BMF im Jahr 2011 eine regionale Cross Border Stability Group für die grenzübergreifend tätigen Banken Erste Group Bank AG, Raiffeisen Zentralbank AG, Oesterreichische Volksbanken AG und Hypo Group Alpe Adria AG mit dem Ziel eingerichtet, bis Mitte 2012 eine Krisensimulationsübung abzuhalten.

Gemäß Beschlüssen der G-20 soll im Wertpapierbereich der außerbörsliche Derivatehandel durch organisierte Handelsplätze und zentrale Gegenparteien risikoärmer gemacht werden. Die Umsetzung dieser Vorgaben ist in der EU bereits weit vorangeschritten. Auch bei der Regulierung von Verwaltern alternativer Investmentfonds, Ratingagenturen und Leerverkäufen wurden Fortschritte erzielt. Änderungen im Versicherungssektor sind insbesondere durch die neuen risikobasierten Solvenzvorschriften (Solvabilität II) vorgesehen, die im Jahr 2013 eingeführt werden sollen.

Mehrere nationale Aufsichtsbehörden und internationale Finanzinstitutionen haben eine systemische Risikoanalyse zu Exchange-Traded Funds (ETFs) vorgenommen und deren Risiken für die Finanzmarktstabilität aufgezeigt. Bei den in Europa besonders stark wachsenden synthetischen Produkten werden tendenziell die größten Risiken gesehen.

Europäischer Ausschuss für Systemrisiken etabliert sich als Frühwarnsystem

Der ESRB hat in seiner konstituierenden Sitzung am 20. Jänner 2011 seine

Arbeit, die in der Analyse von systemischen Risiken für das Finanzsystem in der EU sowie im Erlass von Warnungen und Empfehlungen besteht, aufgenommen. Im Oktober 2011 warnte der ESRB vor dem systemischen Risikopotenzial von Fremdwährungskrediten und erließ – erstmalig – Empfehlungen an die nationalen Aufsichtsbehörden, die Europäische Bankenaufsichtsbehörde und die EWR-Mitgliedstaaten. Angesichts der vergleichsweise hohen Refinanzierungserfordernisse in US-Dollar und des mangelnden Vertrauens auf dem Interbankenmarkt gab er im Dezember 2011 hierzu auch eine öffentliche Empfehlung ab. Weiters erließ der ESRB im Jänner 2012 eine Empfehlung zur Ausgestaltung eines nationalen makroprudenziellen Mandats an die EU-Regierungen.

In der öffentlichen Kommunikation sowie bei der Anhörung vor dem EU-Parlament und in Pressekonferenzen wies der ESRB auf bedeutende systemische Risiken für die EU-Finanzstabilität hin. Die europäische Staatsschuldenkrise und die negativen Rückkopplungseffekte stellen die bedeutendsten systemischen Risiken für die EU dar. Zudem betonte der ESRB, dass in der Regulierung von Finanzinstituten, Produkten, Märkten und Infrastrukturen ausreichend Flexibilität für die makroprudenzielle Aufsicht gewährleistet sein muss. Damit sollen Systemrisiken reduziert, die Widerstandsfähigkeit und Stabilität des Finanzsystems verbessert und die Versorgung der Wirtschaft und der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen gewährleistet werden.

Die OeNB bringt sich aktiv in die Arbeiten des ESRB ein. Der Gouverneur der OeNB ist im ESRB-Verwaltungsrat stimmberechtigtes Mitglied. Weiters stellt die OeNB den Vize-Vorsitzenden im wichtigsten beratenden Gremium des ESRB, dem Advisory Technical Committee (ATC).

OeNB – Kompetenzzentrum für Finanzstatistik

Statistik als Kernaufgabe der OeNB

Für die OeNB ist die Erstellung von Statistiken eine wichtige Kernaufgabe. Sie dient der Erreichung ihrer Ziele hinsichtlich Preis- und Finanzmarktstabilität wie auch der Sicherstellung des Zahlungsverkehrs. Die Turbulenzen

der vergangenen Jahre machten klar, dass präzise und zeitnahe Informationen über Strukturen und Entwicklungen auf den Finanzmärkten essenziell sind, um krisenhafte Ereignisse möglichst frühzeitig erkennen und darauf reagieren zu können. Gleichzeitig hat die Finanzkrise veranschaulicht, wo die

Kasten 4

Macroeconomic Imbalance Procedure erfordert hochwertige Daten¹

Am 14. Februar 2012 wurde erstmals der jährliche Alert Mechanism Report (AMR) der EU veröffentlicht. Damit ist der Mechanismus zur frühzeitigen Erkennung und Behebung makroökonomischer Ungleichgewichte in der EU (Macroeconomic Imbalance Procedure – MIP) in Kraft getreten. Im Rahmen eines aus zehn ausgewählten makroökonomischen Indikatoren bestehenden „Scoreboard“ werden Schwellenwerte festgelegt, deren Über- bzw. Unterschreitung eine tiefgehende qualitative Analyse der betroffenen Volkswirtschaft zur Folge hat und in entsprechende wirtschaftspolitische Empfehlungen der Europäischen Kommission mündet. Drei Indikatoren werden mittels der Außenwirtschaftsstatistik der OeNB erhoben: der Leistungsbilanzsaldo, die Nettovermögensposition (jeweils in % des BIP) sowie die Entwicklung der Exporte von Gütern und Dienstleistungen im Verhältnis zu den weltweiten Exporten. Zwei weitere Indikatoren werden auf Basis der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der OeNB ermittelt: die Kreditflüsse sowie der Schuldenstand des privaten Sektors. Die übrigen Indikatoren beleuchten neben der öffentlichen Verschuldung realwirtschaftliche Aspekte wie die Entwicklung von Wechselkursen, Lohnstückkosten, Immobilienpreisen und Arbeitslosigkeit. Trotz Überschreitung von drei Schwellenwerten wurden für Österreich im ersten AMR (Scoreboard 2010) im Rahmen der qualitativen Analyse keine Ungleichgewichte festgestellt.

Indikator	Schwellenwert	Ausprägung Österreich	Überschreitung Österreich
	in %		
3-Jahres-Durchschnitt des Leistungsbilanzsaldos in % des BIP	+6 / -4	3,5	Nein
Nettoauslandsvermögensposition in % des BIP	-35	-9,8	Nein
Prozentuelle Veränderung (3 Jahre) des real effektiven Wechselkurses	+/-5 (Euroraum) +/-11 (Nicht-Euroraum)	-1,3	Nein
Prozentuelle Veränderung (5 Jahre) der Exportmarktanteile	-6	-14,8	Ja
Prozentuelle Veränderung (3 Jahre) der nominellen Lohnstückkosten	+9 (Euroraum) +12 (Nicht-Euroraum)	8,9	Nein
Prozentuelle Veränderung gegenüber dem Vorjahr der deflationierten Immobilienpreise	+6	-1,5	Nein
Kreditaufnahmen des privaten Sektors in % des BIP	+15	6,4	Nein
Verschuldung des privaten Sektors in % des BIP	160	166	Ja
Staatsverschuldung in % des BIP	60	72	Ja
3-Jahres-Durchschnitt der Arbeitslosenrate	+10	4,3	Nein

¹ Für weiterführende Informationen siehe auch http://ec.europa.eu/economy_finance/articles/governance/2012-02-14-alert_mechanism_report_en.htm

OeNB erhebt Daten für
Macroeconomic
Imbalance Procedure

zukünftigen Herausforderungen und das große Erweiterungspotenzial bei Statistiken liegen.

Ressourcenschonende Erhebung und Verarbeitung

Kooperationen entlasten Melder

Wichtigster Partner der OeNB im Prozess der Statistikproduktion sind die österreichischen Melder, insbesondere Banken und andere Finanzdienstleister sowie nichtfinanzielle Unternehmen und Privathaushalte. Angesichts des stetig steigenden Bedarfs an statistischen Daten, der häufig in gesetzliche Lieferverpflichtungen mündet, wächst sowohl der Aufwand der Melder für Erhebung und Übermittlung als auch jener der OeNB für die Verarbeitung der gemeldeten Daten. Die OeNB versucht, statistische Melder – unter Einhaltung aller gesetzlichen und vertraglichen Liefervorgaben – zu entlasten und evaluiert den gesamten Produktionsprozess im Hinblick auf Kosteneffizienz (siehe auch den Abschnitt zum Projekt „START II“ im Kapitel „Die OeNB – ein nachhaltiges Unternehmen“).

Auch die interne Meldeverarbeitung wird durch die Optimierung von Schnittstellen ständig verbessert. Hohe

Effizienzgewinne resultieren auch aus der langjährigen Zusammenarbeit mit Statistik Austria in Form mehrerer Kooperationsrahmenverträge. Im Bereich des statistischen Meldewesens führte die ständige Überwachung und Feinsteuerung der Kernprozesse im Rahmen des

Qualitätsmanagements zu einer weiteren Verbesserung der Arbeitsabläufe und Qualitätssicherungsprozesse. Ein Beispiel dafür ist die Erhöhung der Treffergenauigkeit bei Rückfragen zur Datenplausibilität.

Auch in Zukunft werden der Bedarf an hochqualitativen Finanzstatistiken und folglich die Ansprüche an die Leis-

tungsfähigkeit der OeNB-Statistik steigen. Die Zusammenarbeit mit neu geschaffenen europäischen Aufsichtsorganen wie dem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) ist nur eines von vielen Beispielen.

Neue internationale Datenanforderungen auf Grund der Finanzkrise

Die Turbulenzen auf den Finanzmärkten haben die dringende Notwendigkeit für mehr Transparenz hervorgehoben. Die Zentralbanken wurden mit einer exponentiell wachsenden Nachfrage nach Informationen über die Risiken auf diesen Märkten konfrontiert.

So stiegen insbesondere die Datenanfragen durch internationale Organisationen, die schon vor der Krise regelmäßig statistische Daten bezogen hatten. Im Rahmen der beschlossenen Eigenmittelbestimmungen „Basel III“ wurde für neu einzuführende Kennzahlen eine Beobachtungsphase bis zur endgültigen Kalibrierung festgelegt. Dieses Basel III-Monitoring begann 2011 und wird künftig halbjährlich im Zuge einer quantitativen Auswirkungsstudie (QIS) durchgeführt. Die EU-QIS für alle europäischen Länder wird von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) koordiniert, die sich an die Vorgaben und den Zeitplan der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) hält. Die operative Abwicklung in Österreich erfolgt durch die OeNB.

Weiters entwickelte die EBA in Zusammenarbeit mit dem ESRB einen gemeinsamen Rahmen quantitativer und qualitativer Indikatoren zur Ermittlung und Messung des Systemrisikos (Risiko-Steuerpult, Key Risk Indicators – KRIs). Europaweit sind 57 Institute aus 19 Staaten meldepflichtig, in Österreich sind es drei Institute (Erste Group Bank AG, Oesterreichische Volksban-

EBA Key Risk Indicators (KRIs)

KRIs sind quantitative und qualitative Indikatoren zur Ermittlung und Messung des Systemrisikos von Banken, die die nationalen Zentralbanken seit Anfang 2011 vierteljährlich in aggregierter Form der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) übermitteln. Im Detail geht es hier um Bilanz-, Eigenmittel-, Ertrags- und Kreditrisikokennzahlen.

ken AG und die Raiffeisen Zentralbank Österreich AG). Die erste Meldung der KRIs erfolgte Mitte 2011, ab 2013 werden die Datenerfordernisse ausgeweitet.

Neue Kommunikationsstrategie für statistische Inhalte

In Erfüllung ihrer Informationsverpflichtung kommuniziert die OeNB ihre Statistiken über verschiedenste Kanäle an die Öffentlichkeit. Das Gesamtangebot statistischer Daten findet sich auf der OeNB-Website. Eine Reihe statistischer Publikationen – vom kompakten Folder bis zum umfangreichen Quartalsheft – informiert zudem den Leser in zielgruppengerechter Form. Aktuelle Pressekonferenzen und Presseaussendungen ergänzen die Produktpalette. Im Sinne einer Optimierung aller Kommunikationsmaßnahmen wurde 2011 ein Review der Kommunikationsstrategie im Bereich Statistik vorgenommen. Eines der Hauptergebnisse daraus war, dass das sehr breite statistische Datenangebot zunehmend mit Interpretationen angereichert wer-

den soll. Die Kommunikation von Interpretations- und Analyseergebnissen erfolgt künftig einerseits verstärkt reaktiv im Kontext der allgemeinen Informationslage und andererseits proaktiv, um Themen gezielt in der öffentlichen Wahrnehmung zu verankern.

Statistik-App – mobiler Zugriff auf OeNB-Statistiken

Für jene rund 40% der Österreicher, die derzeit schon ein Smartphone besitzen, hat die OeNB zusätzlich zum umfangreichen Datenangebot auf ihrer Website als erste Zentralbank in der EU eine Statistik-App für die Plattformen Android und iOS entwickelt. Sie bietet einen für mobile Endgeräte optimierten Zugang zu aktuellen Daten und Informationen im Statistik-Bereich. Aus verschiedenen Bereichen können Zeitreihen ausgewählt und grafisch und tabellarisch betrachtet werden. Die App ist über die Suchfunktion des App-Marktes am Endgerät auffindbar und kann über diesen auch kostenlos installiert werden.

OeNB kommuniziert Statistiken zielgruppengerecht

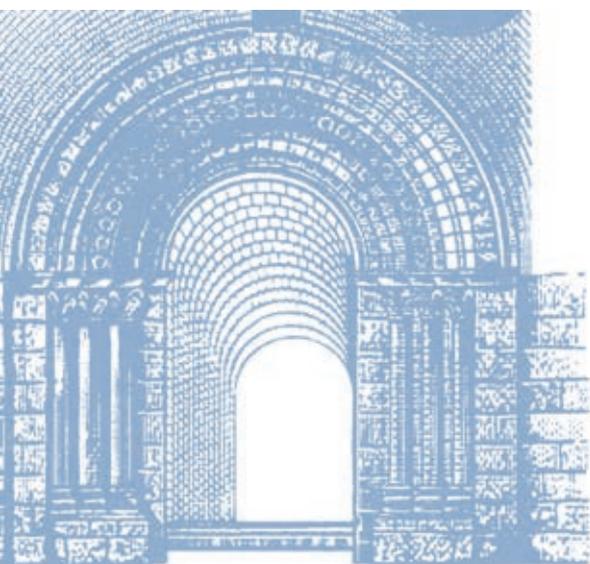


Wir versorgen Österreichs Wirtschaft und Bevölkerung mit sicherem Bargeld

Die OeNB ist gemeinsam mit ihrem Tochterunternehmen Geldservice Austria GmbH (GSA)+ für die Bargeldlogistik in Österreich verantwortlich. Gleichzeitig wird durch modernste Bearbeitungsprozesse für eine hohe Umlaufqualität der Banknoten gesorgt. Das erleichtert der Bevölkerung die einfache Überprüfung der Sicherheitsmerkmale.

Wir stellen effizienten unbaren Zahlungsverkehr sicher

Die OeNB trägt wesentlich zum reibungslosen Funktionieren des österreichischen Zahlungsverkehrs bei. Neben der Wahrnehmung der Aufsicht über Zahlungssysteme nimmt die OeNB auch die operative Funktion als Betreiber von Zahlungssystemen ein. Als Katalysator fördert die OeNB weitere Entwicklungen im österreichischen und im internationalen Zahlungsverkehr.



„Das nationale Clearinghaus ist ein weiterer Meilenstein in der Reorganisation des nationalen und europäischen Zahlungsverkehrs.“

*Wolfgang Duchatzek
Vize-Gouverneur*

Sicheres Geld als Kernkompetenz

OeNB als Bargelddrehscheibe in Europa

Die geografisch günstige Lage Österreichs an den Verkehrsachsen Europas und inmitten aufstrebender Wirtschafts- und Ballungsräume bietet für die OeNB einen Standortvorteil. Dies zeigt sich insbesondere im Bargeldbereich, in dem sich die OeNB gemeinsam mit der GSA als Bargeldkompetenz- und -logistikzentrum etablieren konnte und so einen wichtigen Beitrag bei der Bargeldversorgung Österreichs und den CESEE-Ländern leistet. Dementsprechend entschloss sich das Eurosystem, die OeNB ebenfalls als einen der Lagerorte für die strategischen Reserven im Euroraum einzusetzen. Außerdem entsteht durch die Verflechtung der österreichischen Geschäftsbanken in CESEE ein hoher Rückfluss an Euro-Bargeld, das nach entsprechender Bearbeitung in Österreich wieder innerhalb des Euroraums verteilt wird. Diese Aktivitäten machen die OeNB nicht zuletzt für viele Notenbanken in den betreffenden Ländern zu einem wichtigen Ansprechpartner für Bargeldfragen.

Sichere und stabile Bargeldversorgung durch die OeNB

Der Euro-Bargeldumlauf des Eurosystems stieg bis Ende 2011 auf rund 890 Mrd EUR. Die Etablierung des Euro als Weltwährung wird weiterhin durch die hohe Nachfrage nach Euro-Banknoten aus dem Ausland bestätigt. Laut Einschätzung der EZB zirkulieren 20 % bis 25 % des Bargelds außerhalb des Euroraums. Wertmäßig hat der Euro-Bargeldumlauf den US-Dollar-Umlauf bereits im Jahr 2006 überholt. Da es durch die gemeinsame Währung nicht mehr möglich ist, exakte Umlaufzahlen der einzelnen Länder zu ermitteln,

schätzt die OeNB – beruhend auf Erstausgabemengen, Wachstumsraten bei Bargeldbezügen via Geldausgabeautomat und dem jährlichen Auslieferungsvolumen – den österreichischen Umlauf auf 25 bis 27 Mrd EUR.

Um die Euro-Bargeldsicherheit zu gewährleisten, bearbeitet die OeNB gemeinsam mit der Geldservice Austria Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA) die rückgelieferten Banknoten. Dabei werden diese auf Echtheit und Umlauffähigkeit geprüft und nur wieder ausgegeben, wenn sie alle Kriterien erfüllen.

Euro-Fälschungen in Österreich gering

Auch im Jahr 2011 ging das Fälschungsaufkommen in Österreich wieder zurück (–36,6%). Damit konnte der nach 2002 niedrigste Schadenswert seit Einführung des Euro erreicht werden. Auch

2011: Bearbeitung von 1,61 Mrd Banknoten und 2,12 Mrd Münzen

Eurosystem Strategic Stock (ESS – strategische Reserve)

Nutzung in Ausnahmesituationen, wenn die logistischen Reserven nicht ausreichen oder die Versorgung plötzlich unterbrochen wird. Die logistischen und strategischen Reserven stellen sicher, dass die nationalen Zentralbanken jederzeit Änderungen der Nachfrage nach Banknoten bewältigen können, unabhängig davon, ob die Nachfrage innerhalb oder außerhalb des Euroraums entsteht.

Grafik 22

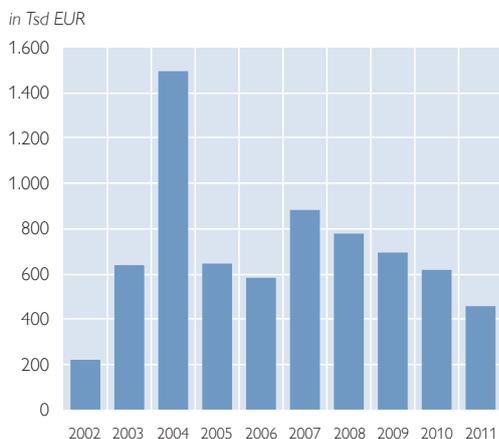
Bargeldumlauf von Euro und US-Dollar



Quelle: OeNB.

Flexibilität bei bargeldlogistischer Planung und grenzüberschreitendem Bargeldtransport

Durch Euro-Fälschungen in Österreich verursachter Schaden



Quelle: OeNB.

Erweitertes Regelwerk für die Bargeldbearbeitung

europaweit zeigt sich ein ähnliches Muster: Hier betrug der Rückgang $-9,3\%$. Insgesamt wurden 606.000 Stück gefälschte Euro-Banknoten sichergestellt, in Österreich lag die Zahl im gleichen Zeitraum bei 5.583 Stück.

Die am häufigsten gefälschte Banknote in Österreich war 2011 mit 33% die EUR 50-Banknote, knapp gefolgt von der EUR 100-Banknote mit $29,3\%$ und der EUR 20-Banknote mit $24,7\%$. Im europaweiten Ranking liegt die EUR 20-Banknote mit $47,5\%$ vor der EUR 50-Banknote mit $32,5\%$ und der EUR 100-Banknote mit 16% .

Zur Verbesserung der Fälschungssicherheit der Euro-Banknoten wird in den nächsten Jahren eine neue Euro-Serie eingeführt.¹ Sie greift gestalterisch die wichtigsten Merkmale der ersten Banknotenserie auf und enthält Sicherheitsmerkmale, die leicht zu erkennen sind und dem neuesten Stand der Technik entsprechen.

¹ Siehe www.ecb.europa.eu/euro/html/anniversary.de.html.

² Beschluss der Europäischen Zentralbank vom 16. September 2010 (EZB/2010/14) bzw. Verordnung (EG) Nr. 1338/2001.

³ Siehe www.oenb.at/testzentrum und www.ecb.int/euro/cashhand/devices/results/html/index.en.html.

Mit 1. Jänner 2011 trat der neue EZB-Beschluss über die Prüfung von Echtheit, Umlauffähigkeit und Wiederausgabe von Euro-Banknoten sowie die geänderte Verordnung zur Festlegung von Maßnahmen zum Schutz des Euro gegen Geldfälschung in Kraft.² Beide schaffen für den erweiterten Adressatenkreis der Bargeldbearbeitung (unter anderem Kreditinstitute und Handelsunternehmen, die Banknoten prüfen und wieder ausgeben) eine einheitliche und rechtlich verbindliche Regelung. In Österreich ist für die Umsetzung maßgeblich das OeNB-Testzentrum zuständig. Auch 2011 führte das Testzentrum nach EZB-Vorgaben kostenlose Tests an Prüf-, Zähl- und Sortiergeräten sowie der dazugehörigen Sensorik durch. Die Ergebnisse werden sowohl auf der OeNB- als auch auf der EZB-Website veröffentlicht.³

Verlässliche Zahlungssysteme für Österreichs Banken

Der nationale Zahlungsverkehr ist der Blutkreislauf unserer Wirtschaft. Das belegt eindrucksvoll das jährliche Transaktionsvolumen, das etwa dem 10-Fachen des BIP entspricht. Es gehört zu den Kernaufgaben der OeNB, entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung sichere und effiziente Zahlungssysteme zu gewährleisten. Nur dadurch kann für die Marktteilnehmer ein uneingeschränkter Zahlungsfluss sichergestellt werden, der die Basis für das Vertrauen in einen funktionierenden und liquiden Markt ist.

Die OeNB sichert mit ihren Zahlungsabwicklungssystemen im Euro- und Fremdwährungsbereich für den Finanzplatz Österreich die optimale

Zahlungsverkehrssysteme gewährleisten optimale Liquiditätsversorgung des Finanzmarktes

10 Jahre Euro-Bargeld in Österreich

Im Rahmen eines Schwerpunkthefts in der Publikationsreihe „Geldpolitik & Wirtschaft“ blickte die OeNB auf das erste Jahrzehnt mit Euro-Bargeld zurück.¹ Diese Bestandsaufnahme ist hier selektiv zusammengefasst.

In Österreich gestaltete sich der Übergang vom Schilling auf den Euro reibungslos. Die Österreicher gewannen recht schnell Vertrauen in den Euro, gewöhnten sich rasch an das neue Bargeld und entwickelten für kleinere Euro-Preise ein gutes Wertgefühl. Über 90% der österreichischen Bevölkerung hatten im Jahr 2010 kein Problem im Umgang mit den Banknoten, bei mehr als 70% der Bürger gilt dies auch für Münzen (schwer fällt manchen eher noch die Unterscheidung der 1- und 2-Cent-Münzen). Das Euro-Bargeld erwies sich als verlässliches und sicheres Zahlungsmittel. Die österreichischen Konsumenten nennen heute als seine größten Vorteile die höhere Preistransparenz, das günstigere und einfachere Reisen sowie die geringeren Kosten bei Transaktionen im Zahlungsverkehr. Aufgrund der bisherigen Leistungen der gemeinsamen Währung für Wirtschaft und Konsumenten und der eingeleiteten Maßnahmen für eine verbesserte Stabilitätsarchitektur des Euro glauben rund zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung an den Euro als Währung.

Die Euro-Bargeld-Einführung hatte auch in der Bilanz der OeNB Umstellungen zur Folge. Ab dem Jahr 2002 galt es in der Banknotenumlaufposition neben dem österreichischen Schilling auch den österreichischen Anteil am gesamten Euro-Banknotenumlauf auszuweisen. Der logistische Banknotenumlauf, die Differenz zwischen tatsächlich ausgegebenen und zurückgenommenen Euro-Banknoten, wird von jeder nationalen Zentralbank des Eurosystems an die EZB gemeldet. Diese ermittelt daraus den gesamten Euro-Banknotenumlauf. Der OeNB-Anteil am gesamten Euro-Banknotenumlauf stieg seit Ende 2002 von rund 10 Mrd EUR auf rund 23 Mrd EUR zum Bilanzstichtag 2011. Der logistische Banknotenumlauf der OeNB betrug zum Jahresultimo 2011 rund –10 Mrd EUR (2002: rund 17 Mrd EUR).

¹ Insgesamt sind sieben Kurzstudien in der Ausgabe Q1/12 in der Reihe Geldpolitik & Wirtschaft erschienen. Für weitere Details siehe www.oenb.at.

Infrastruktur sowohl für inländische als auch für grenzüberschreitende Transaktionen. Sie analysiert laufend Entwicklungen und Innovationen im Bereich Zahlungsverkehrsinfrastruktur, um der Finanzwirtschaft auch in Zukunft bestmögliche Lösungen zu bieten.

EZB-Rats-Beschluss zu TARGET2 umgesetzt

Das Großbetragszahlungssystem des Eurosystems, TARGET2, nahm am 19. November 2007 seinen Betrieb auf. Für eine Übergangsperiode (Transition Period) von vier Jahren konnten bestimmte Zahlungen parallel auch noch über die nationalen Systeme der Notenbanken abgewickelt werden. Das Ende dieser Übergangsphase wurde von der OeNB und den österreichischen Ban-

ken mit 21. November 2011 erfolgreich umgesetzt. Teilnehmer, die bisher über die OeNB teilgenommen hatten (indirekte Teilnehmer), müssen sich nunmehr entweder direkt an TARGET2 oder über einen direkten Teilnehmer anschließen. Die OeNB wickelt für die österreichischen Finanzinstitute weiterhin Liquiditätsüberträge, Bargeldgeschäfte, Standing Facilities (Deposit- und Spitzenrefinanzierungsfazilität) sowie die Erfüllung der Mindestreserve ab.

Integrierter Binnenmarkt im Zahlungsverkehr wird Realität

Mit dem einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (Single Euro Payments Area – SEPA) können Wirtschaftsaktive bargeldlose Euro-Zahlungen von

Erfolgreiches Ende der „Transition Period“

**Ab Februar 2014
Überweisungen und
Lastschriften im
Euroraum verpflichtend
im SEPA-Format**

Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA)

SEPA, die Abkürzung für „Single Euro Payments Area“, soll – nach der erfolgreichen Einführung des Euro-Bargelds – den fragmentierten bargeldlosen Zahlungsverkehr durch die Einführung einheitlicher Formate, Systeme und Regeln harmonisieren. Mit SEPA wird nicht mehr zwischen nationalen und grenzüberschreitenden Zahlungen unterschieden.

einem einzigen Konto innerhalb Europas vornehmen und dabei einheitliche Zahlungsinstrumente ebenso einfach, effizient und sicher nutzen wie die bisherigen Instrumente auf nationaler Ebene.

Die Migration der bestehenden nationalen Systeme auf die SEPA-Instrumente blieb jedoch hinter den Erwartungen zurück und die Vorteile des SEPA konnten somit nicht zur Gänze realisiert werden. Aus diesem Grund schlug die Europäische Kommission eine Verordnung vor, die ein Enddatum für die SEPA-Migration festlegt. Mit Inkrafttreten dieser Verordnung werden

ab 1.2.2014 alle Überweisungen und Lastschriften im Euroraum im SEPA-Format durchgeführt werden müssen. Das bedeutet für die Wirtschaftsakteure, dass nur mehr ein Konto für den gesamten Euro-Zahlungsverkehr unterhalten werden muss, Überweisungen schneller abgewickelt werden und für grenzüberschreitende und nationale Transaktionen die gleichen Gebühren anfallen.

Steigerung der Effizienz und Sicherheit im Interbanken-Massenzahlungsverkehr

Nationales Clearinghaus implementiert

Zur Steigerung der Effizienz im Massenzahlungsverkehr strebt die OeNB seit Jahren die Etablierung eines gemeinschaftlichen Clearinghauses für die Abwicklung von Interbankenzahlungen an. Am 1. Jänner 2010 wurde das Projekt „GSA Clearingservice“ mit dem Ziel gestartet, eine nationale Clearinginfrastruktur in der GSA zu errichten. Im Rahmen dieses Projekts wurden in den darauf folgenden Monaten alle Vorkehrungen hinsichtlich der Ausgestaltung und Umsetzung auf wirtschaftlicher, rechtlicher und technischer Ebene getroffen. Noch vor der

tatsächlichen Inbetriebnahme des Systems haben alle relevanten heimischen Banken einen Letter of Intent (LoI) zu einer aktiven Teilnahme unterzeichnet. Am 18. November 2011 nahm das Clearing Service Austria (CS.A) seinen Produktionsbetrieb erfolgreich auf. Aufgrund der großen Komplexität und der noch parallelen Nutzung von Nationalen und von SEPA-Formaten werden die Mengen sukzessive steigen. Waren es in den ersten Wochen durchschnittlich 20.000 Transaktionen pro Tag, so werden Mitte 2012 bereits rund 1,5 Millionen Aufträge pro Tag von CS.A verarbeitet werden.

Rechtliche Rahmenbedingungen für TARGET2-Securities geschaffen

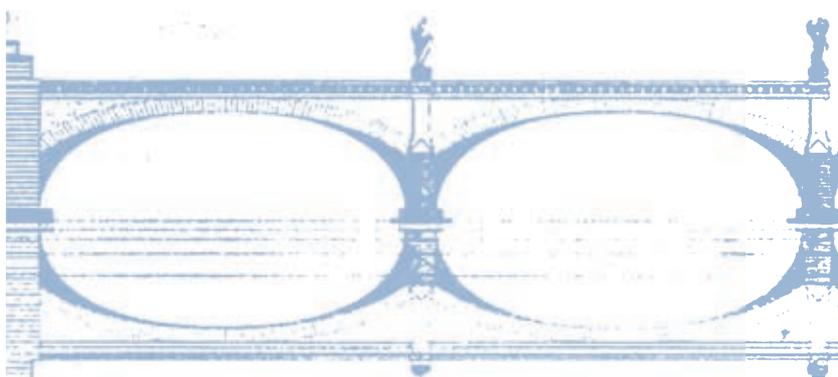
Mit TARGET2-Securities (T2S) plant das Eurosystem, ab Juni 2015 europäischen Wertpapier-Zentralverwahrern (Central Securities Depositories – CSDs) einheitliche Services für die Abwicklung von nationalen und grenzüberschreitenden Wertpapiertransaktionen zur Verfügung zu stellen. Wesentliche Ziele von T2S sind die Erhöhung der Effizienz und Sicherheit im Nachhandelsbereich durch die zentrale Abwicklung von Wertpapiertransaktionen in Zentralbankgeld auf einer technischen Plattform. Zudem soll der Wettbewerb in der europäischen Wertpapierabwicklung erhöht und eine Reduktion der Settlement-Gebühren in Europa, insbesondere bei grenzüberschreitenden Transaktionen, erreicht werden.

Nach über zweijährigen Verhandlungen mit europäischen CSDs bot die EZB im November 2011 das sogenannte Framework Agreement – die rechtliche Grundlage von T2S – CSDs zur Unterzeichnung an. Jene CSDs, die den Vertrag bis April 2012 unterzeichnen, profitieren in den ersten Monaten von günstigeren Gebühren bzw. sind von

der Teilnahmegebühr befreit, die bei einer Teilnahme nach Juni 2012 verrechnet wird.

Das Eurosystem konnte die Verhandlungen mit Zentralbanken außerhalb des Euroraums, die Interesse an

einer Teilnahme an T2S zeigten, im Jahr 2011 weitgehend abschließen. Durch die Mitwirkung dieser Zentralbanken können Wertpapiere auch in anderen Währungen in T2S abgewickelt werden.



Die direkten Beteiligungen der OeNB

Die OeNB ist im Beteiligungsbereich sowohl im baren als auch im unbaren Zahlungsverkehr tätig. Die Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS) druckt im Auftrag der OeNB Euro-Banknoten auf höchstem Niveau. Die Münze Österreich Aktiengesellschaft (MÜNZE) prägt für Österreich – neben den bekannten Sammler- und Edelmetallprodukten – die Euro-Umlaufmünzen. Die GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA) stellt die Versorgung Österreichs mit Münzen und Euro-Banknoten sicher. Die GSA betreibt auch seit Ende 2011 ein Clearingservice für den heimischen Zahlungsverkehr. Alle drei Unternehmen haben das Ziel, eine möglichst moderne, effiziente und kostengünstige Sicherung des baren und unbaren Zahlungsverkehrs sicherzustellen. Durch die Auslagerung der Leistungen in Tochterunternehmen konnte die OeNB die Kosten in diesem Bereich deutlich senken, da sich die Personalkosten am jeweiligen Marktniveau orientieren und eine flexible Gestaltung des Produktionsprozesses möglich ist. So reduzierten sich beispielsweise durch die Entscheidung, die Banknotenproduktion auszulagern, die Kosten bzw. Preise der Beschaffung von Euro-Banknoten für die OeNB deutlich.

Die MÜNZE verfügt mit der Casinos Austria AG über eine bedeutende Finanzbeteiligung. Durch den Erwerb konnte einerseits dem öffentlichen Interesse an einem sicheren Eigentümer im Glücksspielbereich Rechnung getragen werden und andererseits ein Deckungswert für ausgegebene Münzen erworben werden. Die Immobilieninvestments der OeNB für die der Pensionsreserve gewidmeten Mittel sind in der IG Immobilien-Gruppe gebündelt. Durch das direkte Engagement konnten

die Kursverluste, die bei indirekten Investments im abgelaufenen Jahrzehnt zu beobachten waren, vermieden werden. Die OeNB überprüft regelmäßig ihr Beteiligungsportfolio auf Zweckmäßigkeit und veräußerte im Geschäftsjahr 2011 die restliche 15-Prozent-Beteiligung an der AUSTRIA CARD-Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H.

Bei einer routinemäßigen Konzernrevision in der OeBS durch die zuständige OeNB-interne Abteilung im Frühjahr 2011 ergaben sich Verdachtsmomente auf rechtswidriges Vorgehen in der Geschäftsgebarung bzw. auf unterlassene Informationen an den Aufsichtsrat. Das Direktorium der OeNB beauftragte hierauf eine externe Sonderrevision und brachte nach Vorliegen des Berichts unverzüglich am 25. Oktober 2011 eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft Wien ein. Weiters wurde die Geschäftsführung der OeBS mit sofortiger Wirkung von ihren Aufgaben entbunden, um eine raschestmögliche und vollständige Aufklärung des Sachverhalts sicherzustellen. Das Direktorium der OeNB betont seine vollständige Kooperation mit den Behörden. Die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft Wien wurden mittlerweile auf die MÜNZE ausgeweitet und sind noch nicht abgeschlossen.

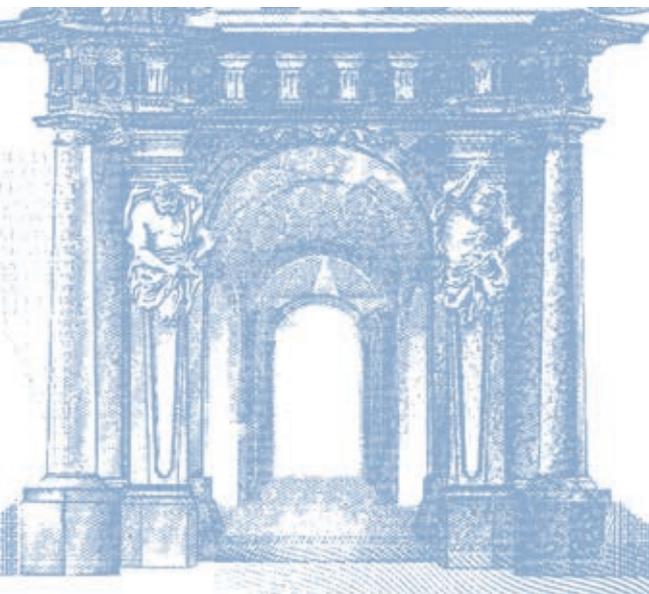
Als Reaktion auf die Vorkommnisse beschloss das Direktorium der OeNB folgende Sofortmaßnahmen: Das Geschäftsmodell der MÜNZE und der OeBS wurde dahin gehend adaptiert, dass sich beide Unternehmen verstärkt dem Europäischen Wirtschaftsraum widmen sollen. Die Rolle des Direktoriums bei der Steuerung der Tochterunternehmen wurde im Sinn einer einheitlichen Konzernsteuerung wesentlich gestärkt. Weiters wurden zwei interimistische neue Geschäftsführer in der OeBS sowie ein interimistisches

Vorstandsmitglied in der MÜNZE bestellt. Zusätzlich wurde in der OeNB eine Arbeitsgruppe *Corporate Governance* unter Beiziehung namhafter externer Experten eingesetzt, die ein verbessertes Konzept zur Sicherstellung

der Einhaltung von Regeln und Vorschriften in der gesamten OeNB-Gruppe inklusive der OeNB selbst erarbeiten soll. Die direkten und indirekten Beteiligungen der OeNB sind dem Beteiligungsspiegel zu entnehmen.

Die OeNB – ein nachhaltiges Unternehmen

Das Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet die OeNB nicht nur zu einem möglichst sparsamen Mitteleinsatz, um die Unternehmensziele zu erreichen, sondern es liegt auch der geld- und währungspolitischen Strategie zugrunde. Ein hohes Maß an Geldwertstabilität ist die Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Zur verlässlichen Umsetzung geldpolitischer Maßnahmen, zur dauerhaften Sicherung des Wertes der monetären Reserven und auch zur Ausübung ihrer Funktion als unabhängige und neutrale Institution im ESZB und im heimischen Geldwesen braucht die OeNB – gerade in Zeiten schwieriger Rahmenbedingungen – bestmöglich ausgebildete Mitarbeiter und Führungskräfte.



„Ein Unternehmen ist nur
mit nachhaltigem Management
zukunftsfähig.“

*Peter Zöllner
Mitglied des Direktoriums*

Intellektuelles Kapital der OeNB – Bestandsaufnahme und Ausblick

OeNB – eine Expertenorganisation im Dienste der Bevölkerung

Die OeNB hat über viele Jahre hohes Fachwissen aufgebaut und weiterentwickelt, um ihre Kernaufgaben im Dienste der Bevölkerung – auch und gerade in schwierigen Zeiten – bestmöglich zu erfüllen. Wissen ist ein aktiver Prozess, der durch eine effiziente Unternehmensinfrastruktur und gezielte Motivation optimiert werden kann. Die Wissensbilanz dient dazu, das intellektuelle Kapital, dessen Beziehungsnetzwerke sowie die Leistungen der Bank transparent darzustellen und Verbesserungspotenzial aufzuzeigen. Die Wissensbilanz dient aber nicht nur der internen und externen Kommunikation, sondern stellt auch ein Steuerungsinstrument dar. Die Erreichung der von der Unternehmensstrategie abgeleiteten Wissensziele wird durch Indikatoren messbar gemacht.

Nachhaltige Personalstrategie der OeNB

Der über die letzten Jahre kontinuierlich gestiegene Akademikeranteil der OeNB, der derzeit bei knapp 49% liegt, unterstreicht die Stellung der OeNB als Expertenorganisation und damit auch den hohen Stellenwert des wissensbasierten Kapitals. Die Rahmenbedingungen werden laufend evaluiert und adaptiert. Im Jahr 2011 wurde ein neues Dienstrecht eingeführt und damit ein modernes, marktkonformes und gleichzeitig konkurrenzfähiges Gehaltssystem. Mit einem verstärkten Fokus auf Leistungsorientierung und Differenzierung wurde die Attraktivität der OeNB als Arbeitgeber gesichert – insbesondere für qualifizierte Mitarbeiter mit langjähriger einschlägiger Berufserfahrung.

Ebenso wurde im Jahr 2011 ein Projekt initiiert, das eine Evaluation

der Insourcing-Optionen von Mitarbeitern mit Arbeitskräfteüberlassungsverträgen zum Ziel hatte. In der Analyse wurden aufgaben- und personenbezogene Kriterien berücksichtigt sowie eine Wirtschaftlichkeits- und Nachhaltigkeitsprüfung vorgenommen. Als Ergebnis der Evaluation wurde 64 Mitarbeitern Anfang 2012 ein OeNB-Dienstvertrag angeboten.

Die kontinuierliche Investition in Aus- und Weiterbildung ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Bewältigung der immer komplexer werdenden Herausforderungen an eine Zentralbank. So wurden auch die Aus- und Weiterbildungsquote sowie die dafür notwendigen Aufwendungen im Jahr 2011 auf hohem Niveau gehalten. Insbesondere im Bereich der Finanzmarktaufsicht wurde durch die Weiterentwicklung der bestehenden Aufsichtsakademie von OeNB und FMA in einen Universitätslehrgang der Wirtschaftsuniversität Wien eine akademische Ausbildung für Finanzmarktaufseher auf höchstem Niveau geschaffen.

Im Berichtsjahr erhöhten sich die Werte auch bei den Kennzahlen der Mitarbeitermobilität. So stieg sowohl die Anzahl der internen Jobrotations – auch unter Führungskräften – als auch jene der Arbeitsaufenthalte bei nationalen und internationalen Organisationen deutlich. Dies unterstützt Wissensaustausch und neuen Wissenserwerb.

Die OeNB bekennt sich in ihrem Leitbild zu sozialer Verantwortung,

WISSENSZIELE

Wissensziele gemäß Strategie

- Kompetenz
- Vertrauen
- Effizienz
- Interdisziplinarität

WISSENSBASIERTES KAPITAL

Investitionsbereiche

- Humankapital
- Innovationskapital
- Beziehungskapital
- Strukturkapital

GESCHÄFTSPROZESSE

Effiziente Prozessabläufe

- Zentralbank-Kernbereiche
- Managementsupport
- Infrastruktur

LEISTUNGSSPEKTRUM

Viel Know-how für Aufgaben

- Mitwirkung an geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems
- Operative Umsetzung Geldpolitik/Reservenmanagement
- Finanzmarktstabilität und Bankenaufsicht
- Statistik
- Bargeldversorgung
- Zahlungsverkehr
- Nationale/internationale Kooperation

**Finanzmarktaufsicht –
Universitätslehrgang
der WU Wien**

Indikatoren zu den Investitionen in das wissensbasierte Kapital

Indikator	Einheit	2009	2010	2011
Mitarbeiterstruktur				
Personalstand (Jahresende)	Anzahl	984,1	986,2	985,7
Fluktuationsrate	%	0,9	1,8	1,0
Akademikeranteil	%	44,5	47,2	48,6
Gender-Management				
Verteilung Frauen : Männer – Mitarbeiter	%	39 : 61	40 : 60	39 : 61
Verteilung Frauen : Männer – Fachkarriere	%	33 : 67	33 : 67	40 : 60
Verteilung Frauen : Männer – Führungskarriere	%	18 : 82	20 : 80	19 : 81
Flexible Arbeitszeitformen				
Teilzeitmitarbeiter	%	8,6	9,4	9,8
Teleworking-Mitarbeiter	%	5,0	5,7	6,3
Sabbaticals	Anzahl	5	6	5
Wissenserwerb				
Aus- und Weiterbildungstage (Durchschnitt pro Jahr)	Tage	3,2	3,1	4,5
Aus- und Weiterbildungsquote	%	55,1	57,3	54,1
Aus- und Weiterbildungsaufwendungen pro Mitarbeiter	EUR	1.940	1.906	1.952
Development-Center-Teilnehmer	Anzahl	24	12	12
Interne Jobrotations	Anzahl	19	33	56
Arbeitsaufenthalte bei nationalen und internationalen Organisationen (externe Jobrotations)	Anzahl	32	37	47
Praktikanten	Anzahl	31	41	55

Quelle: OeNB.

Anmerkung: Eine Definition der Indikatoren entnehmen Sie bitte der „Gesamtliste der Indikatoren“ unter www.oenb.at bzw. www.oenb.at/de/presse_pub/period_pub/unternehmen/wissensbilanz/wissensbilanz.jsp

Fünf Jahre „Frauen auf Erfolgskurs“

Chancengleichheit und einem Arbeitsklima, das von kooperativer Führung und Teamorientierung geprägt ist. Die Plattform *Frauen auf Erfolgskurs* unter der Schirmherrschaft von Gouverneur Ewald Nowotny blickt 2011 bereits auf fünf Jahre erfolgreiche Arbeit zurück: Zahlreiche Informationsangebote und Diskussionsveranstaltungen sowie der für das Topmanagement entwickelte Report zu genderspezifischen Kennzahlen führten zu einem klaren Bewusstsein für die betriebswirtschaftliche Notwendigkeit eines modernen Diversity Management. Der Frauenanteil bei den Führungskräften entspricht zwar noch nicht dem Frauenanteil unter den Mitarbeitern, immerhin lag er im Jahr 2011 bei den Fachkarrierepositionen erstmals leicht über dem OeNB-Durchschnitt.

Neues Publikationsmanagement

Ein weiteres starkes Signal in Richtung Chancengleichheit und familien-

bewusster Personalpolitik setzte das Top-Management mit der Entscheidung, als OeNB das Audit zur Erlangung des Zertifikats *berufundfamilie* des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend zu durchlaufen. Das Projekt startete im Jahr 2011 auf Initiative der Plattform *Frauen auf Erfolgskurs*. Mit dem geplanten Maßnahmenpaket im Rahmen der Zertifizierung trägt die OeNB zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wie auch zur Motivation und Bindung ihrer Mitarbeiter an das Unternehmen bei und erhöht damit ihre Attraktivität als moderner Arbeitgeber.

Transparente Strukturen und Prozesse sowie Kooperationen unterstützen optimalen Output und Sicherheit

Die OeNB richtet sich mit ihrem heterogenen Publikationsportfolio gleicher-

maßen an die breite Öffentlichkeit als auch an Fachpublikum. Ein Projekt im Jahr 2011 widmete sich der Optimierung der Prozessabläufe bei OeNB-Publikationen. Seit Anfang 2012 werden die Maßnahmen umgesetzt: Schwerpunkte sind die Redimensionierung des Produktportfolios, die Verbesserung der Prozesseffizienz, kundenfreundliche Gestaltung und leichte Auffindbarkeit des elektronischen Publikationsangebots auf der OeNB-Website. Das Publikationswesen der OeNB wird in Zukunft von einem zentralen Management strategisch und betriebswirtschaftlich gesteuert. Die Publikationen werden im Umfang und in der Auflagenhöhe reduziert. Weiters werden die Erstellungsprozesse standardisiert und der Aufwand für Redaktion und Übersetzung den jeweiligen Produktanforderungen angepasst.

Die OeNB unterstützt die Zusammenarbeit der Zentralbanken im ESZB zur Realisierung und Nutzung von Synergien. Im technischen Bereich werden im Zuge dieser europäischen Kooperation IT-Anwendungen, soweit wirtschaftlich sinnvoll, schrittweise durch neue ESZB-weit implementierte Systeme wie etwa die gemeinsame Datenbank für Banknotenfälschungen ersetzt. Damit sollen mittelfristig Einsparungspotenziale realisiert werden – insbesondere auch durch die reduzierte Anzahl technischer Plattformen.

Im IT-Security-Management bildete das Thema IT-Notfallplanung einen der Schwerpunkte im Jahr 2011, insbesondere die systematische Bewältigung von Schadensereignissen sowie die Erstellung strukturierter Ablaufpläne für den Ernstfall zur Wiederherstellung von geschäftskritischen Prozessen und IT-Systemen. In diesem Zusammenhang wurden die Sicherheitsvorkehrungen der OeNB-IT-Anwendungen an ESZB-

Vorgaben angepasst und geschäftskritische Anwendungen definiert.

Das Regelwerk *Common Rules and Minimum Standards for the Treatment of Sensitive ESCB Information* zur Verbesserung des Umgangs mit sensiblen Informationen im ESZB und in der OeNB wurde im Rahmen einer ESZB-Task-Force gemeinschaftlich erarbeitet und durch den EZB-Rat in Kraft gesetzt. Mit der Implementierung dieses Regelwerks wurden harmonisierte Klassifikationsschemata und IT-Richtlinien realisiert und unterschiedliche Sicherheitsniveaus im ESZB besser aufeinander abgestimmt. Im Rahmen des IT-Quality-Management-Systems wurden vermehrt Sicherheitsaspekte in den Produktaudits verankert. Mit der Umstellung auf Windows 7 konnte die Sicherheit der Endgeräte durch die Nutzung der erweiterten technischen Möglichkeiten erheblich verbessert werden.

Medienberichte über erfolgreiche Hacker-Angriffe in Österreich und im Ausland im Jahr 2011 korrespondierten mit der Zunahme feststellbarer Angriffsversuche auch auf die OeNB: Neben Schulungen zur Sensibilisierung der Mitarbeiter und erweiterten Schutzmaßnahmen wurden aufgrund dieser erhöhten Bedrohung auch die Intervalle für externe Sicherheitsprüfungen verkürzt. Auch im Berichtsjahr bestätigten unabhängige ISO-27001-Auditoren den hohen Sicherheitsstandard der OeNB im IT-Bereich.

OeNB als Schnittstelle zu internationalen Gremien

Im Bereich internationaler Beziehungen spielt die OeNB eine bedeutende Rolle. Neben der Entsendung von Mitarbeitern in Gremien von EU, OECD und IWF liegt – mit 155 von insgesamt 260 Gremien – der Schwerpunkt auf der Zusammenarbeit innerhalb des ESZB/Eurosystems. Neu hinzugekommen ist

Experten bescheinigen IT-Sicherheit auf hohem Niveau

Mitwirkung der OeNB an ESZB-Gemeinschaftsprojekten

Indikatoren zu den wissensbasierten Prozessen

Indikator	Einheit	2009	2010	2011
Managementstruktur und Prozesse				
Leitungsspanne	Anzahl	7,0	7,3	6,6
Produktmanager	Anzahl	70	72	78
Prozessmanager	Anzahl	35	33	37
Technische Infrastruktur				
IT-Services für das ESZB/Eurosystem	Anzahl	3	4	4
IT-Applikationen	Anzahl	210	214	220
Interne IT-Helpdesk-Anfragen	Anzahl	23.795	21.252	24.276
Interne IT-Service-Level-Agreements	Anzahl	57	59	54
Intranet-Zugriffe (Durchschnitt pro Tag)	Anzahl	3.760	3.812	2.758
Effiziente Prozessabläufe				
Qualitätsauditoren	Anzahl	13	13	14
Zertifizierte Geschäftsbereiche	Anzahl	10	10	10
Einträge in der OeNB-Terminologiedatenbank	Anzahl	20.370	20.630	20.760
Automatisierungsgrad des Einkaufs	%	43,0	46,0	48,0
Verarbeitete statistische Daten zur Aufsichts- und Monetärstatistik	Anzahl in Mio.	26,5	28,3	33,2
Rechtzeitige Datenpublikation zur Aufsichts- und Monetärstatistik	%	92,0	97,0	98,0
Reklamationsfreie Zahlungsverkehrstransaktionen	%	99,8	99,8	99,9
Innovationen				
Mitarbeiterkapazitäten für Veränderungsprojekte	%	4,4	5,5	4,4
Verbesserungsvorschläge	Anzahl	57	60	67
Dezentrale Struktur				
Repräsentanzen und Zweiganstalten	Anzahl	6	6	5
Beteiligungen im Zahlungsmittelbereich	Anzahl	5	5	4

Quelle: OeNB.

Hohe Aktualität ökonomischer OeNB-Studien

2011 das European Systemic Risk Board (ESRB), das durch bessere Überwachung gesamtwirtschaftlicher Risiken zur Vermeidung künftiger Finanzkrisen beitragen soll.

Kompetenzzentrum für Volkswirtschaft

Besondere geldpolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Schuldenkrise und der höheren Inflation standen 2011 im Fokus der volkswirtschaftlichen Analysen, ab Jahresmitte zudem eine Einschätzung und Prognose des neuerlichen konjunkturellen Abschwungs. Im Rahmen der Publikationsreihe *Geldpolitik & Wirtschaft* wurden zwei Schwerpunktheft zu aktuellen Fragestellungen zusammengestellt, sowohl zur neuen, engeren wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU (Q4/11) als auch

ein Rückblick auf 10 Jahre Euro-Bargeld (Q1/12). Studien zur wirtschaftlichen Lage in den CESEE-Staaten, zum Risikoverhalten von Banken vor und während der Finanzkrise, zur österreichischen Steuerstruktur, zu Rolle von Erwartungen und administrierten Preisen bei der Inflationsentwicklung sowie zur Kreditentwicklung in Österreich unterstützten die wirtschafts- und geldpolitischen Einschätzungen.

Im Jahr 2011 veröffentlichten die OeNB-Mitarbeiter 135 Fachartikel. Ein Großteil davon erschien in den wirtschaftswissenschaftlichen Periodika der OeNB. Neben den Printausgaben, die in Umfang und Auflage reduziert wurden, dient die OeNB-Website als primäre Kommunikationsschiene. Online-Publikationen wie *Konjunktur Aktuell*, *Research Update*, *CESEE Research*

Update oder *Fakten zu Österreich und seinen Banken* richten sich vor allem an die wirtschaftspolitisch und wissenschaftlich interessierte Zielgruppe. Konferenzen, Symposien, Workshops, Fachtagungen und eine *Summer School* sind Foren für den Wissensaustausch mit nationalen und internationalen Experten. Die regelmäßige Vortragstätigkeit der Experten der OeNB stärkt den Wissenstransfer an Politik, Wirtschaft und Bevölkerung.

Die 39. Volkswirtschaftliche Tagung der OeNB zu volkswirtschaftlichen Aspekten der künftigen europäischen Integration sowie die Conference on European Economic Integration zum Thema *European Integration in a Global Economic Setting – CESEE, China and Russia*, im Herbst 2011 gemeinsam mit der finnischen Zentralbank organisiert, bildeten für je rund 350 Teilnehmer internationale Plattformen des wirtschaftspolitischen Meinungsaustausches.

Die Analysen der OeNB zu geld- und wirtschaftspolitischen Fragen sowie zur makro- und mikroprudenziellen Finanzstabilität fließen zum einen in die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats, des ESRB und weiterer internationaler wirtschaftspolitischer Gremien ein und tragen zum anderen zur Erfüllung der Aufgaben der OeNB auf nationaler Ebene, etwa in der Finanzmarkt- und Bankenaufsicht, bei.

Joint Vienna Institute und Technische Zentralbankkooperation – Wissensvermittlung und Erfahrungsaustausch

Als Antwort auf die Krise erweiterte und adaptierte das JVI sein breit gefächertes Kursangebot zielgruppengerecht. Bei der Entwicklung neuer Kurse arbeitet die OeNB verstärkt mit BMF und IWF zusammen. Ziel der Kurse ist

es, über die reine Wissensvermittlung hinaus ein internationales Forum für Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu bieten und die Kursteilnehmer auch längerfristig besser zu vernetzen. Zu diesem Zweck wurde eine *Alumni Site* eingerichtet.

2011 wurde der zweistufige Ausbau des JVI erfolgreich abgeschlossen. Die Zahl der Kursteilnehmer stieg in der Folge auf 1.991. Von den insgesamt 111 Kurswochen wurden 12 Wochen von Abteilungen der OeNB angeboten bzw. mitgestaltet.

Im Bereich Technical Assistance wirkt die OeNB schon seit 2003 an Programmen mit, die von der EZB koordiniert und von der EU im Rahmen von IPA (Instrument for Pre-Accession Assistance) und TACIS (Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States) finanziert werden. Gemeinsam mit ESZB-Partnern beriet die OeNB die russische Zentralbank bei der Umsetzung des Basel II-Regelwerks. Außerdem unterstützte die OeNB die Notenbanken in Bosnien-Herzegowina und in Serbien bei der Weiterentwicklung wesentlicher Geschäftsbereiche auf EU-Niveau. Auch an einem regionalen Programm für EU-Beitrittskandidaten und potenzielle EU-Kandidaten zum Thema Bankenaufsicht beteiligte sich die OeNB.

Kompetenzzentrum für Finanzmarktstabilität

Die äußerst komplexe Thematik der Finanzmarktstabilität reicht von der Analyse, der Quantifizierung von Systemrisiken bis zum regulatorischen Rahmen. Experten benötigen fundiertes Fachwissen in Finanzwirtschaft, Volkswirtschaft und Recht und müssen dieses Wissen bereichsübergreifend und vernetzt einsetzen. Sie beobachten und

Multilaterale EU-Programme mit OeNB-Beteiligung

Joint Vienna Institute (JVI)

Das JVI ist ein in Wien ansässiges Aus- und Fortbildungsinstitut für Experten aus der öffentlichen Verwaltung und aus Zentralbanken in CESEE und GUS. In den Kursen werden Grundlagen der Wirtschafts- und Finanzpolitik im Zuge des Übergangs zur Marktwirtschaft vermittelt. Neben Bundesministerium für Finanzen und IWF ist die OeNB Hauptgeldgeber des seit 1992 bestehenden Instituts. Information: www.jvi.org

Wissensbündelung zur Förderung von Finanzmarktstabilität

analysieren Finanzmarktentwicklungen nach sektoralen Aspekten (Banken, Versicherungen,...), geografischen Gesichtspunkten (Österreich, CESEE) und nach Marktsegmenten (Geld- und Kapitalmarkt). Einzelinstituts- und Systemebene werden miteinander in Verbindung gebracht, um einen ganzheitlichen Ansatz zu gewährleisten.

Die OeNB ist in Österreich für diese Aufgaben ein hoch spezialisiertes Kompetenzzentrum und mit ihrem „Wissenspool“ in der Lage, Risiken frühzeitig zu erkennen, ihre systemische Relevanz zu beurteilen und Wirkungen abzuschätzen. Ihre Experten zeigen den Entscheidungsträgern in OeNB und FMA allfälligen Handlungsbedarf und -optionen auf.

Neuorganisation des Statistikbereichs

Strukturen, Prozesse und vor allem die IT-Umgebung im Bereich der Statistik sind auf zukünftige Anforderungen, etwa im Zusammenhang mit Basel III, auszurichten. Im Rahmen des fünfjährigen Umsetzungsprojekts *Statistik und Analyse – Reorganisation und IT-Systeme II* (START II) wurden dazu die entscheidenden organisatorischen und technischen Weichenstellungen vorgenommen. Mit den österreichischen Geschäftsbanken wurde die Entwicklung eines neuen gemeinsamen Datenmodells vereinbart, das den Vorteil einer zukunftssicheren und konsistenten Darstellung aller Meldeinhalte bringt. Auch die damit verbundenen IT-Anwendungen werden auf eine moderne und kostensparende Infrastruktur umgestellt. Eine gemeinsame Meldeplattform mit den Banken wird parallel dazu als Zukunftsmodell evaluiert.

Diese Neugestaltung des Meldewesens spiegelt sich auch in einer Reorganisation des Statistikbereichs wider, die per April 2012 umgesetzt wurde. Da-

mit wird ein Organisationsaufbau gemäß den Arbeitsschritten der Erfassung, Verarbeitung, Interpretation und Publikation von statistischen Daten geschaffen sowie ein zentrales „Data-Warehouse“ eingerichtet. Melder und Kunden wenden sich künftig nur mehr an jeweils eine Ansprechstelle, die Daten kommen aus einer Hand. Qualitätssicherungsprozesse und Änderungen im Meldewesen können so noch besser abgestimmt werden.

Sicheres Bezahlen mit Bargeld

Bargeld ist der sichtbarste Botschafter einer Währung. Hohe Umlaufqualität und die damit einhergehende Wahrung der Fälschungssicherheit sind daher unverzichtbar. Um das zu erreichen, setzt die OeNB auf eine hoch spezialisierte Bargeldbearbeitungstechnologie und die Nutzung und Weitergabe von technischem Know-how durch das OeNB-Testzentrum. Jede Banknote kommt im Durchschnitt etwa drei- bis viermal pro Jahr zur OeNB bzw. Geldservice Austria zurück. Dort wird sie mit Hilfe von Hochleistungsbearbeitungsmaschinen auf Echtheit, Vollständigkeit und Verschmutzungsgrad geprüft. Erfüllt sie die geforderten Kriterien, kann sie wieder in Umlauf gesetzt werden. Dabei ermöglicht die hohe Qualität der Banknoten eine einfache Überprüfung der Euro-Sicherheitsmerkmale.

Seit 2005 werden im Testzentrum nach Vorgaben der Europäischen Zentralbank Prüf-, Zähl- und Sortiergeräte begutachtet – 2011 waren es insgesamt 132 Geräte. In Kooperation mit internationalen Herstellern und Gerätevertriebern werden Innovationen aus dem Bereich der Banknoten-Prüfsensorik getestet und die Entwicklung von Technologie und einschlägigem Know-how vorangetrieben.

Die OeNB informiert seit der Euro-Einführung umfassend zum Thema

Euro-Bargeld: in Schulungen für Bargeldexperten und Interessierte, über Medienkooperationen, im Euro-Bus und bei Messeauftritten. 2011 wurde mit der *Euro-Shop-Tour* eine weitere Initiative eigens für die Berufsgruppe der Handelsangestellten ins Leben gerufen. Sie sind aufgrund des erhöhten Bargeldkontakts stärker gefährdet, mit Falschgeld in Berührung zu kommen. In Kurz-Schulungen werden sie direkt an ihrem Arbeitsplatz mit den einfachen Prüfschritten Fühlen – Sehen – Kippen vertraut gemacht. Österreichweit konnten so in über 2.400 Geschäften rund 2.500 Personen erreicht werden. Die Euro-Kids-Tour besuchte österreichweit 74 Volksschulen und brachte den Kindern die Sicherheitsmerkmale der Euro-Banknoten sowie Wissen über die Entwicklung des Geldes näher. Bei der zehnten Euro-Tour wurden insgesamt 35 Mio Schilling in Euro gewechselt. Bei 68 Stationen informierten sich 28.000 Besucher über den Euro und dessen Sicherheitsmerkmale.

Sicheres Bezahlen mit Karten und modernen Zahlungsmedien

Neben Bargeld gewinnen unbare Zahlungsmedien wie Kredit- und Debitkarten, Überweisungen und Internetzahlungen zunehmend an Bedeutung. Auch bei diesen Zahlungsarten ist es Aufgabe der OeNB, höchstmögliche Sicherheitsstandards durch eine effiziente Zahlungssystemaufsicht und umfangreiche Informationskampagnen zu gewährleisten. So hat die OeNB im Jahr 2011 eine Broschüre zum Thema *Sicheres Bezahlen*¹ aufgelegt, die den Verbrauchern nützliche Tipps bei der sicheren Nutzung von baren und unbaren Zahlungsmitteln gibt.

Der Zahlungsverkehr agiert in einem sehr dynamischen Umfeld. Ein

Newsletter der OeNB zu aktuellen Entwicklungen im österreichischen und europäischen Zahlungsverkehr² informiert seit 2007 regelmäßig über Trends in den Bereichen Bargeld, Kartenzahlungen und elektronischer Zahlungsverkehr und weist auf Veranstaltungen zu zahlungsverkehrsrelevanten Themen hin.

Öffentlichkeitsarbeit am Puls der Zeit

Infolge der gespannten Situation auf den globalen Finanzmärkten sowie der Staatsschuldenkrise in einigen Euroländern war die OeNB mehr denn je als Experteninstitution gefragt und hat als neutraler und kompetenter Wissensvermittler ihr Know-how zur Verfügung gestellt. In Phasen großer wirtschaftlicher Unsicherheit ist der gezielte Einsatz verschiedener Kommunikationskanäle unerlässlich, um Wirtschaft und Bevölkerung zielgruppenadäquat zu informieren.

Die breite Öffentlichkeit wurde in zwei OeNB-Kampagnen über notenbankrelevante Themen informiert. Um dem zentralen Anliegen der Stärkung des Wirtschafts- und Finanzwissens in der Bevölkerung Rechnung zu tragen, veranstaltete die OeNB 2011 ein Symposium im Rahmen ihrer Initiative Finanzwissen. Weiters nahm die OeNB erstmals – im Rahmen eines Pilotprojekts – am euroraumweiten Schülerwettbewerb *Generation Euro Students' Award* teil: Jugendliche der letzten zwei Jahrgänge weiterführender Schulen konnten im Schuljahr 2011/12 ihre Kenntnisse im Bereich der Geldpolitik in Teams unter Beweis stellen.

Zahlreiche Pressekonferenzen, Pressesaussendungen und Publikationen widmeten sich den nationalen und

**Euro-Shop-Tour
und Euro-Bus**

¹ Siehe www.oenb.at/de/img/sicher_bezahlen_fin-qq_tcm14-241745.pdf.

² Siehe www.oenb.at/de/zahlungsverkehr/newsletter/zahlungsmedien-newsletter.jsp.

internationalen Wirtschaftsentwicklungen. Neu hinzugekommen sind im Berichtsjahr zwei Folder, die gezielt den durch die Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgerufenen verstärkten Informationsbedarf decken: *Fakten zum Euro* vermittelt die wichtigsten Eckdaten zur gemeinsamen Währung und zur WWU. *Fakten zu Österreich und seinen Banken* bietet in deutscher und englischer Sprache aktuelle Informationen und Einschätzungen zur österreichi-

schen Realwirtschaft und zum Bankensektor an.

Deutliche Auswirkungen hatte die Staatsschuldenkrise des Jahres 2011 auch auf das OeNB-Call-Center. Bei den über 30.000 Anfragen standen die wirtschaftliche Situation Griechenlands, ihre Auswirkungen auf Österreich und die Finanzmärkte sowie eine mögliche Inflationsgefahr im Mittelpunkt. Weitere dominierende Themen waren die Euro-Bus-Tour sowie Gold und Silber

Tabelle 4

Indikatoren zum wissensbasierten Output

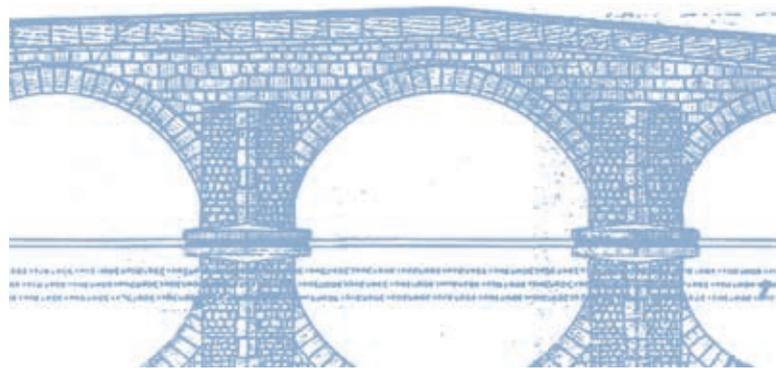
Indikator	Einheit	2009	2010	2011
Kooperation und Vernetzung				
Nationale Gremien mit OeNB-Vertretern	Anzahl	103	107	97
Internationale Gremien mit OeNB-Vertretern (ESZB u. a.)	Anzahl	242	254	259
Technische Zentralbankkooperation	Tage	597	562	548
Informationsbesuche in der OeNB	Anzahl	102	95	83
Kursteilnehmer am Joint Vienna Institut (JVI)	Anzahl	1.495	1.937	1.991
Veranstaltungstage im Zuge von nationalen und internationalen Veranstaltungen der OeNB	Anzahl	259	240	316
Mitarbeiter mit externen Lehraufträgen	Anzahl	29	31	25
OeNB-Stipendien	Anzahl	45	45	45
(Mit)betreute Diplomarbeiten/Master-Theses/Dissertationen	Anzahl	23	32	26
Vorträge	Anzahl	748	718	813
EWE Arbeitsaufenthalte in der OeNB	Anzahl	12	3	2
Wissen rund ums Bargeld				
Besucher im Geldmuseum	Anzahl	16.251	16.060	15.831
Bargeldschulungen	Anzahl	390	367	368
Teilnehmer an Bargeldschulungen	Anzahl	9.521	10.894	7.638
Teilnehmer an der Euro-Kids-Tour	Anzahl	10.653	10.851	10.917
Kommunikation und Information				
Auskünfte der OeNB-Hotlines (Call Center und Statistik-Hotline)	Anzahl	29.837	36.112	32.992
Seitenaufrufe auf der OeNB-Website (Durchschnitt pro Tag)	Anzahl	90.104	133.036	97.103
Newsletter-Abonnenten	Anzahl	18.948	18.110	18.904
Pressekonferenzen	Anzahl	22	25	23
Presseaussendungen	Anzahl	152	130	192
Wirtschaftsförderungsgutachten ¹	Anzahl	983	1711	454
Forschungskooperationen mit externen Partnern	Anzahl	70	83	90
Publikationen				
OeNB-Publikationen	Anzahl	70	75	63
Fachartikel von OeNB-Mitarbeitern	Anzahl	184	172	135
Wissenschaftliche und referierte Artikel von OeNB-Mitarbeitern	Anzahl	99	74	82
Vertrauen und Image				
Vertrauensindex im 4. Quartal 2011	%	65,0	65,0	56,0
Imageindex im 4. Quartal 2011 (erfolgreich, wenn Wert zwischen 5,50 und 10,00)	Wertebereich	7,1	7,1	6,3

Quelle: OeNB.

¹ Der Wert für 2011 ist niedriger, da ERP-Kleinkredite seit 2011 vom ERP-Fonds in Eigenregie bearbeitet werden. Weiters endete die Tätigkeit im Beirat bezüglich ULSG-Begutachtungen.

als Anlageprodukte. Erstmals überstieg 2011 der Anteil der schriftlichen Anfragen jenen der telefonischen. Mit rund 50.000 Seitenaufrufen pro Monat wurden über die Online-Dialogplattform *direktzurnationalbank.at* ähnliche Themen diskutiert und vom OeNB-Direktorium beantwortet.

Neben seinen Dauerausstellungen realisierte das Geldmuseum der OeNB im Jahr 2011 zwei temporäre Ausstellungen, „... so wenig Ansprechendes ... GUSTAV KLIMT und die Notenbank“ sowie „Geprägte Geschichte – Münzen als Kommunikationsmittel“.



Umwelterklärung 2011 – ökologisches Unternehmen OeNB

**Umweltmanagement
in Unternehmens-
organisation eingebunden**

EMAS

EMAS ist die Abkürzung für Eco-Management and Audit Scheme (europäisches Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung). Es ist ein freiwilliges Instrument für eine nachhaltige Entwicklung in Wirtschaft und Verwaltung und gehört heute zum Standard für innovative, engagierte Unternehmen und Organisationen.
www.emas.gv.at

Aktualisierte Umwelterklärung gemäß EMAS-VO (EG) Nr. 1221/2009

Die OeNB engagierte sich bereits im Jahr 1999 mit der Teilnahme am europäischen Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS-Verordnung) nachhaltig im Umweltschutz. Im Jahr 2002 wurde die freiwillige Umsetzung der EMAS-Verordnung auf alle Standorte der OeNB in Österreich erweitert. Die OeNB dokumentiert damit, dass sie – über die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben hinaus – Anstrengungen zur Verbesserung der betrieblichen Umweltleistungen unternimmt. Das Umweltmanagementsystem sowie die umweltrelevanten Aktivitäten und Abläufe sind in die Organisation der OeNB integriert. Die erfolgreiche Vorreiterrolle

der OeNB im Umweltschutz wurde durch die Verleihung des Umweltzeichens „Druckerzeugnisse“ durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft im Jahr 2010 sowie durch mehrere Auszeichnungen für das Umweltmanagement gewürdigt. Diese Anerkennung sowie das Feedback von Geschäftspartnern tragen dazu bei, dass die Umweltleistungen der OeNB in der Außenwirksamkeit wahrgenommen werden und so Vorbild für weitere Umweltaktivitäten in der österreichischen Gesellschaft werden.

Das Umweltmanagement – klare Aufgaben und Kompetenzen

Der EMAS-Management-Vertreter der OeNB legt die Umweltpolitik der OeNB fest und stellt sicher, dass die in der EMAS-Verordnung festgelegten Verpflichtungen (Umweltgesetze, um-

Tabelle 5

Ökologische Kennzahlen der OeNB

	Standort	2009	2010	2011	Einheit ¹	Richtwerte ²		
						+	~	-
Energie								
Stromverbrauch	Wien	7,65	7,86	7,98	MWh/MA	< 4,5	6	> 8
Wärmeverbrauch	Wien	52	60	62	kWh/m ²	< 110	130	> 150
Gesamtenergieverbrauch	Wien	10.360.270	11.101.696	11.281.427	kWh			
davon erneuerbar ³	Wien	6.879.270	7.067.666	7.157.307	kWh			
Wasser								
Wasserverbrauch	Wien	118	124	114	l/MA/Tag	< 60	100	> 120
Material- und Produktverbrauch								
Papierverbrauch gesamt ⁴	Alle	119	52	85	kg/MA	< 100	200	> 500
Schreib-/Kopierpapierverbrauch	Alle	7.752	5.992	6.566	Blatt/MA	< 8.000	10.000	> 12.000
Recyclinganteil bei Kopierpapier	Alle	85	85	85	%	> 30%	20%	< 10%
Reinigungsmittelverbrauch ⁵	Wien	18	17	18	g/m ²	keine Angaben		
CO₂-Emissionen, insgesamt⁶								
	Alle	2,66	1,19	1,21	t/MA	< 2,8	4	> 4,5

Quelle: OeNB.

¹ MA = Mitarbeiter.

² Quellen: Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen e.V., Leitfaden der Österreichischen Gesellschaft für Umweltschutz und Technik.

³ Seit 1.1.2010 bezieht die OeNB zertifizierten Ökostrom. Die Verbrauchssteigerung bei Strom resultiert aus der teilweisen Inbetriebnahme einer Raumstützkühlung.

⁴ Der Papierverbrauch inkludiert Einkaufsmengen und somit auch Lagerware (Lagerabbau im Jahr 2010). Gesamtverbrauch 2011: 95.891 kg.

⁵ Gesamtverbrauch 2011: 1.757 kg.

⁶ Betrieb und Dienstreisen; gesamt 2011: 1.373 Tonnen; CO₂-Umrechnungsfaktoren lt. Umweltbundesamt 2010. Einbezogen werden Energieverbrauch, Dienstreisen und Transporte.

Die Umweltpolitik der OeNB

Stabilität, Sicherheit und Vertrauen sind für die OeNB Leitwerte gesellschaftlicher Verantwortung und Ausdruck nachhaltig orientierter Unternehmensführung. Sie gelten gleichermaßen für das Kerngeschäft der OeNB wie für ihr Engagement für Mensch und Umwelt. Im Umweltschutz zählt die OeNB zu den Vorreitern unter den österreichischen Unternehmen und strebt stetig nach weiterer Verbesserung ihrer Umweltleistungen. Dabei orientiert sie sich über die Einhaltung aller Umweltvorschriften hinaus an den Prinzipien der EMAS-Verordnung.

Sorgsamer Umgang mit Ressourcen

Ziel ist es, negative Umweltauswirkungen unter Beachtung ökonomischer Grundsätze weitgehend zu minimieren. Unnötiger Ressourcen- und Energieverbrauch wird vermieden.

Ökologischer Einkauf

Beim Einkauf von Produkten und Dienstleistungen werden ökologische Kriterien berücksichtigt, insbesondere in Ausschreibungen. Bei ausgewählten Produkten wird auch auf die stoffliche Zusammensetzung und den Lebenszyklus geachtet.

Umweltbewusstes Handeln der Mitarbeiter

Bei allen Mitarbeitern wird umweltbewusstes Denken und Handeln gefördert. Zur Erreichung und Aufrechterhaltung dieses Anspruchs stehen für sie entsprechende Informations- und Weiterbildungsangebote zur Verfügung.

Forschung und Kooperation mit Partnern

Zur Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen kooperiert die OeNB mit Partnern und Akteuren der Zivilgesellschaft. Weiters setzt sie über den unmittelbaren Wirkungsbereich hinaus Impulse und engagiert sich für eine lebenswerte Umwelt. Dazu zählen auch Forschungsprojekte.

Informationspolitik

Die OeNB betreibt gegenüber der Öffentlichkeit eine offene und verantwortungsbewusste Informationspolitik.

Klimawandel

Die OeNB anerkennt die Risiken des Klimawandels als zentrale Herausforderung unserer Zeit. Daher strebt sie langfristig eine CO₂-Neutralität für alle Aktivitäten der OeNB an.

weltbezogene Zielsetzungen, kontinuierlicher Verbesserungsprozess etc.) eingehalten werden. Die straffe und transparente Umweltorganisation in der OeNB (Details siehe Nachhaltigkeitsbericht der OeNB 2009, S. 74) brachte im vergangenen Jahrzehnt wichtige Erfolge in der Umsetzung der OeNB-Umweltpolitik. Dennoch gibt es auch künftig weiteres Verbesserungspotenzial, das in Vorhaben des Umweltschutzprogramms laufend umgesetzt wird.

Umweltbezogene Kernindikatoren

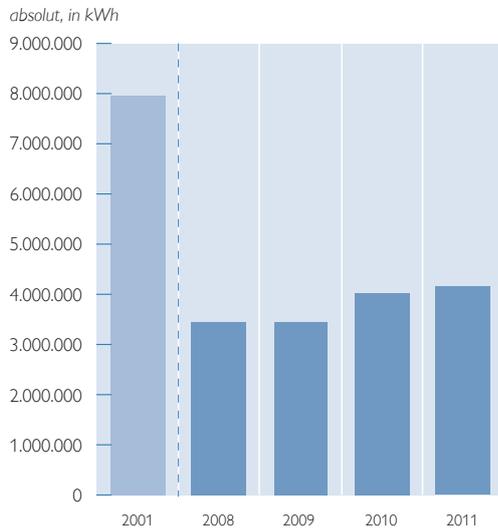
Die Bemühungen der OeNB sowie zahlreiche implementierte Maßnahmen

führten seit der Einführung des EMAS-Umweltmanagements im Jahr 2001 in der Hauptanstalt Wien zu einer deutlichen Verbesserung der umweltbezogenen Kernindikatoren im Unternehmen. Dies zeigt der Vergleich des Jahres 2001 mit aktuellen Daten (siehe Grafik 25a und 25b). So wurde etwa der Fernwärmeverbrauch durch thermische Sanierung reduziert.

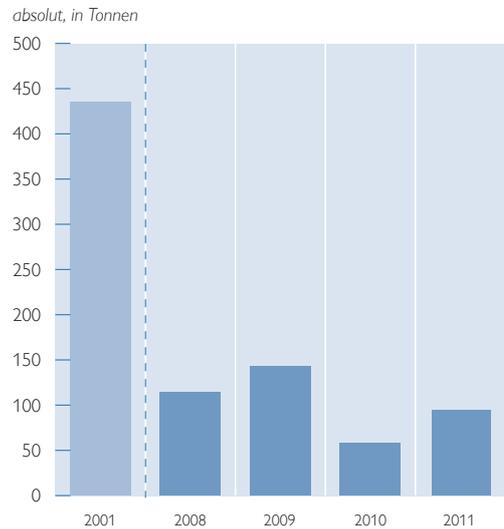
OeNB bezieht Strom aus erneuerbaren Quellen und achtet auf sorgsamen Umgang mit Energie

Seit 1. Jänner 2010 bezieht die OeNB zertifizierten Strom ausschließlich aus

Wärmeverbrauch



Papierverbrauch



Quelle: OeNB.

Umstellung auf Ökostrom 2010

erneuerbaren Quellen (Wind, Sonne, Biomasse, Kleinwasserkraft). Damit einher geht eine mehr als 50-prozentige Reduktion des CO₂-Ausstoßes im Zeitraum 2008–2012 – ein Beitrag zum Klimaschutz und somit zur Erreichung des österreichischen Kyoto-Ziels (Reduktion der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Basisjahr 1990 um 13%). Im Energiemanagement konnten im Berichtsjahr durch die Optimierung der Serverkühlung und die Umstellung der Beleuchtung auf LED-Technologie in einzelnen Bereichen Erfolge in der Energieeinsparung erzielt werden.

Transporte

Im Jahr 2011 reduzierten sich die mit PKW zurückgelegten Dienstreisekilometer deutlich, die Bahn- und Flugkilometer hingegen erhöhten sich aufgrund der gestiegenen Zahl von Arbeitsgruppensitzungen

im Zuge der Bewältigung der Krise geringfügig. Seit gut einem Jahr sind am Standort der OeNB Stromtankstellen

Tabelle 6

Transportleistungen

	2009	2010	2011
Flug-Dienstreisen, in km	3.068.390	2.888.620	3.077.609
PKW-Dienstreisen, in km	745.180	770.375	632.606
Bahn-Dienstreisen, in km	151.800	148.200	154.200
Diesel für Transporte, in Liter	18.478	18.786	20.655

Quelle: OeNB.

Tabelle 7

Abfallaufkommen

	2009	2010	2011
in kg			
Nicht gefährliche Abfälle ¹	72.320	98.400	91.960
Gefährliche Abfälle ²	1.710	1.927	14.861
Altstoffe	123.780	107.163	104.170
Insgesamt	197.810	207.490	210.991
Anteil pro Mitarbeiter	198	182	235

Quelle: OeNB.

¹ Die Daten in der Position „Nicht gefährliche Abfälle“ für die Jahre 2009 und 2010 wurden aufgrund eines neuen Vertrags mit dem Entsorger revidiert.

² Im Jahr 2011 wurde alters- und technikbedingt der erste Teil der Akkumulatoren der unterbrechungsfreien Stromversorgungsanlage entsorgt und erneuert (13.754 kg).

für Elektro-Fahrräder und -Scooter in Betrieb, die die Mitarbeiter dazu ermutigen, neben öffentlichen Verkehrsmitteln diese klimafreundlichen Alternativen zu nutzen. Auch diese Ladestationen werden mit Ökostrom versorgt.

Elektronischer Akt hat sich auch aus Umweltsicht bewährt

Das Abfallaufkommen war im Bereich „Nicht gefährliche Altstoffe“ im Jahr 2011 um rund 6 Tonnen geringer

als im Vorjahr. Der Papierverbrauch stieg 2011 trotz optimiertem Digitaldruck und Reduktion von Druckpublikationen, allerdings vor allem aufgrund von Lagerschwankungen. In der mehrjährigen Betrachtung zeigt sich, dass die Einführung des elektronischen Akts, doppelseitiges Drucken und eine Vielzahl kleinerer Maßnahmen zum deutlichen Rückgang beim Kopierpapierverbrauch beigetragen haben.

Gültigkeitserklärung und Prüfbescheinigung

Der hier vorliegende Nachhaltigkeitsbericht (bestehend aus Geschäftsbericht, Wissensbilanz und Umwelterklärung) der Oesterreichischen Nationalbank wurde – im Rahmen einer Begutachtung nach der EMAS-VO – von der Quality Austria Trainings, Zertifizierungs und Begutachtungs GmbH, Zelinkagasse 10/3, 1010 Wien, Österreich, AT-V-004, als unabhängiger Gutachterorganisation geprüft.



Der leitende Gutachter bestätigt hiermit, dass die Umweltpolitik, das Umweltprogramm, das Umweltmanagementsystem, die Umweltprüfung, das Umweltbetriebsprüfungsverfahren und der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht des Unternehmens mit der EMAS-Verordnung (EG) Nr. 1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Nov. 2009 (EMAS-VO) übereinstimmen, und erklärt die relevanten Inhalte für die Umwelterklärung nach Anhang IV Abschnitt B, Buchstaben a bis h für gültig.

Weiters bestätigt Quality Austria, dass der Bericht nach den Vorgaben der Sustainability Reporting Guidelines 2006 G3 der Global Reporting Initiative (GRI) aufgebaut ist, die Inhalte und Daten den in der Organisation eingesehenen Aufzeichnungen entsprechen und die Angaben im GRI-Index, der zusammen mit dem GRI-Einstufungsmodell auf www.oenb.at nachzulesen ist, richtig sind, sodass die Selbsteinstufung in die Anwendungsebene B+ bestätigt werden kann.

Wien, im März 2012

Konrad Scheiber
Geschäftsführer

Mag. Martin Nohava
Leitender Gutachter

Dr. Martina Göd
Gutachterin

Die nächste Umwelterklärung wird im Mai 2013 in Form eines Nachhaltigkeitsberichtes publiziert.

Umwelleistungen im Jahr 2011 und Umweltprogramm 2012

	Verantwortlich	Termin	Status
Ökologisierung der Beschaffung			
Harmonisierung der ökologischen Beschaffung von Büroartikeln mit Lieferanten und Beratern	Fachabteilung, Umweltteam	2012	In Vorbereitung
Einführung des „Österreichischen Umweltzeichens für schadstoffarme Druckerzeugnisse“ in der Hausdruckerei	Fachabteilung, Umweltteam	2010	Umgesetzt
Relaunch eProcurement – Überarbeitung der Kennzeichnung ökologischer Artikel im Einkaufskatalog mit dem Ziel, vermehrt ökologische Alternativen anzubieten (Steigerung um 10%) und Darstellung ökologischer Varianten	Fachabteilung, Umweltteam	2012	In Umsetzung
Beteiligung an Ausschreibungen unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien für – Papier – neues Druckerkonzept (FollowYou-Prinzip, zentrales Druckmanagement, usw.)	Fachabteilung, Umweltteam	2009 2012	Umgesetzt In Umsetzung
Sorgsamer Umgang mit Ressourcen			
Steuerung der Raumkühlung mittels Fenstersensoren	Fachabteilung	2012	In Planung
Projekt „Publikationen in der OeNB“ zur Einsparung von Druck und Papier, für eine 40%-Einsparung beim Druck	Fachabteilungen	2011	Umgesetzt
Weitere Forcierung von LED-Beleuchtung			
LED-Beleuchtung in Garage im 6. Untergeschoß des OeNB II-Gebäudes	Fachabteilung	2011	Umgesetzt
Sicherheitsbeleuchtung OeNB I-Gebäude und Bürogebäude Nord	Fachabteilung	2011	Umgesetzt
Weitere LED-Anwendungen, insbesondere in Bereichen mit hohem Einsparungspotenzial	Fachabteilung	2012	Geplant
Umsetzung des Facility-Management-Systems FM2 (Verwendung von Basisdaten für Input/Output-Bilanz)	Fachabteilung	2011	Umgesetzt
Forcierung von Wiener Hochquellwasser als Tischgetränk, Minimierung des Einsatzes von Kunststoffflaschen	Umweltteam	2012	In Planung
Stärkung des Umweltbewusstseins/Schulungen			
Überarbeitung des Info-Folders „Unser Engagement im Umweltschutz“	Umweltteam	2011	Umgesetzt
Exkursion zum Windpark der oekostrom AG auf der Parndorfer Platte	Umweltteam	2011	Umgesetzt
Relaunch Öko-Datenbank fördert Akzeptanz und unterstützt bei internen Audits	Umweltteam	2011	Umgesetzt
Autofreier Tag: Motivierung der Mitarbeiter, vermehrt öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen	Umweltteam	2012	In Vorbereitung
Tag der Sonne: Information über Nutzung alternativer Energie	Umweltteam	2012	In Vorbereitung
Vortragsreihe „Mut zur Nachhaltigkeit“ in Kooperation mit der Universität für Bodenkultur und Umweltbundesamt	Umweltteam	2011	Umgesetzt
Zweite Vortragsreihe „Mut zur Nachhaltigkeit“	Umweltteam	2012	In Planung
„Green Day“ bei der EZB und Treffen mit Umweltverantwortlichen anderer NZBen	Umweltteam	2011	Umgesetzt
Verringerung der Emissionen			
Mobilitätskonzept, Verkehrsmittel-Studie zu Dienstreisen	Umweltteam	2012	In Umsetzung
E-Auto: Vorführung und Test für Mitarbeiter	Umweltteam	2011	Umgesetzt
Durchführung von Umwelt-Audits bei Lieferanten, insbesondere Tochtergesellschaften: bei Münze Österreich Aktiengesellschaft	Umweltteam	2012	In Vorbereitung
	Umweltteam	2011	Umgesetzt
Entwicklung eines Green IT-Konzepts			
Lebenszyklus-Betrachtung des Energie- und Ressourcenverbrauchs der IT-Geräte (Server, PCs, Drucker etc.)	Fachabteilung, Umweltteam	2012	In Vorbereitung
Besuch einer Informationsveranstaltung zum Thema Green IT und Lebenszyklusdenken in der OeKB	Umweltteam	2011	Umgesetzt
Abfallmanagement			
Alu-Getränkedosen: Schaffung einer Entsorgungsmöglichkeit und Initiative zur Minimierung des Kaufs	Fachabteilung, Umweltteam	2011	Wird aufgrund geringster Mengen nicht umgesetzt
Audit beim Abfallentsorger	Abfallbeauftragter	2011	Umgesetzt

Quelle: OeNB.

Beteiligungsspiegel

Tabelle 9 zeigt gemäß § 68 Abs. 4 NBG alle direkten und alle indirekten Beteiligungen der OeNB an inländischen und ausländischen Unternehmen, die entweder, und zwar unabhängig von der Beteiligungshöhe, dazu bestimmt sind, dem OeNB-Geschäftsbetrieb zu

dienen, oder, falls diese Bedingung nicht zutrifft, an denen die OeNB eine direkte Beteiligung oder eine durchgerechnete indirekte Beteiligung in Höhe von jeweils mindestens 20 % des Nennkapitals besitzt.

Tabelle 9

Beteiligungen der OeNB zum 31. Dezember 2011

Anteil in %	Gesellschaft	Nennkapital
100	Münze Österreich Aktiengesellschaft	6.000.000,00 EUR
100	Schoeller Münzhandel GmbH, Wien	1.017.420,00 EUR
100	Hans W. Hercher Münzen GmbH, Umkirch (Deutschland)	6.000.000,00 EUR
50	PRINT and MINT SERVICES GmbH, Wien	35.000,00 EUR
33,24	Casinos Austria AG, Wien	40.000.000,00 EUR
(33,24)	100 Casinos Austria AG Liegenschaftsverwaltungs- und Leasing GmbH	2.000.000,00 EUR
(33,24)	100 Casinos Austria Gastronomiebetrieb GmbH, Wien	270.000,00 EUR
(33,24)	100 Casinos Austria Sicherheitstechnologie GmbH, Wien	500.000,00 EUR
(29,58)	89 Congress Casinos Baden BetriebsgmbH, Baden	400.000,00 EUR
(33,24)	100 ÖLG Holding GmbH, Wien	5.000.000,00 EUR
(22,60)	68 Österreichische Lotterien GmbH, Wien	110.000.000,00 EUR
(27,92)	84 Entertainment Glücks- und Unterhaltungsspiel Gesellschaft mbH, Wien	2.870.000,00 EUR
(33,24)	100 Casinos Austria International Holding, GmbH, Wien	30.000.000,00 EUR
(22,17)	66,7 Entertainment World Okinawa Co. Limited, Naha (Japan)	161.550.000,00 JPY
(33,23)	99,98 Glücksrad Kft., Sopron (Ungarn)	75.000.000,00 HUF
(33,24)	99,99 Inmobiliaria Polaris S.A., Santiago (Chile)	10.885.549.841,00 CLP
(33,20)	99,9 Casinos Gran Los Angeles S.A., Los Angeles (Chile)	1.951.299.759,00 CLP
(33,20)	99,9 Hotel Buenas Noches Los Angeles S.A., Los Angeles (Chile)	917.537.939,00 CLP
(33,20)	99,9 Casinos Gran Ovalle S.A., Ovalle (Chile)	376.148.000,00 CLP
(33,24)	100 Casinos Austria International GmbH, Wien	2.000.000,00 EUR
(33,24)	100 Spielbanken Niedersachsen GmbH, Hannover (Deutschland)	15.000.000,00 EUR
(33,24)	100 Casinoland GmbH, Hannover (Deutschland)	25.000,00 EUR
(31,24)	94 Casino Event Immobilien GmbH, Hannover (Deutschland)	25.000,00 EUR
(33,24)	100 Apollo Casino Resorts Limited, London (United Kingdom)	3.010.000,00 GBP
(33,24)	100 Corinthian Club Ltd., Glasgow (United Kingdom)	2.600.000,00 GBP
(33,24)	100 Viage Productions S.A., Brüssel (Belgien)	16.562.000,00 EUR
(33,24)	100 Casinos Management Gesellschaft mbH, Wien	100.000,00 EUR
(33,24)	100 Casinos Austria (Swiss) AG, Zug (Schweiz)	20.000.000,00 CHF
(33,24)	100 Casinos Austria Management AG, Chur (Schweiz)	500.000,00 CHF
(33,24)	100 CAI Management AG, Zug (Schweiz)	200.000,00 CHF
(24,54)	73,83 Azzurro Gaming S.p.A., Milano (Italien)	5.000.000,00 EUR
(33,24)	100 CAI Online AG, Zug (Schweiz)	500.000,00 CHF
(33,23)	99,99 Intergame Holding AG, Floriana (Malta)	100.000,00 EUR
(33,23)	99,99 Intergame Limited, Floriana (Malta)	200.000,00 EUR
(33,24)	100 Casinos Odense K/S, Odense (Dänemark)	1.300.000,00 DKK
(33,24)	100 Fortuna I ApS, Odense (Dänemark)	125.000,00 DKK
(33,24)	100 Casinos Austria International (Czech) s.r.o., Prag (Tschechien)	139.100.000,00 CZK
(33,24)	100 Safir Real a.s., Prag (Tschechien)	100.000.000,00 CZK
(33,24)	100 Smaragd Real a.s., Prag (Tschechien)	100.000.000,00 CZK
(33,24)	100 Czech Casinos a.s., Prag (Tschechien)	100.000.000,00 CZK
(32,91)	99 Romanian Austrian Casinos Corporation S.R.L., Bukarest (Rumänien)	18.377.745,00 RON
(33,24)	100 CAI Ungarn Kft., Budapest (Ungarn)	3.000.000,00 HUF
(24,93)	75 Pannon-Partner Kft., Budapest (Ungarn)	330.000.000,00 HUF
(24,93)	100 Casinos Sopron Kft., Sopron (Ungarn)	300.000.000,00 HUF
(33,24)	100 Casinos Austria International Limited, Brisbane (Australien)	25.578.056,00 AUD
(33,24)	100 Casinos Canberra Limited, Canberra (Australien)	46.000.000,00 AUD
(33,24)	100 Casinos Austria International (Canberra), Pty Limited Brisbane (Australien)	2,00 AUD
(33,24)	100 Casinos Austria Martime Corp., Fort Lauderdale (USA)	50,00 USD
(33,24)	100 Great Blue Heron Gaming Inc., Port Perry (Kanada)	1.725.002,00 CAD
(23,93)	72 Great Blue Heron Gaming Comp., Port Perry (Kanada)	0,00 CAD
(23,93)	100 Great Blue Heron Supply Inc., Port Perry (Kanada)	1,00 CAD
25,75	Argor-Heraeus SA, Mendrisio (Schweiz)	6.369.000,00 CHF
(25,75)	100 Argor-Heraeus Deutschland GmbH	25.000,00 EUR
(25,75)	100 Argor-Heraeus Italia S.p.A.	520.000,00 EUR

Anteil in %	Gesellschaft	Nennkapital
100	Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH	10.000.000,00 EUR
50	PRINT and MINT SERVICES GmbH, Wien	35.000,00 EUR
89,6	GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H.	36.336,31 EUR
25	Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) G.m.b.H.	100.000,00 EUR
100	IG Immobilien Invest GmbH	40.000,00 EUR
100	Austrian House SA, Brüssel (Belgien)	5.841.610,91 EUR
100	City Center Amstetten GmbH	72.000,00 EUR
100	EKZ Tulln Errichtungs GmbH	36.000,00 EUR
100	HW Hohe Warte Projektentwicklungs- und ErrichtungsgmbH	35.000,00 EUR
100	IG Belgium SA, Brüssel (Belgien)	19.360.309,87 EUR
100	IG Döbling Herrenhaus-Bauträger GmbH	40.000,00 EUR
100	IG Hungary Irodaközpont Kft., Budapest (Ungarn)	11.852,00 EUR
100	IG Immobilien Beteiligungs GmbH	40.000,00 EUR
100	IG Immobilien M97 GmbH	120.000,00 EUR
100	IG Immobilien Management GmbH	40.000,00 EUR
100	IG Immobilien Mariahilfer Straße 99 GmbH	72.000,00 EUR
100	IG Immobilien O20-H22 GmbH	110.000,00 EUR
25	MARINA CITY Entwicklungs GmbH	120.000,00 EUR
25	MARINA TOWER Holding GmbH	35.000,00 EUR
(25) 100	MARINA TOWER Entwicklungs GmbH	36.336,42 EUR
100	IG Netherlands N1 and N2 GV, Hoofddorp (Niederlande)	91.000,00 EUR
40	U2 Stadtentwicklung GmbH	100.000,00 EUR
100	BLM Betriebs-Liegenschafts-Management GmbH	40.000,00 EUR
100	BLM-IG Bauträger GmbH	35.000,00 EUR
100	Otto-Wagner-Platz Holding GmbH	35.000,00 EUR
100	OWP5 Betriebs-Liegenschafts-Management GmbH	35.000,00 EUR
55	Anzengrübergasse Errichtungs- und Verwertungs GmbH	35.000,00 EUR
100	HV Hotelverwaltung GmbH	100.000,00 EUR

Quelle: OeNB, Beteiligungsgesellschaften.

Anmerkung: Werte in Klammer sind durchgerechnete Anteile der direkten Beteiligungen; Werte ohne Klammer sind die Anteile der direkt anteilhaltenden Gesellschaft.

Die Anteile der OeNB zum 31. Dezember 2011 an der Europäischen Zentralbank betragen 1,9417% vom gezeichneten Kapital in Höhe von 10.760.652.402,58 EUR.

Weiters hält die OeNB an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, 8.000 Stück Aktien zu je 5.000 SZR und 564 Stück Aktien ohne Stimmrecht sowie an der Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (S.W.I.F.T.), La Hulpe, 114 Anteile zu je 125,00 EUR.



Jahresabschluss 2011
der Oesterreichischen Nationalbank

Bilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva

	31. Dezember 2011 <i>in EUR</i>	31. Dezember 2010 <i>in EUR</i>
1 Gold und Goldforderungen	10.954.337.454,91	9.500.984.325,08
2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	8.446.134.387,66	7.147.181.526,36
2.1 Forderungen an den IWF	3.026.738.704,39	2.565.869.545,47
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	5.419.395.683,27	4.581.311.980,89
3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	4.543.687.674,23	85.232.100,26
4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	2.039.895.808,40	2.685.388.020,60
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite	2.039.895.808,40	2.685.388.020,60
4.2 Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des WKM II	–	–
5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	10.612.000.000,00	8.182.000.000,00
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	3.428.000.000,00	4.209.000.000,00
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	7.184.000.000,00	3.488.000.000,00
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	485.000.000,00
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazitat	–	–
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	–	–
6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	241.009,58	130.401,68
7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	18.753.482.500,40	16.402.575.451,87
7.1 Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	7.563.923.071,51	3.824.829.285,49
7.2 Sonstige Wertpapiere	11.189.559.428,89	12.577.746.166,38
8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	416.163.623,37	420.210.892,83
9 Intra-Eurosystem-Forderungen	34.094.521.013,05	26.182.352.341,38
9.1 Beteiligung an der EZB	176.577.921,04	144.216.254,37
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.118.545.877,01	1.118.545.877,01
9.3 Forderungen aus der Emission von EZB-Schuldverschreibungen ¹	x	x
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	32.799.397.215,00	24.919.590.210,00
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	–	–
10 Schwebende Verrechnungen	25.527.618,38	73.339.279,86
11 Sonstige Aktiva	9.462.500.381,24	9.087.050.911,43
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	139.350.192,68	123.046.277,19
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	149.124.682,35	145.711.556,04
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	7.433.982.593,92	7.124.127.740,87
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	–	464.005,41
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	677.420.915,98	636.028.696,57
11.6 Sonstiges	1.062.621.996,31	1.057.672.635,35
	99.348.491.471,22	79.766.445.251,35

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Passiva

	31. Dezember 2011 <i>in EUR</i>	31. Dezember 2010 <i>in EUR</i>
1 Banknotenumlauf	22.686.672.840,00	21.492.172.690,00
2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	20.801.389.918,57	11.699.088.739,55
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	9.041.853.311,07	6.765.823.739,55
2.2 Einlagefazilität	10.609.536.607,50	4.878.265.000,00
2.3 Termineinlagen	1.150.000.000,00	55.000.000,00
2.4 Feinsteuerooperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	–	–
3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	–	–
4 Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen¹	×	×
5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	43.702.559,00	68.985.378,87
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	8.051.149,04	68.059.773,02
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	35.651.409,96	925.605,85
6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	5.910.845,66	5.233.551,11
7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	66.474,08	77.075,21
8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	–	–
8.1 Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlichkeiten	–	–
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	–	–
9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	2.060.483.652,92	2.009.262.394,16
10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten	34.613.591.668,86	27.496.473.298,67
10.1 Verbindlichkeiten aus der Übertragung von Währungsreserven ¹	×	×
10.2 Verbindlichkeiten aus der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	–	–
10.3 Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	–	–
10.4 Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)	34.613.591.668,86	27.496.473.298,67
11 Schwebende Verrechnungen	1.438.908,34	1.405.749,77
12 Sonstige Passiva	501.140.167,72	417.492.422,39
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	148.920.473,85	39.335,88
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	36.950.594,59	28.209.767,30
12.3 Sonstiges	315.269.099,28	389.243.319,21
13 Rückstellungen	4.064.719.038,90	3.697.957.813,72
14 Ausgleichsposten aus Neubewertung	10.365.678.000,89	8.690.216.953,54
15 Kapital und Rücklagen	4.185.000.596,42	4.166.250.053,83
15.1 Kapital	12.000.000,00	12.000.000,00
15.2 Rücklagen	4.173.000.596,42	4.154.250.053,83
16 Bilanzgewinn	18.696.799,86	21.829.130,53
	99.348.491.471,22	79.766.445.251,35

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2011

	Geschäftsjahr 2011 <i>in EUR</i>	Geschäftsjahr 2010 <i>in EUR</i>
1.1 Zinserträge	1.496.213.405,37	1.219.511.155,02
1.2 Zinsaufwendungen	-653.953.585,95	-500.914.148,30
1 Nettozinsergebnis	842.259.819,42	718.597.006,72
2.1 Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen	82.698.135,77	97.222.709,52
2.2 Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen	-24.961.022,30	-73.348.314,03
2.3 Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs-, Zins-, Kredit- und Goldpreisrisiken	-400.000.000,00	-300.000.000,00
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	-342.262.886,53	-276.125.604,51
3.1 Erträge aus Gebühren und Provisionen	4.635.882,40	5.192.244,95
3.2 Aufwendungen aus Gebühren und Provisionen	-3.856.429,55	-4.287.978,51
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	779.452,85	904.266,44
4 Erträge aus Beteiligungen	58.161.151,71	74.652.953,05
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	-4.414.826,74	22.833.435,73
6 Sonstige Erträge	21.083.863,32	22.795.313,44
Nettoerträge insgesamt	575.606.574,03	563.657.370,87
7 Personalaufwendungen	-125.432.476,38	-119.512.248,77
8 Aufwendungen für Altersvorsorgen	-89.535.084,78	-38.129.106,64
9 Sachaufwendungen	-79.236.192,13	-77.718.312,30
10 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-11.659.123,97	-11.738.581,65
11 Aufwendungen für Banknoten	-11.596.734,00	-14.850.978,00
12 Sonstige Aufwendungen	-8.856.297,92	-10.653.069,79
Aufwendungen insgesamt	-326.315.909,18	-272.602.297,15
	249.290.664,85	291.055.073,72
13 Körperschaftsteuer	-62.322.666,21	-72.763.768,43
	186.967.998,64	218.291.305,29
14 Gewinnanteil des Bundes	-168.271.198,78	-196.462.174,76
15 Bilanzgewinn	18.696.799,86	21.829.130,53

Anhang zum Jahresabschluss 2011

Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss

Rechtliche Grundlagen

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) sind gemäß der Bestimmung des § 67 Abs. 2 Nationalbankgesetz 1984 (NBG) in der Fassung des BGBl. I Nr. 50/2011¹ unter Heranziehung der vom Rat der Europäischen Zentralbank (EZB-Rat) gemäß Artikel 26.4 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB-Satzung) erlassenen Vorschriften aufzustellen. Die genannten Vorschriften wurden vom EZB-Rat am 11. November 2010² neu beschlossen und werden im vorliegenden Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) in ihrer Gesamtheit angewendet. Sofern diese Leitlinie keine Vorgaben enthält, ist auf die im zweiten Satz des § 67 Abs. 2 NBG angesprochenen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und auf den § 67 Abs. 3 NBG hinsichtlich der Anwendung der Bestimmungen des dritten Buchs des Unternehmensgesetzbuchs (UGB) zurückzugreifen. Ausnahmen von der Anwendung des UGB bestehen hinsichtlich der Nichtanwendbarkeit des § 243 Abs. 2 letzter Satz sowie der Verpflichtung zur Erstellung eines Konzernabschlusses gemäß §§ 244 ff. UGB.

Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich im vorliegenden Jahresabschluss nach der im EZB-Rat beschlossenen Struktur.

Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze

Die von der OeNB für die Erstellung ihres Jahresabschlusses angewendeten Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze, die im gesamten Eurosystem Anwendung finden, sind gemeinschaftsrechtlich harmonisierte Rechnungsle-

gungsprinzipien und richten sich nach international anerkannten Bilanzierungsstandards. Die allgemeinen Rechnungslegungsgrundsätze sind nachstehend zusammengefasst:

- Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit
- Bilanzvorsicht
- Stichtagsbezogenheit
- Wesentlichkeit
- Unternehmensfortführung
- Periodenabgrenzung
- Stetigkeit und Vergleichbarkeit

Erfassungszeitpunkt

Die Erfassung von Fremdwährungsgeschäften, von in Fremdwährung denominierten Finanzinstrumenten sowie von damit zusammenhängenden Rechnungsabgrenzungsposten hat nach der wirtschaftlichen Betrachtungsweise (am Abschlusstag) zu erfolgen. Ausgenommen davon sind Wertpapiergeschäfte (inklusive Aktieninstrumenten) in Fremdwährung, die auf Grundlage des Zahlungszeitpunkts (Erfüllungstags) erfasst werden können. Die damit zusammenhängenden aufgelaufenen Zinsen, einschließlich Aufschlag oder Abschlag, werden taggenau ab dem Kassa-Abrechnungstag erfasst. Die Erfassung von bestimmten auf Euro lautenden Transaktionen, Finanzinstrumenten und damit zusammenhängenden Rechnungsabgrenzungsposten kann entweder am Abschlusstag oder am Erfüllungstag durchgeführt werden.

Fremdwährungstransaktionen ohne vereinbarten Wechselkurs zur Bilanzwährung werden mit dem jeweils aktuellen Euro-Kurs erfasst.

Bewertungsansatz

Zum Jahresende sind aktuelle Marktkurse bzw. -preise zur Bewertung heranzuziehen. Dies gilt sowohl für die bilanzwirksamen Posten als auch für die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Werte.³ Gold-Zinssatzswaps und Gold-Forward-Zinssatzswaps werden nach dem Prinzip

¹ Das NBG wurde zuletzt mit Wirksamkeit vom 1. August 2011 geändert.

² Leitlinie der Europäischen Zentralbank vom 11. November 2010 über die Rechnungslegungsgrundsätze und das Berichtswesen im Europäischen System der Zentralbanken (EZB/2010/20, zuletzt geändert am 21. Dezember 2011, EZB/2011/27).

³ Da im Eurosystem-Bilanzschema keine außerbilanziellen Posten enthalten sind, werden solche Positionen als in der Bilanz nicht ausgewiesene Posten geführt und dargestellt.

des Arbitrage-Pricing bewertet. Dabei zerlegt man die Produkte in jene Bestandteile (LIBOR-Zinskurve, Gold-Swapsätze und Forward-Goldpreise), die auf internationalen Märkten gehandelt und zur Bewertung herangezogen werden.

Für die Ermittlung der Einstandspreise sowie für die Bewertung von Fremdwährungen werden sämtliche Bestände, die sich teilweise in unterschiedlichen Aktiv- bzw. Passivposten der Bilanz sowie in der Bilanz nicht ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten wiederfinden, pro Währung in entsprechenden Währungspositionen zusammengefasst. Bestände an Sonderziehungsrechten (SZR), einschließlich bestimmter einzelner Fremdwährungsbestände, die der Absicherung des SZR-Währungsrisikos dienen, werden als ein Bestand behandelt. Für im Rahmen der Eigenmittelveranlagung als *Sonstiges Finanzanlagevermögen* gehaltene Devisen ist eine eigene Währungsposition zu führen. In Fremdwährung denominierte Aktieninstrumente (Aktien und Aktienfonds), die im *Sonstigen Finanzanlagevermögen* auszuweisen sind, sind ebenso in einer separaten Währungsposition zu führen.

Bei Wertpapieren und Fondsanteilen umfasst die Neubewertung die jeweilige Position in einer Wertpapiergattung, d.h. alle Wertpapiere mit derselben internationalen Wertpapierkennnummer.

Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden oder nicht marktfähig sind, sind mit den fortgeschriebenen Anschaffungskosten zu bilanzieren und unterliegen der Überprüfung auf Wertminderung durch die OeNB. Dies gilt auch für Wertpapiere, die im Rahmen der Ankaufprogramme für Euro-Pfandbriefe (Covered Bond Purchase Programmes – CBPP1 und CBPP2) angekauft wurden. Die im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme – SMP) angekauften Wertpapiere unterliegen dabei der für das Eurosystem harmonisierten Überprüfung auf Wertminderung durch die EZB.

Der Fondspreis für Master-Kapitalanlagegesellschaften (Master-KAGs) wird täglich von

der jeweiligen Depotbank bzw. der Master-KAG mithilfe marktüblicher Informationssysteme auf Basis der in den Subfonds enthaltenen Vermögensgegenstände ermittelt. Darüber hinaus erfolgt regelmäßig ein Abgleich zwischen den Master-KAGs, den Depotbanken und den Fondsmanagern hinsichtlich der Bewertung der Vermögensgegenstände in den Subfonds. Bei wenig oder nicht liquiden Vermögensgegenständen erfolgt die Preisermittlung nicht ausschließlich über marktübliche Informationssysteme, wobei die ermittelten Bewertungsansätze der Vermögensgegenstände regelmäßig zwischen den Master-KAGs, den Depotbanken und den Fondsmanagern abgestimmt werden.

Der Wertansatz von Beteiligungen richtet sich nach dem jeweiligen Substanzwert jeder Gesellschaft.

Erfolgsermittlung

Bei unter oder über pari erworbenen Wertpapieren wird der Differenzbetrag zum Nominalwert als Teil des Zinsertrags berechnet und über die Restlaufzeit des Wertpapiers erfolgswirksam amortisiert.

Realisierte Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam gebucht. Dabei werden die aus Transaktionen resultierenden realisierten Kursgewinne bzw. Kursverluste bei den valutari-schen Beständen nach der Tagesnettodurchschnittskosten-Methode berechnet. Grundsätzlich werden dabei die Verkaufspreise jeder Transaktion den Durchschnittskosten der Ankäufe des jeweiligen Geschäftstags gegenübergestellt. Sind die Verkäufe jedoch höher als die Ankäufe, so wird hinsichtlich des Verkaufsüberhangs der Verkaufspreis mit den Durchschnittskosten des Vortags verglichen.

Die aus der jährlichen Neubewertung stammenden buchmäßigen Gewinne werden nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt, sondern auf einem Neubewertungskonto in der Bilanz passivseitig erfasst. Buchmäßige Verluste werden gegen Buchgewinne der Vorperioden auf dem entsprechenden Neubewertungskonto aufgerechnet, darüber hinausgehende Verluste in die Gewinn- und Verlustrechnung eingestellt. Eine nachträgliche Um-

kehrung durch buchmäßige Gewinne, die in Folgejahren erzielt werden, ist nicht möglich. Buchmäßige Verluste aus einem Wertpapier oder einer Währung werden nicht mit buchmäßigen Gewinnen aus anderen Wertpapieren oder anderen Währungen saldiert (Netting-Verbot).

Synthetische Instrumente dürfen abweichend von den allgemeinen Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätzen behandelt werden. Dabei dürfen jene Ergebnisse saldiert werden, die aus der Neubewertung der einzelnen Teile, die das synthetische Instrument bilden, stammen.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen werden grundsätzlich, beginnend mit dem auf die Anschaffung folgenden Quartal, linear über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer vorgenommen (Tabelle 1).

Tabelle 1

Vermögensgegenstand	Abschreibungsdauer
EDV-Hardware und -Software, Fahrzeuge	4 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Einrichtung	10 Jahre
Gebäude	25 Jahre
Sachanlagen im Wert von unter 10.000,- EUR exklusive Umsatzsteuer (geringwertige Vermögensgegenstände)	Abschreibung im Anschaffungsjahr

Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011

Tabelle 2

	Realisierte Gewinne GuV-Posten 2.1 (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung) <i>in Tsd EUR</i>	Realisierte Verluste GuV-Posten 2.1 (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung) <i>in Tsd EUR</i>	Buchmäßige Verluste GuV-Posten 2.2 (Verrechnung über Gewinn- und Verlustrechnung) <i>in Tsd EUR</i>	Veränderung der buchmäßigen Gewinne (Verrechnung über Neubewertungskonten) <i>in Tsd EUR</i>
Gold	0	–	–	+1.453.353
Fremdwährungen Eigenbestand	23.017	8.626	0	+123.409
Wertpapiere Eigenbestand	75.167	34.299	22.827	+82.405
Eigenmittelveranlagung	28.037	598	2.134	+20.617
Beteiligungen der Eigenmittelveranlagung	–	–	–	+41.199
Außerbilanzielle Geschäfte	–	–	–	–464
Insgesamt	126.221	43.523	24.961	+1.720.519

Banknotenumlauf und Intra-Eurosystem-Salden

Die Euro-Banknoten werden von der EZB und den nationalen Zentralbanken der 17 Länder des Euroraums, die zusammen das Eurosystem bilden, ausgegeben. Der in der Bilanz der OeNB (und der anderen Zentralbanken des Eurosystems) auszuweisende Euro-Banknoten-

umlauf wird rechnerisch mit dem dafür vereinbarten Eurosystem-internen Verteilungsschlüssel ermittelt, und zwar jeweils am letzten Geschäftstag jedes Monats.

Vom Gesamtwert der ausgegebenen Banknoten (logistischer Banknotenumlauf) werden 8% auf die EZB und 92% auf die nationalen Zentralbanken verteilt, wobei die 92% je nach

den Anteilen der einzelnen nationalen Zentralbanken am eingezahlten Kapital der EZB aufgeteilt werden. Der so ermittelte OeNB-Anteil an den vom Eurosystem insgesamt ausgegebenen Banknoten wird auf der Passivseite der Bilanz im Bilanzposten 1 *Banknotenumlauf* ausgewiesen.

Die Differenz zwischen dem ermittelten OeNB-Anteil und deren Anteil am logistischen Banknotenumlauf ergibt eine verzinsliche Intra-Eurosystem-Forderung oder Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit. Überwiegt der logistische Banknotenumlauf, weist die OeNB entsprechende *Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems* aus; überwiegt der nach dem Banknoten-Verteilungsschlüssel ermittelte Wert, ergeben sich entsprechende *Nettoforderungen* (siehe die Erläuterung zu den Intra-Eurosystem-Salden).

Damit sich mit der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels die Gewinnsituation der einzelnen nationalen Zentralbanken im Vergleich zu den Werten vor der Euro-Bargeld-einführung nicht maßgeblich ändert, gilt für die daraus resultierenden Intra-Eurosystem-Salden in den ersten fünf Jahren nach der Einführung eine Einschleifregelung. Zu diesem Zweck wird die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Banknotenumlauf jeder nationalen Zentralbank im Referenzzeitraum und dem errechneten Durchschnittswert auf Basis des Banknoten-Verteilungsschlüssels berechnet. Diese Differenz wird mit einem jährlich sinkenden Faktor ausgeglichen, bis ab dem sechsten Jahr nach der Bargeldumstellung die Seigniorage nur noch auf Basis des Banknoten-Verteilungsschlüssels verteilt wird, der wiederum auf dem Kapitalanteil beruht, den jede nationale Zentralbank bei der EZB eingezahlt hat. Im Berichtsjahr waren die Anpassungen auf die Euro-Bargeldeinführung in Estland (im Jahr 2011), der Slowakei (im Jahr 2009), in Zypern und Malta (im Jahr 2008) und in Slowenien (im Jahr 2007) zurückzuführen. Die Einschleifphase wird mit Jahresende 2016, 2014, 2013 bzw. 2012 abgeschlossen sein.

Die Zinserträge und -aufwendungen im Zusammenhang mit diesen Salden werden über

die EZB verrechnet und im GuV-Posten 1 *Nettozinsergebnis* erfasst.

Laut Beschluss des EZB-Rats stehen den nationalen Zentralbanken des Eurosystems die erzielten Nettoeinkünfte aus im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte (SMP) erworbenen Wertpapieren sowie die Seigniorage der EZB aus ihrem 8-prozentigen Anteil am Euro-Banknotenumlauf noch im Jahr des Entstehens zur Gänze zu. Die diesbezügliche vorläufige Gewinnausschüttung erfolgt im Jänner des Folgejahres. Auf Beschluss des EZB-Rats kann die zur Auszahlung anstehende Seigniorage um Kosten der EZB für die Banknotenausgabe und -bearbeitung gekürzt werden. Jeweils vor Ablauf eines Jahres entscheidet der EZB-Rat, ob bzw. in welchem Umfang die Einkünfte der EZB aus SMP-Wertpapieren sowie erforderlichenfalls jene aus dem Banknotenumlauf einbehalten werden sollen, damit die Gewinnausschüttung nicht das Nettojahresergebnis der EZB für das Jahr übersteigt.

Weiters kann der zur Ausschüttung anstehende Betrag auf Beschluss des EZB-Rats auch zur Gänze oder zum Teil zur Dotierung der Rückstellung für Wechselkurs-, Zinsänderungs-, Kredit- und Goldpreisrisiken verwendet werden. Die an die nationalen Zentralbanken ausgeschütteten Beträge sind im GuV-Posten 4 *Erträge aus Beteiligungen* in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Risikomanagement

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit als Zentralbank stellen finanzielle und operationale Risiken wesentliche Einflussfaktoren auf die Erfolgssituation und auf eine gesicherte Unternehmensfortführung dar. Das Risikomanagement in der OeNB basiert auf verbindlichen Regelungen und besteht in der Anwendung anerkannter Verfahren bzw. wird durch eine laufende Überprüfung gewährleistet. Ebenso erfolgt eine laufende Berichterstattung.

Finanzielle Risiken

Zu den finanziellen Risiken zählen das Markt-, das Kredit- und das Liquiditätsrisiko. Die grundsätzliche Beschreibung des Managements

von Währungsreserven und der Risikosteuerung ist in einem *Rulebook*, das vom OeNB-Direktorium (Direktorium) beschlossen wurde, festgelegt. Dem OeNB-Treasury (Treasury) wird auf Vorschlag des Risikokomitees ein vom Direktorium festgelegtes Risikobudget zugeteilt, das die gewünschte Risikobegrenzung des Direktoriums darstellt. Die ständige Einhaltung des Risikobudgets wird anhand eines anerkannten Risikomesssystems überprüft und durch das Risikokomitee überwacht. Die Berichterstattung erfolgt regelmäßig an das Direktorium. Neue Währungen und Veranlagungsarten sind vom Direktorium zu bewilligen. Internationalen Trends folgend wird das finanzielle Risikomonitoring der OeNB gesamtthaft durchgeführt.

Marktrisiko

Das Marktrisiko ist durch Veränderungen von Marktpreisen auf den Finanzmärkten, insbesondere aufgrund von Veränderungen der Wechselkurse und der Zinssätze, beeinflusst. Das Risikobudget wird vom Investmentkomitee in der Veranlagungsstruktur berücksichtigt. Vom Direktorium werden Konzentrationslimite pro Währung sowie eine Standardallokation vorgegeben. Das Wechselkurs- und das Zinsänderungsrisiko werden innerhalb der Grenzen des Risikobudgets gesteuert. Die Kontrolle der Einhaltung des Risikobudgets erfolgt mit einer VaR-Berechnungsmethode. Die VaR-Berechnung wird mit einem 1-Jahres-Horizont und einem Konfidenzniveau von 99% durchgeführt.

Die Risikoposition richtet sich nach dem aktuell veranlagten Eigenbestand inklusive Gold und dem Bestand an nicht abgesicherten SZR sowie der Eigenmittelveranlagung und zweckgewidmeten Veranlagungen.

Zudem sorgt die OeNB auch entsprechend ihrem eingezahlten Kapitalanteil für das Risiko der Veranlagungen der EZB vor.

Das Risiko aus der Immobilienbeteiligung wird mit einem Immobilienindex berechnet.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko stellt die Gefahr, die von einem teilweisen oder vollständigen Ausfall vertraglich vereinbarter Zahlungen ausgeht, dar. Das Management erfolgt grundsätzlich über ein Limitsystem, in dem sämtliche Limite und deren Ausnützung jederzeit aktuell zur Verfügung stehen. Das Kreditrisiko aus den Wertpapieren für geldpolitische Zwecke wird von der EZB überwacht und im Risikoberichtswesen der OeNB anteilig berücksichtigt. Aus Gründen der Konsistenz von Berechnungsmethoden – insbesondere auch jenen der anteiligen EZB- und Eurosystem-Kreditrisiken – wird für das Kreditrisiko im Rahmen der zentralbankspezifischen Risiken vorgesorgt.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko besteht darin, dass aufgrund eines engen und nicht in vollem Umfang aufnahmefähigen Marktes, Wertpapiere nicht in vollem Umfang, nicht genügend schnell und eventuell nur mit Preisabschlägen gehandelt werden können. Aus diesem Grund werden Geschäfte nur mit Partnern ausgewählter Bonitätskategorien durchgeführt und Emmissionslimite vergeben, wobei in diesem Zusammenhang auf Sicherheit und Liquidität Bedacht genommen wird. Diesen Prinzipien ist die Rentabilität nachgereicht.

Zentralbankspezifische Risiken

Neben den erwähnten Risiken unterliegt eine nationale Zentralbank noch anderen spezifischen Risiken, die aus der Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags entstehen. Die OeNB ist sich dieser Risiken bewusst, setzt risikoreduzierende Maßnahmen und sorgt – unter Berücksichtigung ihres Kapitalanteils an der EZB – auch für Risiken im Rahmen der einheitlichen Geldpolitik vor.

Operationales Risiko

Operationale Risiken sind alle jene Risiken, die aufgrund von Schäden oder inadäquaten Abläufen in internen Prozessen, Systemen oder durch Menschen und externe Ereignisse entstehen können. Das Management des operationa-

Finanzielles Risiko und finanzielle Vorsorgen zum 31. Dezember					
Finanzielles Risiko	2011		2010		Finanzielle Vorsorgen
	in Mio EUR		in Mio EUR		
Risikobudget Treasury	5.952	5.455	3.305	2.851	Neubewertungskonten ¹
			723	1.080	Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken
			1.924	1.524	Risikorückstellung
Sonstige finanzielle und zentralbankspezifische Risiken ²	1.277	957	1.250	893	Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken
			27	64	Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems
Insgesamt	7.229	6.412	7.229	6.412	
Risiko aus Immobilienveranlagung	25	25			Zur Deckung werden die stillen Reserven in den Liegenschaften der Immobilienbeteiligung herangezogen

¹ Die Neubewertungskonten für Fremdwährungen werden unter Berücksichtigung des Netting-Verbots herangezogen.

² Darin enthalten sind das Kreditrisiko, anteilige Eurosystemrisiken und sonstige Risiken.

len Risikos der OeNB ist im *ORION – Handbuch Risiko- und Krisenmanagement* geregelt und wird dabei nach der Auswirkung einzelner Risikoszenarien auf den Imagewert, die Kosten und mögliche daraus entstehende Verluste bewertet. Es erfolgt eine laufende Evaluierung und eine regelmäßige Berichterstattung an das Management.

Die mit der Bedeckung des finanziellen Risikos im Zusammenhang stehenden Vorsorgen zu den Bilanzstichtagen 2010 und 2011 sind in Tabelle 3 dargestellt.

Die im Rahmen des Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft zweckgewidmeten Mittel von insgesamt 1.531,5 Mio EUR können für eine allfällige Abdeckung eines Bilanzverlusts herangezogen werden.

IT-Sicherheitspolitik

Die IT-Sicherheitspolitik definiert die Leitlinien und Vorgaben zur Gewährleistung eines hohen Sicherheitsniveaus für Entwicklung, Betrieb und Nutzung von IT-Systemen in der

OeNB. Zentrale Aufgaben im IT-Sicherheitsprozess kommen insbesondere

- dem IT-Sicherheitsforum bei der Beratung, Abstimmung und Steuerung der IT-Sicherheit sowie um IT-Sicherheitsrichtlinien in Kraft zu setzen,
 - dem IT-Sicherheitsmanager, der die Verantwortung für die fachliche Richtigkeit der zur Entscheidung vorgelegten Maßnahmen und für die Initiierung sowie Durchführung des IT-Sicherheitsprozesses trägt,
 - den IT-Sicherheitsexperten, die für die Erarbeitung und Umsetzung von IT-Sicherheitsrichtlinien und IT-Spezifikationen verantwortlich sind, und
 - den fachlichen Produktverantwortlichen zu.
- Im Rahmen des IT-Sicherheitsprozesses erfolgen regelmäßige Tests und Berichterstattungen.

Nahestehende Unternehmen und Personen

Aufgrund der Bestimmung des § 237 Z8b UGB ist eine Angabe im Anhang zum Jahresabschluss vorgesehen, wenn Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen („related parties“) für den Jahresabschluss wesentlich sind

und unter marktüblichen Bedingungen abgeschlossen wurden. In diesem Zusammenhang sind in der OeNB ein entsprechendes Berichtswesen und ein eigenes internes Kontrollsystem (IKS) etabliert.

Sofern von der OeNB im Jahr 2011 Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen durchgeführt wurden, erfolgten diese zu marktüblichen Konditionen.

Die Republik Österreich ist seit Juli 2010 Alleineigentümerin der OeNB. Gemäß § 69 Abs. 3 NBG ist ein 90-prozentiger Anteil des Bundes am verbleibenden Reingewinn (nach Körperschaftsteuer) der OeNB sowie gemäß Beschluss der Generalversammlung zusätzlich eine Dividende bis zu 10% des Anteils am Grundkapital vorgesehen.

Kapitalbewegungen

Tabelle 4

Entwicklung im Jahr 2011	31.12.2010 in Tsd EUR	Zunahme in Tsd EUR	Abnahme in Tsd EUR	31.12.2011 in Tsd EUR
I. Eigenkapital im engeren Sinn				
(Grund-)Kapital	12.000	–	–	12.000
Gewinnglättungsrücklage	14.461	+11.629	–	26.090
	26.461	+11.629	–	38.090
II. Risikovorsorgen für Geschäftsrisiken				
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	–	–	1.973.263
	1.973.263	–	–	1.973.263
III. Eigenkapital im weiteren Sinn (I. + II.)	1.999.724	+11.629	–	2.011.353
IV. „Ergänzungskapital“ (mit spezieller Zweckwidmung)				
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft ¹				
Originärer Jubiläumsfonds	31.500	–	–	31.500
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	1.500.000	–	–	1.500.000
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen ²	635.026	+7.122	–	642.148
	2.166.526	+7.122	–	2.173.648
Gesamteigenkapital (III. + IV.)	4.166.250	+18.751	–	4.185.001

¹ Die im Rahmen des Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft zweckgewidmeten Mittel von insgesamt 1.531,5 Mio EUR können für eine allfällige Abdeckung eines Bilanzverlusts herangezogen werden.

² Das gebundene ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen steht – da es sich dabei um für einen Sonderzweck gebundenes Eigenkapital handelt – für eine allfällige Abdeckung eines Bilanzverlusts nicht zur Verfügung.

Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2011

Tabelle 5

Nettowährungsposition (inklusive Gold)	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gold und Goldforderungen	10.954.337	9.500.984	+1.453.353	+15,3
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	8.446.134	7.147.182	+1.298.952	+18,2
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	4.543.688	85.232	+4.458.456	n.a.
Sonstige Aktiva	127.841	126.605	+1.236	+1,0
<i>abzüglich:</i>				
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	66	77	-11	-14,3
Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	2.060.484	2.009.262	+51.222	+2,5
Sonstige Passiva	3.188	1.276	+1.912	+149,8
Ausgleichsposten aus Neubewertung ¹	94.077	46.401	+47.676	+102,7
	21.914.185	14.802.987	+7.111.198	+48,0
In der Bilanz nicht ausgewiesen (per saldo)	-4.638.332	7.682	-4.646.014	n.a.
Insgesamt	17.275.853	14.810.669	+2.465.184	+16,6

¹ Resultiert aus der Wertsteigerung von Wertpapieren und Derivaten in Fremdwährung als Folge der Bewertung zum Bilanzstichtag.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Aktiva

1 Gold und Goldforderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2011	10.954.337	
31.12.2010	9.500.984	
Veränderung	+1.453.353	(+15,3 %)

Der Goldbestand beläuft sich per 31. Dezember 2011 auf 9.002.104,964 Unzen Feingold (ozf) oder 279.996,80 Kilogramm Feingold (kgf). Auf Basis des Bewertungspreises von 1.216,864 EUR/ozf (d. s. 39.123,08 EUR/kgf) ergibt sich der ausgewiesene Bilanzwert von 10.954.337 Tsd EUR.

Die ausgewiesene Veränderung resultiert aus der Bewertung zum 31. Dezember 2011.

2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2011	8.446.134	
31.12.2010	7.147.182	
Veränderung	+1.298.952	(+18,2 %)

Der Aktivposten 2.1 *Forderungen an den IWF* ist in Tabelle 6 ersichtlich.

Die *Forderung aus der Beteiligung am IWF* hat im Jahr 2011 durch eine außerordentliche Erhöhung der österreichischen Quote beim IWF um 274.721 Tsd EUR zugenommen. Demgegenüber resultiert aus Gutschriften und Anlastungen eine Abnahme um 36.960 Tsd EUR.

Weiters haben sich die Bewertung und die Effekte aus per saldo realisierten Kursgewinnen und Buchwertangleichungen (+20.917 Tsd EUR) entsprechend ausgewirkt.

Die Verzinsung der IWF-Beteiligung erfolgt aufgrund der sich wöchentlich ändernden Remunerationsrate, die sich im abgelaufenen Kalenderjahr – in gleicher Höhe wie der SZR-

Zinssatz – zwischen 0,11 % und 0,59 % p.a. bewegte.

Die *Sonderziehungsrechte im Rahmen des IWF*⁴ stehen zum 31. Dezember 2011 mit 1.689,7 Mio SZR zu Buche. Die im Jahr 2011 eingetretene Abnahme um per saldo 17.071 Tsd EUR ist auf die SZR-Abgabe im Rahmen der außerordentlichen Quotenerhöhung (–68.680 Tsd EUR) zurückzuführen. Die Remuneration der Beteiligung am IWF, Zinsabrechnungen und Bewertungsdifferenzen haben sich mit +51.609 Tsd EUR ausgewirkt.

Eine Verpflichtung zur entgeltlichen Übernahme von SZR besteht den Fondsstatuten zufolge so lange, bis der SZR-Bestand das Dreifache der Gesamtzuteilung beträgt, wobei sich die aktuelle Gesamtzuteilung auf 1.736,3 Mio SZR beläuft. Hinsichtlich dieser Verpflichtung wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen.

Unter den *Sonstigen Forderungen gegen den IWF* wird die Leistung österreichischer Bei-

träge im Rahmen der Neuen Kreditvereinbarungen (*New Arrangements to Borrow – NAB*) im Zusammenhang mit IWF-Hilfsaktionen ausgewiesen. Auf Basis des BGBl. I Nr. 114/2010⁵ wurde die OeNB ermächtigt, im Namen der Republik Österreich im Rahmen der Aufstockung der NAB den Kreditrahmen auf höchstens 3,6 Mrd SZR zu erhöhen. Nach Inkrafttreten der NAB am 11. März 2011 wurde der seinerzeit zwischen der OeNB und dem IWF abgeschlossene bilaterale Vertrag aufgehoben bzw. wurden bereits gewährte Kredite (insgesamt 223 Mio SZR) auf das NAB-Gesamtausmaß von 3.579 Mio SZR angerechnet. Für den derzeit nicht in Anspruch genommenen Teil des NAB ist zum 31. Dezember 2011 in den *in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* eine Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF in Höhe von 3.955 Mio EUR eingestellt.

Der Aktivposten 2.2 *Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva* ist in Tabelle 7 ersichtlich.

Tabelle 6

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gesamtforderung (österreichische Quote) im Gegenwert von 2.113,9 Mio SZR (31.12.2011) bzw. von 1.872,3 Mio SZR (31.12.2010) ¹	2.508.565	2.166.626	+341.939	+15,8
abzüglich: Nicht abberufener Teil der Quote	1.779.170	1.695.909	+83.261	+4,9
Forderung aus der Beteiligung am IWF	729.395	470.717	+258.678	+55,0
SZR im Rahmen des IWF	2.005.178	2.022.249	–17.071	–0,8
Sonstige Forderungen gegen den IWF	292.166	72.904	+219.262	+300,8
Insgesamt	3.026.739	2.565.870	+460.869	+18,0

¹ Die OeNB hat gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 zur Gänze die Quote der Republik Österreich für eigene Rechnung übernommen.

Tabelle 7

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	1.593.424	1.039.675	+553.749	+53,3
Wertpapiere	3.825.972	3.541.637	+284.335	+8,0
Insgesamt	5.419.396	4.581.312	+838.084	+18,3

⁴ Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 440/1969 ist die OeNB ermächtigt, für eigene Rechnung, aber im Namen der Republik Österreich am System der SZR teilzunehmen und die unentgeltlich zugeteilten bzw. entgeltlich erworbenen SZR in ihre Aktiva einzustellen.

⁵ Kundgemacht am 30. Dezember 2010.

Tabelle 8

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	4.046.742	27	+4.046.715	n.a.
Wertpapiere	496.946	85.205	+411.741	n.a.
Insgesamt	4.543.688	85.232	+4.458.456	n.a.

Tabelle 9

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	711.998	765.700	-53.702	-7,0
Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden	1.312.060	1.906.719	-594.659	-31,2
Sonstige Veranlagungen	15.838	12.969	+2.869	+22,1
Insgesamt	2.039.896	2.685.388	-645.492	-24,0

Tabelle 10

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	3.428.000	4.209.000	-781.000	-18,6
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	7.184.000	3.488.000	+3.696.000	+106,0
5.3 Feinsteuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	485.000	-485.000	-100,0
Insgesamt	10.612.000	8.182.000	+2.430.000	+29,7

3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet

Die Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet sind in Tabelle 8 enthalten.

Die am 31. Dezember 2011 bestehenden Festgeldanlagen (*Guthaben bei Banken*) resultieren aus Liquidität zuführenden Geschäften in US-Dollar an inländische Banken (gegen Hinterlegung von Sicherheiten) in Höhe von 5.236 Mio USD (4.047 Mio EUR) als Folge einer Sonderfinanzierungsfazilität (Euro/US-Dollar-Swaps) zwischen der EZB und der Federal Reserve Bank of New York. Am 31. Dezember 2010 waren keine derartigen Euro/US-Dollar-Swaps offen.

4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Die Zusammensetzung des Bilanzpostens 4.1 *Guthaben bei Banken*, *Wertpapieranlagen*, *Kredite* zu den Bilanzstichtagen 2010 und 2011 ist in Tabelle 9 dargestellt.

Die Veränderung der Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden, resultiert aus der planmäßigen Tilgung derartiger Bestände an ihrem Fälligkeitstermin.

5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

In diesem Bilanzposten sind die zur Liquiditätsbereitstellung durchgeführten Geschäfte dargestellt (Tabelle 10).

Sofern Verluste aus geldpolitischen Operationen auftreten, sind diese basierend auf Artikel 32.4 der ESZB-Satzung gemäß den im Geschäftsjahr des Verlusts geltenden Kapitalanteilen an der EZB vollständig unter den nationalen Zentralbanken des Eurosystems aufzuteilen.

5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte

Als *Hauptrefinanzierungsgeschäfte* werden die wöchentlich stattfindenden Liquidität zuführenden befristeten Transaktionen bezeichnet. Sie werden von den nationalen Zentralbanken

im Rahmen von Standardtendern (Zins- oder Mengentender) mit einer Laufzeit von einer Woche durchgeführt. Alle Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurden im Jahr 2011 bis zum Bilanzstichtag als Mengentender mit vollständiger Zuteilung durchgeführt.⁶ Der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte betrug zum Bilanzstichtag 2011 1,0% p. a.

5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte

Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte sind Liquidität zuführende befristete Transaktionen, die im monatlichen Abstand mit einer Standardlaufzeit von drei Monaten durchgeführt werden. Weiterhin wurden im Jahr 2011 derartige Geschäfte mit Sonderlaufzeiten von einem Monat, sechs Monaten bzw. einem Jahr abgeschlossen. Darüber hinaus wurden vom EZB-Rat zwei längerfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von 36 Monaten und einer vorzeitigen gänzlichen oder teilweisen Rückzahlungsmöglichkeit nach einem Jahr beschlossen.⁷

Sämtliche längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte wurden im Jahr 2011 als Mengentender mit voller Zuteilung durchgeführt.

Die aus dem Jahr 2010 stammenden zwei längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte von insgesamt 2,3 Mrd EUR mit einer Laufzeit von einem bis drei Monaten liefen 2011 planmäßig aus.

5.3 Feinsteuerooperationen in Form von befristeten Transaktionen

Im Jahr 2011 wurden keine derartigen Geschäfte abgeschlossen. Die aus dem Jahr 2010 stammende 13-tägige Feinsteuerooperation in Höhe von insgesamt 485 Mio EUR lief 2011 planmäßig aus.

6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2011	241	
31.12.2010	130	
Veränderung	+111	(+85,4%)

In diesem Posten sind Forderungen enthalten, die nicht aus geldpolitischen Operationen resultieren.

7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens zu den Bilanzstichtagen 2010 und 2011 ist in Tabelle 11 dargestellt.

7.1 Wertpapiere für geldpolitische Zwecke

Dieser Posten umfasst von der OeNB im Rahmen der Programme zum Ankauf von Euro-Pfandbriefen⁸ (CBPP1 und CBPP2) erworbene Wertpapiere sowie im Rahmen des Programms

Tabelle 11

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
7.1 Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	7.563.923	3.824.829	+3.739.094	+97,8
7.2 Sonstige Wertpapiere	11.189.560	12.577.746	-1.388.186	-11,0
davon:				
Wertpapiere	5.927.645	6.906.736	-979.091	-14,2
Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden	5.261.915	5.671.010	-409.095	-7,2
Insgesamt	18.753.483	16.402.575	+2.350.908	+14,3

⁶ Beschluss des EZB-Rats vom 4. März 2010 (zuletzt geändert am 6. Oktober 2011).

⁷ Beschluss des EZB-Rats vom 8. Dezember 2011.

⁸ Beschluss des EZB-Rats vom 2. Juli 2009 (EZB/2009/16) und vom 3. November 2011 (EZB/2011/17).

für die Wertpapiermärkte (SMP)⁹ erworbene Schuldverschreibungen des öffentlichen Sektors. Die Wertpapiere sind als bis zur Endfälligkeit gehalten klassifiziert.

Das Gesamtausmaß für Ankäufe von Euro-Pfandbriefen im Eurosystem belief sich für das CBPP1 auf eine Nominale von 60 Mrd EUR, wovon rund 1,5 Mrd EUR auf die OeNB entfielen. Der Ankauf derartiger Wertpapiere wurde planmäßig Ende Juni 2010 abgeschlossen. Für das CBPP2 beläuft sich das Gesamtausmaß der Ankäufe im Eurosystem auf eine Nominale von 40 Mrd EUR, wovon rund 1,1 Mrd EUR auf die OeNB entfallen werden. Dieses Programm soll bis Ende Oktober 2012 abgeschlossen sein.

Insgesamt halten die nationalen Zentralbanken des Eurosystems im Rahmen des SMP erworbene Wertpapiere im Wert von 211,9 Mrd EUR. Davon entfallen auf die OeNB 5,9 Mrd EUR. Diese Wertpapiere werden mit den fortgeschriebenen Anschaffungskosten bilanziert und unterliegen dabei der für das Eurosystem harmonisierten Überprüfung auf Wertminderung durch die EZB.

Sofern Verluste aus SMP-Wertpapierbeständen auftreten, sind diese basierend auf Artikel 32.4 der ESZB-Satzung gemäß den im Geschäftsjahr des Verlusts geltenden Kapitalanteilen an der EZB vollständig unter den nationalen Zentralbanken des Eurosystems aufzuteilen. Infolge einer zum 31. Dezember 2011 durchgeführten Überprüfung auf Wertminderung beschloss der EZB-Rat, dass sämtliche künftigen Zahlungen aus diesen Wertpapieren geleistet werden. Es ergaben sich somit keine Wertminderungen zum Bilanzstichtag aus dem SMP.

Die eurosystemweit harmonisierte Analyse der geldpolitischen Wertpapierbestände des CBPP1 und CBPP2 hinsichtlich eines Abschreibungsbedarfs zum 31. Dezember 2011 hat ebenfalls keine Wertminderungen ergeben. Allfällige Verluste aus Euro-Pfandbriefen (CBPP1 und CBPP2) unterliegen nicht der Verteilung im Eurosystem.

7.2 Sonstige Wertpapiere

Die Veränderung ist im Wesentlichen auf Transaktionen zurückzuführen.

8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2011	416.164	
31.12.2010	420.211	
Veränderung	-4.047	(-1,0 %)

Dieser Bilanzposten stellt ausschließlich die Forderung gegen den Bundesschatz aus der Einlösungsverpflichtung des Bundes im Zusammenhang mit vor 1989 emittierten Silbergedenkmünzen dar. Sie basiert auf dem Scheidemünzengesetz 1988 in der Fassung des BGBl. Nr. 425/1996. Die Veränderung im Jahr 2011 ist in Tabelle 12 dargestellt.

Eine am 31. Dezember 2040 allenfalls noch bestehende tilgbare Restschuld ist in den folgenden fünf Jahren (2041 bis 2045) in gleich hohen jährlichen Raten zu tilgen. Zum 31. Dezember 2011 beträgt die theoretische Einlösungsverpflichtung des Bundes 1.147,0 Mio EUR.

Tabelle 12

	in Tsd EUR
Rücklieferungen von Silbergedenkmünzen an die Münze Österreich AG gegen Verrechnung mit dem Bund	+6.039
Verwertungserlöse	-4.272
Tilgung aus dem Gewinnanteil des Bundes für das Jahr 2010	-5.814
Insgesamt	-4.047

⁹ Beschluss des EZB-Rats vom 14. Mai 2010 (EZB/2010/5).

9 Intra-Eurosystem-Forderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2011	34.094.521	
31.12.2010	26.182.352	
Veränderung	+7.912.169	(+30,2 %)

In diesem Bilanzposten sind die Forderungen aus dem OeNB-Kapitalanteil an der EZB und jene aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB enthalten. Weiters sind in diesem Posten die Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems ausgewiesen. Die Zusammensetzung der *Intra-Eurosystem-Forderungen* zu den Bilanzstichtagen 2010 und 2011 kann Tabelle 13 entnommen werden.

9.1 Beteiligung an der EZB

In diesem Bilanzposten wird die Beteiligung der OeNB an der EZB ausgewiesen. Durch den Beitritt der Eesti Pank zum Eurosystem am 1. Jänner 2011 ist der prozentuelle Anteil der OeNB am voll eingezahlten EZB-Kapital zum Bilanzstichtag 2011 auf 2,7750% gesunken (31. Dezember 2010: 2,7821%).

Die EZB erhöhte mit Wirkung vom 29. Dezember 2010 ihr gezeichnetes Kapital gemäß Artikel 28.1 der ESZB-Satzung um 5 Mrd EUR¹⁰ von 5.760.652.402,58¹¹ EUR auf 10.760.652.402,58 EUR. Die nationalen Zentralbanken des Euroraums zahlen ihre zusätzlichen Kapitalbeiträge in drei gleich hohen Jah-

resraten ein. Die zweite Teilzahlung erfolgte am 28. Dezember 2011, die verbleibende wird Ende 2012 geleistet. Die ausgewiesene Zunahme von 32.362 Tsd EUR ist auf die zweite Teilzahlung zurückzuführen. Die restliche Teilzahlung von 32.362 Tsd EUR wurde in den *in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* erfasst.

9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven

In diesem Posten weist die OeNB ihre aufgrund der Übertragung von Währungsreserven gegenüber der EZB bestehenden Forderungen aus, und zwar zu dem Euro-Gegenwert, den die Vermögenswerte zum Zeitpunkt der Einbringung bei der EZB hatten.¹² Hinsichtlich der finanziellen Nachschussverpflichtung wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen.

9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems

In diesem Posten werden die Forderungen der OeNB gegenüber dem Eurosystem erfasst, die sich aus der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels ergeben (siehe auch *Banknotenumlauf* und *Intra-Eurosystem-Salden*).

10 Schwebende Verrechnungen

Dieser Bilanzposten resultiert aus Verrechnungen, die im Folgejahr durch Zahlung ausgeglichen werden.

Tabelle 13

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
9.1 Beteiligung an der EZB	176.578	144.216	+32.362	+22,4
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.118.546	1.118.546	–	–
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	32.799.397	24.919.590	+7.879.807	+31,6
Insgesamt	34.094.521	26.182.352	+7.912.169	+30,2

¹⁰ Verordnung des Rates der Europäischen Union vom 8. Mai 2000 (Amtsblatt L 115/1 vom 16. Mai 2000).

¹¹ Nach Erhöhung durch Beschluss des EZB-Rats vom 18. Dezember 2006 (EZB/2006/26) i. V. m. Artikel 49.3 der ESZB-Satzung.

¹² Die Forderung aus der Übertragung von Währungsreserven wird mit dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems (vermindert um einen Abschlag von 15%) verzinst.

Tabelle 14

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	139.350	123.046	+16.304	+13,3
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	149.125	145.711	+3.414	+2,3
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	7.433.982	7.124.128	+309.854	+4,3
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	–	464	–464	–100,0
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	677.421	636.029	+41.392	+6,5
11.6 Sonstiges	1.062.622	1.057.673	+4.949	+0,5
Insgesamt	9.462.500	9.087.051	+375.449	+4,1

11 Sonstige Aktiva

Die *Sonstigen Aktiva* werden in Tabelle 14 dargestellt.

11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets

Dieser Bilanzposten stellt den Kassenbestand der OeNB an umlauffähigen Euro-Münzen der am Euro-Währungssystem teilnehmenden Mitgliedstaaten dar.

11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Die *Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände* beinhalten *Gebäude und Grundstücke, Anlagen in Bau, Einrichtung und Maschinen* (Geschäftsausstattung, EDV-Hardware, Kraftfahrzeuge) und *Mobile Sachwerte*.

Tabelle 15 zeigt die Entwicklung der *Gebäude und Grundstücke*.

Tabelle 15	
in Tsd EUR	
Anschaffungs- und Herstellungskosten bis 31.12.2010 ¹	116.688
Zugänge im Jahr 2011	350
Abgänge (zu Anschaffungs- und Herstellungskosten) im Jahr 2011 ²	227
Kumulierte Abschreibungen	47.088
Buchwert 31.12.2011	69.723
Buchwert 31.12.2010	74.001
Abschreibungen des Jahres 2011	4.419

¹ Bei jenen Gebäuden und Grundstücken, die bereits vor dem 31. Dezember 1956 angeschafft worden waren, wurden die Anschaffungskosten aus der Schilling-Eröffnungsbilanz (BGBl. Nr. 190/1954) übernommen.

² Die Abgänge zu Buchwerten (d.s. die seinerzeitigen Anschaffungskosten abzüglich darauf entfallener kumulierter Abschreibungen) betragen 209 Tsd EUR.

Die Entwicklung der *Anlagen in Bau* ist in Tabelle 16 dargestellt.

Tabelle 16

in Tsd EUR	
Anschaffungskosten bis 31.12.2010	–
Zugänge im Jahr 2011	2.977
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2011	–
Buchwert 31.12.2011	2.977
Buchwert 31.12.2010	–

Unter *Anlagen in Bau* wurden die bisher angefallenen Aufwendungen für den Erwerb von Software im Eurosystem aktiviert.

Die Entwicklung der *Einrichtung und Maschinen* ist in Tabelle 17 dargestellt.

Tabelle 17	
in Tsd EUR	
Anschaffungskosten bis 31.12.2010	80.692
Zugänge im Jahr 2011	12.737
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2011 ¹	7.331
Kumulierte Abschreibungen	57.879
Buchwert 31.12.2011	28.219
Buchwert 31.12.2010	23.278
Abschreibungen des Jahres 2011	7.013

¹ Die Abgänge zu Buchwerten (d.s. die seinerzeitigen Anschaffungskosten abzüglich darauf entfallener kumulierter Abschreibungen) betragen 784 Tsd EUR.

Die Entwicklung der *Mobilen Sachwerte* ist in Tabelle 18 dargestellt.

Tabelle 18	
in Tsd EUR	
Anschaffungskosten bis 31.12.2010	50.033
Zugänge im Jahr 2011	1
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2011	–
Kumulierte Abschreibungen	1.828
Kumulierte Zuschreibungen	9.269
Buchwert 31.12.2011	48.206
Buchwert 31.12.2010	48.433
Abschreibungen des Jahres 2011	228

Tabelle 19

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	6.074.906	5.948.928	+125.978	+2,1
Beteiligungen	1.041.359	1.002.556	+38.803	+3,9
Sonstige Veranlagungen	341.806	244.578	+97.228	+39,8
Schwebende Verrechnungen	-24.089	-71.934	+47.845	+66,5
Insgesamt	7.433.982	7.124.128	+309.854	+4,3

Die *Mobilen Sachwerte* umfassen die OeNB-Münzsammlung und die Sammlung historischer Streichinstrumente. Die Streichinstrumentensammlung besteht zum Bilanzstichtag 2011 aus 29 Violinen, 6 Violoncelli und 3 Violinen. Die Streichinstrumente werden im Rahmen der Kulturförderung an namhafte Musiker verliehen.

11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen

Das *Sonstige Finanzanlagevermögen* wird in Tabelle 19 dargestellt.

Vom Gesamtbestand der Wertpapierveranlagungen waren 1.537.284 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve und 1.539.754 Tsd EUR der Veranlagung des *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* (davon 1.506.923 Tsd EUR zur Förderung der FTE-Nationalstiftung) gewidmet. Auf die Veranlagung von Eigenmitteln entfielen 2.997.868 Tsd EUR.¹³ Aus der Wertpapierbewertung resultieren buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 65.072 Tsd EUR, denen buchmäßige Kursverluste über insgesamt 2.134 Tsd EUR gegenüberstehen.

Von den *Beteiligungen* sind 729.589 Tsd EUR der Eigenmittelveranlagung und 311.770 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve gewidmet.

Die Entwicklung der *Beteiligungen* zeigt Tabelle 20.

Tabelle 20

	in Tsd EUR
Substanzwert zum 31.12.2010	1.002.556
Zugänge im Jahr 2011	–
Abgänge im Jahr 2011 (zu Buchwerten)	2.407
Abschreibungen des Jahres 2011	–
Neubewertung im Jahr 2011	41.210
Substanzwert zum 31.12.2011	1.041.359

Der Abgang resultiert im Wesentlichen aus dem Verkauf der restlichen Anteile an der AUSTRIA CARD-Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H.

Die *Sonstigen Veranlagungen* stellen im Wesentlichen täglich fällige und kurzfristige Veranlagungen dar, wovon 56.553 Tsd EUR auf die Veranlagung der Pensionsreserve und 6.545 Tsd EUR auf die Veranlagung zur Förderung der FTE-Nationalstiftung, 23.495 Tsd EUR auf die Veranlagung des originären Jubiläumsfonds und 255.213 Tsd EUR auf die Eigenmittelveranlagung entfallen.

11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2011	–	
31.12.2010	464	
Veränderung	-464	(-100,0 %)

Der zum Bilanzstichtag 2010 ausgewiesene Saldo stammte zur Gänze aus Bewertungsgewinnen von Gold-Zinssatzswaps, die im Jahr 2011 ausgelaufen sind.

¹³ Zu den auf der Passivseite ausgewiesenen Eigenmitteln zählen neben dem Grundkapital, die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken, die Gewinnglättungsrücklage, das ERP-Sondervermögen sowie die Risikorückstellung.

Tabelle 21

	31.12.2011 in Tsd EUR	31.12.2010 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
ERP-Kreditforderungen gegen Unternehmen	647.461	604.951	+42.510	+7,0
Geldmarkt-Veranlagungen bei der OeKB für die Vergabe von ERP-Krediten	335.729	372.030	-36.301	-9,8
ERP-Fonds-Nationalbankblock	983.190	976.981	+6.209	+0,6
Forderung aus KöSt-Vorauszahlung	13.234	9.666	+3.568	+36,9
Schilling-Scheidemünzen	7.291	7.477	-186	-2,5
Gesellschafterdarlehen	39.310	41.500	-2.190	-5,3
Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer	6.659	6.980	-321	-4,6
Sonstige Forderungen	12.938	15.069	-2.131	-14,1
Insgesamt	1.062.622	1.057.673	+4.949	+0,5

11.6 Sonstiges

Die Zusammensetzung des Unterpostens kann Tabelle 21 entnommen werden.

Gemäß § 3 Abs. 2 ERP-Fonds-Gesetz errechnet sich der Plafond der Finanzierungsverpflichtung der OeNB aus dem seinerzeit von der Bundesschuld abbeschriebenen Betrag über 341.955 Tsd EUR zuzüglich der Summe der auf einem Reservekonto gesammelten Zinsüberschüsse. Zum 31. Dezember 2011 beliefen sich Letztere auf 642.147 Tsd EUR. Der Rahmen für die aus dem Nationalbankblock zu gewährenden Kredite beläuft sich daher am 31. Dezember 2011 auf insgesamt 984.102 Tsd EUR (inklusive Rechnungsabgrenzung in Höhe von 912 Tsd EUR). Die Finanzierung von ERP-Krediten erfolgt gemäß § 83 NBG in Form von Buchkrediten.

Die Restlaufzeiten der Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer der OeNB betragen in fast al-

len Fällen mehr als ein Jahr. Zur Besicherung der Vorschüsse dienen durchwegs Ablebensrisikoversicherungen.

Die *Sonstigen Forderungen* zum 31. Dezember 2011 beinhalten im Wesentlichen geleistete Vorauszahlungen, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie Forderungen aus dem laufenden Bankgeschäft.

Passiva

1 Banknotenumlauf

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2011	22.686.673	
31.12.2010	21.492.173	
Veränderung	+1.194.500	(+5,6 %)

Der in diesem Posten ausgewiesene Betrag entspricht dem Anteil der OeNB am Gesamtwert des Euro-Banknotenumlaufs (Tabelle 22).

Tabelle 22

	31.12.2011 in Tsd EUR	31.12.2010 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR
Logistischer Euro-Banknotenumlauf	-10.112.724	-3.427.417	-6.685.307
Anpassungen aus			
Verbindlichkeit aus dem EZB-Anteil am Euro-Banknotenumlauf ¹	-1.972.773	-1.868.938	-103.835
Forderung aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems (CSM)	+34.772.170	+26.788.528	+7.983.642
Nettoforderung aus der Anpassung des Euro-Banknotenumlaufs	+32.799.397	+24.919.590	+7.879.807
Euro-Banknotenumlauf²	22.686.673	21.492.173	+1.194.500

¹ Der Betrag entspricht dem OeNB-Anteil an den 8 % der Gesamtsumme des Eurosystem-Euro-Banknotenumlaufs, der in der EZB-Bilanz ausgewiesen wird.

² Das entspricht 2,553 % des gesamten Eurosystem-Euro-Banknotenumlaufs (31.12.2010: 2,5595 %).

Weitere Erläuterungen zum Euro-Banknotenenumlauf sind im Abschnitt *Banknotenenumlauf* und *Intra-Eurosystem-Salden* angeführt.

Die Jahresdurchschnitte der letzten fünf Jahre können Tabelle 23 entnommen werden.

Tabelle 23

	Jahresdurchschnitt des Banknotenumschlags		
	in Mio EUR	Veränderung in Mio EUR	in %
2007	16.614	+1.486	+9,8
2008	18.458	+1.844	+11,1
2009	19.323	+865	+4,7
2010	20.341	+1.018	+5,3
2011	21.270	+929	+4,6

2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet

Die Aufgliederung dieses Bilanzpostens kann Tabelle 24 entnommen werden.

2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)

Dieser Posten setzt sich aus den Guthaben auf laufenden Konten von Kreditinstituten, die der Verpflichtung der Mindestreserve-Haltung bei der OeNB unterliegen, zusammen.

Seit 1. Jänner 1999 werden die Mindestreserve-Guthaben der Kreditinstitute verzinst. Der anzuwendende Zinssatz entspricht dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

2.2 Einlagefazilität

Als Einlagefazilität werden jene Einlagen ausgewiesen, die im Rahmen ständiger Fazilitäten von Kreditinstituten bei der OeNB zu einem vorgegebenen Zinssatz über Nacht getätigt werden. Im Jahr 2011 wurden derartige Ge-

schäfte mit durchschnittlich 2.777.821 Tsd EUR durchgeführt.

2.3 Termineinlagen

Im Jahr 2011 wurden Termineinlagen zwischen 27.913 Tsd EUR und 5.745.657 Tsd EUR bei Zinssätzen zwischen 0,35 % p. a. und 1,45 % p. a. getätigt.

9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2011	2.060.484	
31.12.2010	2.009.262	
Veränderung	+51.222	(+2,5%)

Dieser Bilanzposten stellt den zum Bilanzstichtag errechneten Gegenwert der vom IWF der OeNB unentgeltlich zugeteilten 1.736 Mio SZR dar. Die Zuteilungen erfolgten jeweils zum 1. Jänner der Jahre 1970 bis 1972, 1979 bis 1981 sowie zum 28. August und 9. September 2009. Die Zunahme geht auf den gegenüber dem Euro gestiegenen SZR-Kurs zurück.

10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2011	34.613.592	
31.12.2010	27.496.473	
Veränderung	+7.117.119	(+25,9%)

In diesem Posten ist jener Nettosaldo dargestellt, der aus Transaktionen der OeNB mit den an TARGET2 teilnehmenden nationalen Zentralbanken und der EZB entstanden ist. Die aus Euro/US-Dollar-Swapgeschäften der OeNB mit der EZB resultierenden unverzinslichen

Tabelle 24

	31.12.2011 in Tsd EUR	31.12.2010 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	9.041.853	6.765.824	+2.276.029	+33,6
2.2 Einlagefazilität	10.609.537	4.878.265	+5.731.272	+117,5
2.3 Termineinlagen	1.150.000	55.000	+1.095.000	n. a.
Insgesamt	20.801.390	11.699.089	+9.102.301	+77,8

Verbindlichkeiten gegenüber der EZB waren zum 31. Dezember 2011 darin ebenfalls erfasst. Weiters werden hier der Eurosystem-Verrechnungssaldo aus der Umverteilung der monetären Einkünfte zum Jahresultimo, die Verrechnung aus der anteiligen Rückverteilung der EZB-Seigniorage und angefallene anteilige Aufwendungen im Zusammenhang mit der gemeinschaftlichen Tragung von Verlusten aus geldpolitischen Operationen des Eurosystems dargestellt.

Die Verzinsung der *Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten* mit der EZB (ohne Berücksichtigung der zuvor genannten Swapgeschäfte) erfolgt auf täglicher Basis mit dem jeweils gültigen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

11 Schwebende Verrechnungen

Dieser Bilanzposten resultiert aus Verrechnungen des Jahres 2011, die im Folgejahr durch Zahlung ausgeglichen werden.

12 Sonstige Passiva

Tabelle 25 zeigt die Zusammensetzung der *Sonstigen Passiva*.

12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften

Im *Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften* werden Realisate und buchmäßige Effekte aus außerbilanziellen Positionen ausgewiesen.

12.3 Sonstiges

Die Zusammensetzung dieses Passivpostens wird in Tabelle 26 dargestellt.

Der *Gewinnanteil des Bundes* errechnet sich gemäß § 69 Abs. 3 NBG mit 90% des versteuerten Jahresüberschusses des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Die *Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist* resultiert aus den zum Jahresultimo noch aushaftenden Schilling-Banknoten, die eine Präklusionsfrist aufweisen. Im Jahr 2011 erfolgte keine Präklusion von Schilling-Banknoten.

Tabelle 25

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	148.920	39	+148.881	n.a.
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	36.951	28.210	+8.741	+31,0
12.3 Sonstiges	315.269	389.243	-73.974	-19,0
Insgesamt	501.140	417.492	+83.648	+20,0

Tabelle 26

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gewinnanteil des Bundes	168.271	196.462	-28.191	-14,3
Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist	116.370	118.132	-1.762	-1,5
Förderungsmittel des Jubiläumsfonds				
Originärer Jubiläumsfonds	23.093	20.226	+2.867	+14,2
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	3.281	48.375	-45.094	-93,2
Finanzamtsverrechnungskonten	1.271	2.807	-1.536	-54,7
Sonstiges	2.983	3.241	-258	-8,0
Insgesamt	315.269	389.243	-73.974	-19,0

Dem *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* wurden aus dem Bilanzgewinn 2010 gemäß Beschluss der Generalversammlung 9.000 Tsd EUR zur Verfügung gestellt. Damit sind dem originären Jubiläumsfonds – unter Berücksichtigung von Veranlagungserträgen für das Jahr 2011 und erfolgter Rückzahlungen – Förderungsmittel von insgesamt 30.690 Tsd EUR zur Verfügung gestanden. Im Jahr 2011 wurden davon 7.597 Tsd EUR zur Auszahlung gebracht. Bei den restlichen 23.093 Tsd EUR handelt es sich um die bis 31. Dezember 2011 nicht ausbezahlten Förderungsmittel, wovon sich Finanzierungszusagen in Höhe von 15.422 Tsd EUR in Abwicklung befinden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind vom Generalrat für 106 Projekte 9.492 Tsd EUR neu bewilligt worden. Im Rahmen der seit 1966 erteilten Finanzierungszusagen sind insgesamt 735.766 Tsd EUR zur Auszahlung gelangt.

Für die Förderung der FTE-Nationalstiftung stehen aus den Veranlagungserträgen 2011 insgesamt 3 Mio EUR zur Verfügung, die am Tag nach der Generalversammlung der OeNB an die FTE-Nationalstiftung überwiesen werden.

13 Rückstellungen

Das Pensionssystem der OeNB besteht darin, dass diese die volle Pensionsverpflichtung gegenüber ihren bis 30. April 1998 eingetretenen Dienstnehmern übernommen hat. Zur Deckung ist sie vom Gesetz her verpflichtet, eine *Pensionsreserve* zu bilden. Mit 1. Mai 1999 wurde für alle ab 1. Mai 1998 neu aufgenommenen Dienstnehmer neben der ASVG-Pensionsversicherung eine Pensionskassenvereinbarung abgeschlossen. Da somit seit 1. Mai 1998 keine neuen Mitarbeiter mehr in das Direktzusagensystem einbezogen werden, ist der Personenkreis, für den die *Pensionsreserve* zur Absicherung der Pensionen dient, nach oben hin begrenzt, womit dieses System ein geschlossenes darstellt. Die Pensionsaufwendungen beliefen sich im Jahr 2011 auf 110.464 Tsd EUR (+2,9%) und wurden mit 25.528 Tsd EUR aus Veranlagungserträgen gedeckt. In den Pensionsaufwendungen sind auch die Bezüge für 14 pensionierte Direktoriumsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene in der Höhe von 4.064 Tsd EUR (2010: 14 Personen mit 4.005 Tsd EUR) enthalten.

Für die Ermittlung des Deckungskapitals wurde als Rechnungszinsfuß ein gegenüber

Tabelle 27

	31.12.2010	Auflösung bzw. Verwendung	Zuweisung	31.12.2011
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Pensionsreserve	1.844.359	-25.528	+26.967	1.845.798
Rückstellungen für den Personalbereich				
Abfertigungen	58.047	-4.320	+6.952	60.679
Dienstnehmerjubiläen	11.712	-1.994	+1.217	10.935
Nicht konsumierte Urlaube	10.735	-307	+302	10.730
Sonstiges	6.315	-202	+1.621	7.734
Gesetzliche Sozialabgaben	165	-165	+118	118
Gehaltsanteile 2010 bzw. 2011	441	-441	+429	429
Rückstellungen				
Finanzielle Risiken (Risikorückstellung)	1.523.927	-	+400.000	1.923.927
Im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems	63.836	-36.387	-	27.449
Unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten	175.377	-3.711	-	171.666
Lieferungen und Leistungen	1.412	-1.049	+2.101	2.464
Leistungen von Konzerngesellschaften	1.202	-1.202	+2.207	2.207
Sonstiges	430	-319	+472	583
Insgesamt	3.697.958	-75.625	+442.386	4.064.719

dem Vorjahr unveränderter Realzinssatz¹⁴ von 3,25 % p. a. angewendet sowie die aktuellen Sterbetafeln¹⁵ herangezogen. Für Mitarbeiter im Aktivstand wird die Teilwertmethode, für jene im Ruhestand die Barwertmethode angewendet. Das zum 31. Dezember 2011 ermittelte Deckungskapital beträgt 2.033.354 Tsd EUR und ist durch die Pensionsreserve (und durch stille Reserven in Immobilien) voll gedeckt. Zum 31. Dezember 2011 besteht somit keine Deckungslücke.

Die Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumsgelder werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet, wobei ein – gegenüber dem Vorjahr unveränderter – Rechnungszinsfuß von 3,50 % p. a. angewendet wurde.

Zur Stärkung der Risikotragfähigkeit der OeNB wurden der Rückstellung für finanzielle Risiken (*Risikorückstellung*) im Jahresabschluss 2011 400 Mio EUR zugeführt.

Die Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems wurde im Jahr 2008 erstmals – für die gemäß Artikel 32.4 der ESZB-Satzung von den Eurosystem-Zentralbanken gemäß ihrem jeweiligen Anteil am EZB-Kapital zu tragenden möglichen Verluste aus geldpolitischen Operationen – in

Höhe von insgesamt 5.736 Mio EUR (auf die OeNB entfielen dabei 165,9 Mio EUR) gebildet. Nachdem bereits im Zuge der Jahresabschlüsse 2009 und 2010 die Höhe dieser Rückstellung angepasst worden war, erfolgte für das Geschäftsjahr 2011 eine weitere Anpassung, und zwar auf insgesamt 949 Mio EUR. Im Jahresabschluss der OeNB wird die Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems anteilig mit 27 Mio EUR ausgewiesen (–36 Mio EUR).

Die Verwendung der Rückstellung für unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten ist auf Einlösungen zurückzuführen.

14 Ausgleichsposten aus Neubewertung

Die auf den Neubewertungskonten erfassten Beträge (Tabelle 28) stellen die aus der Bewertung zum 31. Dezember 2011 resultierenden buchmäßigen Gewinne, getrennt nach den einzelnen Bewertungseinheiten, dar. Diese Bewertungsgewinne können in den Folgejahren durch Transaktionen bei den entsprechenden Beständen realisiert bzw. zum Ausgleich künftiger Bewertungsverluste herangezogen werden.

Tabelle 28

	31.12.2011 in Tsd EUR	31.12.2010 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Neubewertungskonten				
Gold	8.736.507	7.283.154	+1.453.353	+20,0
Fremdwährungen	665.288	541.880	+123.408	+22,8
Wertpapiere	291.703	231.343	+60.360	+26,1
Beteiligungen	400.147	358.937	+41.210	+11,5
Außerbilanzielle Geschäfte	0	464	–464	–100,0
Münzsammlung der OeNB	9.269	9.269	–	–
Insgesamt	10.102.914	8.425.047	+1.677.867	+19,9
Nicht aufgelöste Aufwertungsgewinne vom 1.1.1999 (Initial Valuation)				
Beteiligungen	262.764	265.170	–2.406	–0,9
Insgesamt	10.365.678	8.690.217	+1.675.461	+19,3

¹⁴ Der Rechnungszinsfuß wird jährlich evaluiert und errechnet sich aus der erzielten Veranlagungsrendite unter Berücksichtigung der generellen Bezugserhöhungen und der zukünftigen Renditeentwicklungen. Geringfügige Abweichungen in der Zukunft müssen nicht automatisch jährlich zur Änderung des Rechnungszinsfußes führen.

¹⁵ AVÖ 2008-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler.

Tabelle 29

	31.12.2011	31.12.2010	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gewinnglättungsrücklage	26.090	14.461	+11.629	+80,4
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	1.973.263	–	–
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	1.531.500	1.531.500	–	–
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen	642.148	635.026	+7.122	+1,1
Insgesamt	4.173.001	4.154.250	+18.751	+0,5

15 Kapital und Rücklagen

Das (*Grund-*)Kapital der OeNB beträgt gemäß § 8 Abs. 1 NBG 12 Mio EUR. Alleinige Aktionärin ist seit 27. Mai 2010 die Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Finanzen.

Die *Rücklagen* werden in Tabelle 29 dargestellt.

Die Veränderung der *Gewinnglättungsrücklage* resultiert aus der Zuweisung aus dem Bilanzgewinn 2010 gemäß Beschluss der Generalversammlung der OeNB vom 26. Mai 2011.

Die *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* dient der Abdeckung finanzieller Risiken der OeNB. Detaillierte Angaben darü-

ber sind dem Abschnitt *Risikomanagement* zu entnehmen.

Der Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft (Jubiläumsfonds) setzt sich aus dem originären Jubiläumsfonds (31,5 Mio EUR) und dem Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung (1,5 Mrd EUR) zusammen. Die zweckgebundenen Mittel zugunsten der FTE-Nationalstiftung wurden im Jahr 2003 aus der *Freien Reserve* (545 Mio EUR) und aus dem *Allgemeinen Reservefonds* (955 Mio EUR) umgewidmet.

Die im Rahmen des Jubiläumsfonds zweckgewidmeten Mittel können für eine allfällige

Tabelle 30

	2011	2010
	in Tsd EUR	in Tsd EUR
Verpflichtung zur SZR-Übernahme bis zum insgesamt 3-Fachen der unentgeltlichen SZR-Zuteilung gemäß den IWF-Statuten	4.176.273	4.005.538
Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit New Arrangements to Borrow (NAB)	3.955.319	472.138
Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit bilateralem Abkommen	–	2.106.612
Nachschussverpflichtung auf die mit 8.564 Stück Aktien zu je 5.000 SZR bestehende Beteiligung an der BIZ, Basel	38.111	37.163
Ankäufe auf Termin (Swaps in Euro und Fremdwährungen)	4.509.774	7.682
Verkäufe auf Termin (Swaps in Euro und Fremdwährungen)	4.658.694	7.700
Verpflichtungen aus im eigenen Namen, jedoch für fremde Rechnung erfolgten Fremdwährungsveranlagungen	9.792	10.477
Rückzahlungsverpflichtungen der OeNB im Fall der Beendigung von Dienstverhältnissen betreffend den Zinsanteil im Zusammenhang mit von Dienstnehmern geleisteten Pensionsbeiträgen	10.558	9.493
Eventualverpflichtung im für die OeNB anteiligen Ausmaß aufgrund der Möglichkeit der EZB, weitere Währungsreserven im Ausmaß von bis zu 50 Mrd EUR, gemäß Artikel 30.1 der ESZB-Satzung, von den teilnehmenden nationalen Zentralbanken einzufordern	970.850	970.850
Verpflichtung für die restliche(n) Teilzahlung(en) der OeNB aufgrund der Erhöhung des gezeichneten EZB-Kapitals per 29. Dezember 2010	32.362	64.723
Eventualverpflichtung aus gegebenen Bankgarantien	111.000	111.000
Eventualforderung aus erhaltenen Bankgarantien	299	6.164
Eventualforderung aus einer Verpflichtungserklärung der OeKB im Rahmen des Zahlungsverkehrs	1.000.000	1.000.000
Eventualforderung aus Gewährleistung und Garantien	4.089	33.740

Abdeckung eines Bilanzverlusts herangezogen werden.

Das *Gebundene ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen* stellt die über die Jahre kumulierten, der OeNB verbleibenden Zinsüberschüsse aus der Kreditvergabe des Nationalbankblocks dar. Es handelt sich dabei um für einen Sonderzweck – auch völkerrechtlich – gebundenes Eigenkapital, das nicht anderwärtig verwendet werden kann. Damit steht es für eine allfällige Abdeckung eines Bilanzverlusts nicht zur Verfügung.

Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten

Folgende Forderungen und Verpflichtungen der OeNB bzw. derivative Finanzinstrumente wurden außerbilanziell erfasst (Tabelle 30).

Über etwaige materielle Auswirkungen der gegen die Republik Österreich in einem Insol-

venzfall anhängigen Gerichtsverfahren auf die OeNB können zum derzeitigen Zeitpunkt keine fundierten Quantifizierungen vorgenommen werden.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind in Tabelle 31 dargestellt.

1 Nettozinsergebnis

Das *Nettozinsergebnis* (Tabelle 32) stellt die Differenz zwischen Zinserträgen und Zinsaufwendungen dar.

2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen

Die *Realisierten Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen* (GuV-Posten 2.1) sind in Tabelle 33 ersichtlich.

Tabelle 31

	2011 in Tsd EUR	2010 in Tsd EUR	Veränderung ¹ in Tsd EUR	in %
1 Nettozinsergebnis	842.260	718.597	+123.663	+17,2
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	-342.263	-276.125	+66.138	+24,0
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	779	904	-125	-13,8
4 Erträge aus Beteiligungen	58.161	74.653	-16.492	-22,1
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	-4.415	22.833	-27.248	-119,3
6 Sonstige Erträge	21.084	22.795	-1.711	-7,5
Nettoerträge insgesamt	575.606	563.657	+11.949	+2,1
7 Personalaufwendungen	-125.432	-119.512	+5.920	+5,0
8 Aufwendungen für Altersvorsorgen	-89.535	-38.129	+51.406	+134,8
9 Sachaufwendungen	-79.236	-77.718	+1.518	+2,0
10 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-11.659	-11.739	-80	-0,7
11 Aufwendungen für Banknoten	-11.597	-14.851	+3.254	-21,9
12 Sonstige Aufwendungen	-8.856	-10.653	+1.797	-16,9
Aufwendungen insgesamt	-326.315	-272.602	+53.713	+19,7
Geschäftliches Ergebnis	249.291	291.055	-41.764	-14,3
13 Körperschaftsteuer	-62.323	-72.764	+10.441	-14,3
	186.968	218.291	-31.323	-14,3
14 Gewinnanteil des Bundes	-168.271	-196.462	+28.191	-14,3
15 Bilanzgewinn	18.697	21.829	-3.132	-14,3

¹ Die Vorzeichen der Veränderungen beziehen sich auf die absoluten Zu- bzw. Abnahmen des jeweiligen Ertrags- bzw. Aufwandspostens.

Tabelle 32

	2011	2010	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Nettoerträge aus Fremdwährungsveranlagungen	140.182	103.965	+36.217	+34,8
Nettoerträge aus Euro-Veranlagungen	446.860	437.181	+9.679	+2,2
Geldpolitisches Instrumentarium	325.915	250.710	+75.205	+30,0
Intra-Eurosystem-Salden aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs	365.053	207.735	+157.318	+75,7
Übertragung von Währungsreserven an die EZB	12.043	9.640	+2.403	+24,9
Mindestreserve-Einlagen	-77.428	-62.932	+14.496	+23,0
TARGET2-Salden	-405.743	-266.403	+139.340	+52,3
Sonstiges	35.378	38.701	-3.323	-8,6
Insgesamt	842.260	718.597	+123.663	+17,2

Tabelle 33

	2011	2010	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Fremdwährungstransaktionen	14.391	23.528	-9.137	-38,8
Wertpapiertransaktionen	68.307	73.695	-5.388	-7,3
Insgesamt	82.698	97.223	-14.525	-14,9

Tabelle 34

	2011	2010	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	-24.961	-73.348	-48.387	-66,0
Insgesamt	-24.961	-73.348	-48.387	-66,0

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen (GuV-Posten 2.2) sind in Tabelle 34 dargestellt.

Im Posten Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs-, Zins-, Kredit- und Goldpreisrisiken (GuV-Posten 2.3) wirkt sich die Zuführung zur Risikorückstellung mit 400 Mio EUR (+100 Mio EUR gegenüber dem Jahr 2010) aus.

4 Erträge aus Beteiligungen

Die Erträge aus Beteiligungen sind in Tabelle 35 dargestellt. Die EZB-Seigniorage für das Jahr 2011 in Höhe von 856 Mio EUR und die Erträge der EZB aus SMP-Wertpapieren in Höhe von 1.003 Mio EUR wurden gemäß Beschluss des EZB-Rats nicht an die nationalen Zentralbanken rückverteilt, sondern mit einem Betrag von 1.166 Mio EUR von der EZB der Rückstellung für Wechselkurs-, Zinsänderungs-, Kredit-

und Goldpreisrisiken zugeführt. Von der verbliebenen Seigniorage wurden vorweg 652 Mio EUR an die nationalen Zentralbanken rückverteilt, wobei die OeNB einen Betrag von 18 Mio EUR erhielt.

5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften

Dieser Posten setzt sich aus dem Nettoertrag der OeNB aus der Umverteilung der monetären Einkünfte im Eurosystem und der Auflösung der Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems zusammen.

Die jährliche Berechnung der monetären Einkünfte erfolgt entsprechend Artikel 32 der ESZB-Satzung durch die EZB.

Die monetären Einkünfte der OeNB sind ihre Einkünfte aus bestimmten Vermögenswerten, die Gegenposten zur sogenannten monetären Basis darstellen. Zur monetären Basis zählen der Banknotenumlauf, die Euro-Ver-

Tabelle 35

	2011	2010	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
BIZ	2.797	6.969	-4.172	-59,9
Münze Österreich AG	20.000	18.000	+2.000	+11,1
Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS)	2.500	7.900	-5.400	-68,4
AUSTRIA CARD-Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H.	–	945	-945	-100,0
Geldservice Austria Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA)	71	52	+19	+36,5
Veräußerung der restlichen Anteile an der AUSTRIA CARD-Plastikkarten und Ausweissysteme Gesellschaft m.b.H.	9.947	–	+9.947	x
Rückverteilung EZB-Seigniorage	18.093	–	+18.093	x
EZB-Gewinnausschüttung	4.753	40.787	-36.034	-88,3
Insgesamt	58.161	74.653	-16.492	-22,1

bindlichkeiten der OeNB gegenüber dem Bankensektor des Euroraums aus den geldpolitischen Operationen sowie die Intra-Eurosystem-Nettoverbindlichkeiten der OeNB aus der Emission von EZB-Schuldverschreibungen, dem TARGET2-Zahlungsverkehr und der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems. Die monetären Einkünfte werden durch anteilige Zinsaufwendungen entsprechend reduziert.

Für die Bemessung der monetären Einkünfte der OeNB werden die folgenden Vermögenswerte herangezogen: Euro-Forderungen gegenüber dem Bankensektor im Euroraum aus den geldpolitischen Operationen, Wertpapiere für geldpolitische Zwecke, Intra-Eurosystem-Nettoforderungen aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB, aus dem TARGET2-Zahlungsverkehr und aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems. Hinzu kommt ein dem Kapitalanteil der OeNB an der EZB entsprechender Teil des Goldbestands (wobei Goldbestände als unverzinslich gelten).

Bei Wertpapieren für geldpolitische Zwecke im Rahmen der Programme zum Ankauf von Euro-Pfandbriefen¹⁶ erfolgt die Verzinsung zum jeweils geltenden marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems. Zum Ausgleich etwaiger Wertunterschiede zwischen diesen – gesondert zu erfassen

– Aktiva der OeNB und ihrer monetären Basis wird die Differenz ebenfalls mit dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems verzinst.

Innerhalb des Eurosystems werden die monetären Einkünfte zusammengelegt und dann an die nationalen Zentralbanken entsprechend ihrem Anteil am voll eingezahlten Kapital rückverteilt. Das Nettoergebnis der OeNB aus den monetären Einkünften im Eurosystem ist in Tabelle 36 dargestellt.

Tabelle 36

	2011
	in Tsd EUR
Einzubringende monetäre Einkünfte (netto)	-477.227
Rückverteilte monetäre Einkünfte	435.288
Nettoaufwand (-) aus der Umverteilung der monetären Einkünfte im Berichtsjahr	-41.939
Nettoertrag aus der Aufrollung für Vorjahre	1.137
Auflösung der Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems	36.387
Insgesamt	-4.415

7 Personalaufwendungen

Die *Personalaufwendungen* beinhalten jene Aufwendungen für Mitarbeiter im Aktivstand. Erhaltene Bezugsrefundierungen werden von den Personalaufwendungen in Abzug gebracht.

¹⁶ Beschluss des EZB-Rats vom 2. Juli 2009 (EZB/2009/16) und vom 3. November 2011 (EZB/2011/17).

Im Jahr 2011 wurde die Einführung neuer Dienstbestimmungen V (DB V) beschlossen, die für alle nach dem 30. Juni 2011 eingetretenen Dienstnehmer gelten. Mit den neuen Dienstbestimmungen wurde ein marktkonformes Gehaltssystem eingeführt, das vor allem die Leistungsorientierung verstärkt und die Differenzierung der Gehälter nach Qualifikation, Berufserfahrung und Anforderungsprofil ermöglicht.

Die *Gehälter* haben gegenüber dem Vorjahr um per saldo 1.568 Tsd EUR (+1,6%) auf 101.663 Tsd EUR zugenommen. Für jene OeNB-Mitarbeiter, die bei Tochtergesellschaften und bei auswärtigen Dienststellen tätig sind, hat die OeNB Bezugsrefundierungen in Höhe von insgesamt 6.589 Tsd EUR vereinnahmt.

Die vier Mitglieder des Direktoriums haben – gegenüber dem Vorjahr unverändert – Bezüge in Höhe von insgesamt 1.067 Tsd EUR erhalten. Davon entfielen auf:

Tabelle 37

	Bezüge in Tsd EUR
Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Nowotny	285,6
Vize-Gouverneur Mag. Dr. Duchatzek	269,2
Direktor Mag. Dr. Zöllner	261,9
Direktor Mag. Ittner	250,0

Die Höhe der Bezüge des Direktoriums unterliegt dem Bezügebegrenzungs-gesetz, wobei die Bezugshöhe des Gouverneurs mit jener des Bundeskanzlers begrenzt ist. Die Bezüge der übrigen Mitglieder des Direktoriums sind mit dem Bezug des Gouverneurs gedeckelt. Eine Erhöhung der Bezüge entfiel auf Basis des Bezügebegrenzungs-gesetzes sowohl 2010 als auch 2011. An Sachbezügen (steuerlicher Wert der Privatnutzung von PKWs sowie Zuschüsse zu

Versicherungen) und sonstigen Aufwendungen wurden insgesamt 37 Tsd EUR verrechnet. Den Mitgliedern des Präsidiums wurden im Jahr 2011 114 Tsd EUR (2010: 114 Tsd EUR) vergütet.

Die Mitarbeiterressourcen werden in Tabelle 38 gezeigt.

An *Gesetzlichen Sozialabgaben* wurden insgesamt 16.597 Tsd EUR (+551 Tsd EUR) geleistet. Davon entfielen auf Sozialversicherungsbeiträge 8.982 Tsd EUR (+388 Tsd EUR), auf Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 4.474 Tsd EUR (+104 Tsd EUR) und auf die Kommunalsteuer 3.017 Tsd EUR (+51 Tsd EUR).

8 Aufwendungen für Altersvorsorgen

Darin sind entrichtete und rückgestellte Pensionskassenbeiträge in Höhe von 4.599 Tsd EUR (2010: 4.164 Tsd EUR) sowie Teile der Pensionsaufwendungen in Höhe von 84.936 Tsd EUR (2010: 33.965 Tsd EUR) enthalten. Die Aufwendungen für pensionierte Direktoriumsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene betragen 4.064 Tsd EUR.

9 Sachaufwendungen

In den Sachaufwendungen sind unter anderem Aufwendungen für Miete, Betriebskosten, Wartung, Reparatur und Instandhaltung in Höhe von 26.921 Tsd EUR (–1.884 Tsd EUR) sowie Aufwendungen für die Geldbearbeitung über 9.974 Tsd EUR (+505 Tsd EUR) enthalten. Weiters wirkten sich Aufwendungen, die jedoch zur Gänze an Tochtergesellschaften weiterverrechnet wurden (insbesondere anteilige, von Tochtergesellschaften zu tragende Miet- und Betriebskosten und sicherheitsrelevante Leistungen), mit 2.916 Tsd EUR (+1.676 Tsd EUR) aus. Für die Prüfung des Jahresabschlusses fie-

Tabelle 38

	Stichtag 31. Dezember ¹			Jahresdurchschnitt ¹		
	2011	2010	Veränderung	2011	2010	Veränderung
OeNB-Fachbereiche ²	985,7	986,2	–0,5	984,5	984,3	+0,2
Insgesamt	1.146,0	1.145,4	+0,6	1.147,0	1.144,7	+2,3

¹ Teilzeitkräfte sind anteilmäßig berücksichtigt.

² Ohne die außerhalb der OeNB tätigen Mitarbeiter sowie die karenzierten Bediensteten (nach Mutterschutzgesetz, nach Elternkarenzurlaubsgesetz und andere).

len 167 Tsd EUR (2010: 216 Tsd EUR) und für Bestätigungsleistungen 51 Tsd EUR (2010: 109 Tsd EUR) an.

11 Aufwendungen für Banknoten

Diese Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus dem Ankauf von Euro-Banknoten von der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS).

12 Sonstige Aufwendungen

Darin wird unter anderem die Zuwendung an das Joint Vienna Institute (JVI) mit 2.498 Tsd EUR (2010: 2.349 Tsd EUR) ausgewiesen.

14 Zuführung an die Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes

Die *Zuführung an die Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes* ist in Tabelle 39 dargestellt.

Tabelle 39

	2011	2010	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
90-prozentiger Gewinnanteil des Bundes gemäß § 69 Abs. 3 NBG	168.271	196.462	-28.191	-14,3
	168.271	196.462	-28.191	-14,3

Direktorium

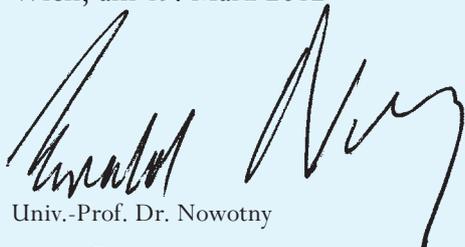
Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny
 Vize-Gouverneur Mag. Dr. Wolfgang Duchatzek
 Direktor Mag. Dr. Peter Zöllner
 Direktor Mag. Andreas Ittner

Generalrat

Präsident Dkfm. Dr. Claus J. Raidl
 Vizepräsident Mag. Max Kothbauer
 Dipl.-Ing. August Astl
 Mag. Markus Beyrer
 Univ.-Prof. Dr. Bernhard Felderer
 Dkfm. Elisabeth Gürtler-Mauthner
 Dr. Erich Hampel
 Dipl.-Bwt. Alfred Hannes Heinzl (bis 26. Mai 2011)
 Mag. Anna Maria Hochhauser
 Dipl.-Ing. Johann Marihart
 Mag. Werner Muhm
 Dr. Gabriele Payr
 Mag. Dr. Walter Rothensteiner
 Dr. Dwora Stein

Gemäß § 22 Abs. 5 NBG vom Zentralbetriebsrat zu Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet: Dr. Martina Gerharter (bis 2. November 2011), Robert Kocmich, Mag. Ferdinand Mramor (ab 2. November 2011).

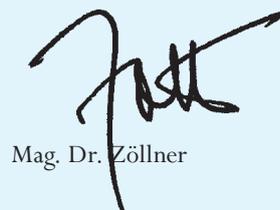
Wien, am 19. März 2012



Univ.-Prof. Dr. Nowotny



Mag. Dr. Duchatzek



Mag. Dr. Zöllner



Mag. Ittner

Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer

Faksimile

Ernst & Young
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H.

TPA Horwath Wirtschaftsprüfung GmbH

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der Oesterreichische Nationalbank, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2011 bis zum 31. Dezember 2011 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2011, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2011 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Nationalbankgesetzes 1984 in der geltenden Fassung und den ergänzenden Bestimmungen der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Artikel 26 Abs. 4 des „Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank“ mittels der „Guideline of the European Central Bank of 11 November 2010 on the Legal Framework for Accounting and Financial Reporting in the European System of Central Banks (ECB/2010/20)“ in der Fassung vom 21. Dezember 2011 (ECB/2011/27) erlassenen Vorschriften, vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher

Ernst & Young
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H.

Faksimile
TPA Horwath Wirtschaftsprüfung GmbH

Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2011 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2011 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Ernst & Young
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H.

Faksimile
TPA Horwath Wirtschaftsprüfung GmbH

Aussagen zum Geschäftsbericht

Der gemäß § 68 Abs. 1 NBG zu erstellende Geschäftsbericht ersetzt den Lagebericht gemäß § 243 UGB.

Der Geschäftsbericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Geschäftsbericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Geschäftsbericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Der Geschäftsbericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, 19. März 2012

Ernst & Young
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H.

TPA Horwath
Wirtschaftsprüfung GmbH

Dr. Elisabeth Glaser e.h.
Wirtschaftsprüferin

Mag. Friedrich Hief e.h.
Wirtschaftsprüfer

Mag. Robert Bruckmüller e.h.
Wirtschaftsprüfer

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Geschäftsbericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Durchführung der in § 69 Abs. 3 des NBG vorgesehenen satzungsgemäßen Zuweisung (Posten 14 der Gewinn- und Verlustrechnung) an den Bund in der Höhe von 168.271 Tsd EUR verbleibt der in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung aus-

gewiesene Bilanzgewinn 2011 von EUR 18.696.799,86.

Das Direktorium hat in der Sitzung vom 28. März 2012 beschlossen, dem Generalrat folgende Verwendung zu empfehlen:

	<i>in EUR</i>
10-prozentige Dividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR	1.200.000,00
Zuweisung von Förderungsmitteln an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft für Förderungen durch die OeNB	9.000.000,00
Zuführung zur Gewinnglättungsrücklage	8.496.799,86
	18.696.799,86

Bericht des Generalrats zum Geschäftsbericht und Jahresabschluss 2011

Der Generalrat hat in seinen regelmäßigen Sitzungen, durch Beratungen in seinen Unterausschüssen und durch Einholung der erforderlichen Informationen die ihm aufgrund des Nationalbankgesetzes 1984 obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Das Direktorium hat dem Generalrat regelmäßig über die Abwicklung und den Stand der Geschäfte, über die Lage des Geld-, Kapital- und Devisenmarktes, über wichtige geschäftliche Vorfälle, über alle für die Beurteilung der Währungs- und Wirtschaftslage bedeutsamen Vorgänge, über die zur Kontrolle der gesamten Gebarung getroffenen Verfügungen und über sonstige den Betrieb betreffende Verfügungen und Vorkommnisse von Bedeutung berichtet.

Der Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2011 wurde von den in der regelmäßigen Generalversammlung vom 26. Mai 2011 gewählten Rechnungsprüfern – der Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H. und TPA

Horwath Wirtschaftsprüfung GmbH – aufgrund der Bücher und Schriften der Oesterreichischen Nationalbank sowie der vom Direktorium erteilten Aufklärungen und Nachweise geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Generalrat hat in seiner Sitzung vom 26. April 2012 den Geschäftsbericht des Direktoriums und den Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2011 gebilligt. Er legt den Geschäftsbericht vor und empfiehlt der Generalversammlung, den Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank über das Geschäftsjahr 2011 zu genehmigen und dem Generalrat und dem Direktorium die Entlastung zu erteilen. Die Generalversammlung wolle ferner über die Verwendung des Bilanzgewinns gemäß der im Anhang zum Jahresabschluss 2011 erstatteten Empfehlung (siehe oben) beschließen.

Abkürzungen

AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union	HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
AMR	Warnmechanismus-Bericht (Alert Mechanism Report)	IHS	Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung
ATC	Beratender Fachausschuss (Advisory Technical Committee)	IIF	Institute of International Finance
BIP	Bruttoinlandsprodukt	IPA	Instrument für Heranführungshilfe (Instrument for Pre-Accession Assistance)
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	IWF	Internationaler Währungsfonds
CACs	Collective Action Clauses	JPY	Japanischer Yen
CBPP1 und CBPP2	Programme zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (Covered Bond Purchase Programmes)	JVI	Joint Vienna Institute
CESEE	Zentral-, Ost- und Südosteuropa (Central, Eastern and Southeastern Europe)	KRIs	Key Risk Indicators
CRD IV	Capital Requirements Directive IV	LIBOR	London Interbank Offered Rate
CRR	Capital Requirements Regulation	MIP	Mechanismus zur frühzeitigen Erkennung und Behebung makroökonomischer Ungleichgewichte in der EU (Macroeconomic Imbalance Procedure)
CS.A	Clearing Service Austria	MÜNZE	Münze Österreich Aktiengesellschaft
CSD	Wertpapier-Zentralverwahrer (Central Securities Depository)	NAB	Neue Kreditvereinbarung (New Arrangement to Borrow)
EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority)	NBG	Nationalbankgesetz 1984
EFSF	Europäische Finanzstabilitätsfazilität (European Financial Stability Facility)	OeBS	Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH
EFSM	Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (European Financial Stabilisation Mechanism)	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development)
EG	Europäische Gemeinschaft	OeKB	Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft
EMAS	Eco-Management and Audit Scheme	OeNB	Oesterreichische Nationalbank
ERP	Europäisches Wiederaufbauprogramm (European Recovery Program)	PBC	People's Bank of China
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus (European Stability Mechanism)	PLL	Vorsorgliche Kredit- und Liquiditätslinie (Precautionary and Liquidity Line)
ESRB	Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board)	QIS	Quantitative Auswirkungsstudie (Quantitative Impact Study)
ESS	Strategische Reserve für das Eurosystem (Eurosystem Strategic Stock)	RFI	Rapid Financing Instrument
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken	SEPA	Einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum (Single Euro Payments Area)
ESZB/EZB-Satzung	Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank	SMP	Programm für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme)
ETF	Exchange-Traded Fund	SPOC	Single Point of Contact
EU	Europäische Union	S.W.I.F.T.	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
EUR	Euro	SZR	Sonderziehungsrechte
EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate	T2S	TARGET2-Securities
EZB	Europäische Zentralbank	TARGET2	Transeuropäisches Automatisiertes Echtzeit-Brutto-Express-Überweisungssystem (Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer system)
FMA	Österreichische Finanzmarktaufsicht	UGB	Unternehmensgesetzbuch
FSB	Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board)	UILSG	Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz
GSA	Geldservice Austria Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H.	USD	US-Dollar
GRI	Global Reporting Initiative	WKM II	Wechselkursmechanismus II
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung		

Zeichenerklärung

- x = Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden
- .. = nicht verfügbar
- 0 = Zahlenwert ist null oder kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit

Für den Jahresabschluss:

- = Zahlenwert ist null
- 0 = Zahlenwert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
- n.a. = nicht anwendbar

Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

Periodische Publikationen

Nähere Informationen finden Sie unter www.oenb.at

Geschäftsbericht (Nachhaltigkeitsbericht) Annual Report (Sustainability Report)

deutsch

englisch

Der Bericht erörtert Auftrag, Aufgaben und Organisation der OeNB sowie die Geldpolitik des Eurosystems, die Wirtschaftslage, Entwicklungen auf den Finanzmärkten und bei der Finanzmarktaufsicht. Der betriebswirtschaftliche Teil informiert über den Jahresabschluss, die Wissensbilanz und die Umwelterklärung der OeNB.

Geldpolitik & Wirtschaft Monetary Policy & the Economy

deutsch

englisch

Die Quartalspublikation präsentiert zentralbankrelevante wirtschaftspolitische Analysen und Studien.

Finanzmarktstabilitätsbericht Financial Stability Report

deutsch

englisch

Der halbjährliche Bericht enthält Analysen finanzmarktstabilitätsrelevanter Entwicklungen in Österreich und im internationalen Umfeld sowie Schwerpunktstudien.

Focus on European Economic Integration

englisch

Die Quartalspublikation konzentriert sich auf die Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa und damit auf einen strategischen Forschungsschwerpunkt der OeNB. Die Beiträge umfassen extern begutachtete Studien zur makrofinanziellen und monetären Integration sowie einschlägige Länderanalysen und länderübergreifende Vergleiche.

Statistiken – Daten & Analysen

deutsch, englische Zusammenfassungen

Die Quartalspublikation enthält Analysen zu österreichischen Finanzinstitutionen sowie zu Finanzströmen und zur Außenwirtschaft. Rund 200 Tabellen informieren über finanzwirtschaftliche und realwirtschaftliche Indikatoren. Diese sind auch auf der OeNB-Website abrufbar. Im Rahmen dieser Serie erscheinen fallweise auch Sonderhefte, die spezielle statistische Themen behandeln.

Research Update

englisch

Das im Internet (www.oenb.at/research-update) erscheinende Research Update informiert quartalsweise über die Forschungsschwerpunkte, Publikationen und Veranstaltungen der Hauptabteilung Volkswirtschaft der OeNB.

Workshop-Bände

deutsch, englisch

Die Bände dokumentieren Workshops der OeNB zu geld- und wirtschaftspolitisch relevanten Themen, die mit nationalen und internationalen Experten diskutiert werden.

Working Papers

englisch

Diese Online-Publikation dient als Forum für Studien von OeNB-Ökonomen bzw. externen Autoren zu speziellen geldpolitischen Themen.

Tagungsband zur Volkswirtschaftlichen Tagung

englisch

Der Konferenzband enthält Beiträge der jährlichen Volkswirtschaftlichen Tagung der OeNB, einer Plattform für den internationalen Meinungs- und Informationsaustausch zu währungs-, wirtschafts- und finanzmarktpolitischen Fragen.

Konferenzband zur Conference on European Economic Integration

englisch

Der Konferenzband enthält Beiträge zur jährlichen Conference on European Economic Integration (CEEI) der OeNB, die sich schwerpunktmäßig mit zentralbankrelevanten Fragen zu Zentral-, Ost- und Südosteuropa und dem EU-Erweiterungsprozess befasst.

Publikationen der Bankenaufsicht

deutsch, englisch

www.oenb.at/de/presse_pub/period_pub/finanzmarkt/barev/barev.jsp

Adressen

	<i>Postanschrift</i>	<i>Telefon/Fax/E-Mail</i>
Hauptanstalt Otto-Wagner-Platz 3 1090 Wien <i>Internet: www.oenb.at</i>	Postfach 61 1011 Wien	Tel.: (+43-1) 404 20-6666 Fax: (+43-1) 404 20-2399 <i>E-Mail: oenb.info@oenb.at</i>
Zweiganstalten		
Zweiganstalt Österreich Nord Coulinstraße 28 4020 Linz	Postfach 346 4021 Linz	Tel.: (+43-732) 65 26 11-0 Fax: (+43-732) 65 26 11-6399 <i>E-Mail: regionnord@oenb.at</i>
Zweiganstalt Österreich Süd Brockmanngasse 84 8010 Graz	Postfach 8 8018 Graz	Tel.: (+43-316) 81 81 81-0 Fax: (+43-316) 81 81 81-6799 <i>E-Mail: regionsued@oenb.at</i>
Zweiganstalt Österreich West Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Tel.: (+43-512) 594 73-0 Fax: (+43-512) 594 73-6599 <i>E-Mail: regionwest@oenb.at</i>
Repräsentanzen		
Repräsentanz New York Oesterreichische Nationalbank 450 Park Avenue, Suite 1202 New York, N. Y. 10022, USA		Tel.: (+1-212) 888-2334 Fax: (+1-212) 888-2515
Repräsentanz Brüssel Oesterreichische Nationalbank Ständige Vertretung Österreichs bei der EU Avenue de Cortenbergh 30 1040 Brüssel, Belgien		Tel.: (+32-2) 285 48-41, 42, 43 Fax: (+32-2) 285 48-48

Der *Geschäftsbericht der OeNB* informiert über die Geldpolitik des Eurosystems, über Entwicklungen der Wirtschaft, der Finanzmärkte und des Zahlungsmittelbereichs. Ferner werden die Aufgaben und vielfältigen Dienstleistungen sowie die Rolle der OeNB im österreichischen und internationalen Umfeld erläutert. Der Jahresabschluss der OeNB und der Anhang zum Jahresabschluss sind integraler Bestandteil des Geschäftsberichts. Seit 2006 bildet der Geschäftsbericht zusammen mit der *Wissensbilanz* und der *Umwelterklärung* den *Nachhaltigkeitsbericht der OeNB*.

Medieninhaber und Herausgeber Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
oenb.info@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-6666
Fax (+43-1) 40420-6698

Produktmanager Manfred Fluch, Maria Silgoner

Inhaltliche Gestaltung Ralph Bechyna, Gernot Ebner, Matthias Fuchs, Martin Gächter, Wolfgang Haunold, Johann Jachs, Christiane Kment, Alexandra Koch, Claudia Kwapil, Romana Lehner, Martin Much, Maria Oberleithner, Aleksandra Riedl, Sabine Schlögl, Karin Schnopfhagen, Josef Schreiner, Katharina Steiner, Patrick Thienel, Klaus Vondra, Beat Weber, Tina Wittenberger, Katharina Wolner-Rößlhuber, Manfred Zipko

Redaktion Brigitte Alizadeh-Gruber, Alexander Dallinger

Grafische Gestaltung Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit

Layout und Satz Franz Pertschi

Druck und Herstellung Web- und Druck-Service der OeNB

DVR 0031577

© Oesterreichische Nationalbank, 2012. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht der OeNB wurde geprüft und entspricht dem aktuellen Leitfaden G3 der Global Reporting Initiative zur Nachhaltigkeitsberichterstattung. Quality Austria hat die Einstufung in die Anwendungsebene B+ bestätigt.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

